

Nr. 3 '89

April
Postver-
triebsstück
G 7426 E
Erscheint
monatlich
19. Jahrgang
Jahresabo
33,- DM
Einzelpreis
3,- DM

AIB DRITTE WELT ZEITSCHRIFT



Bonner Rüstungsexport-Politik

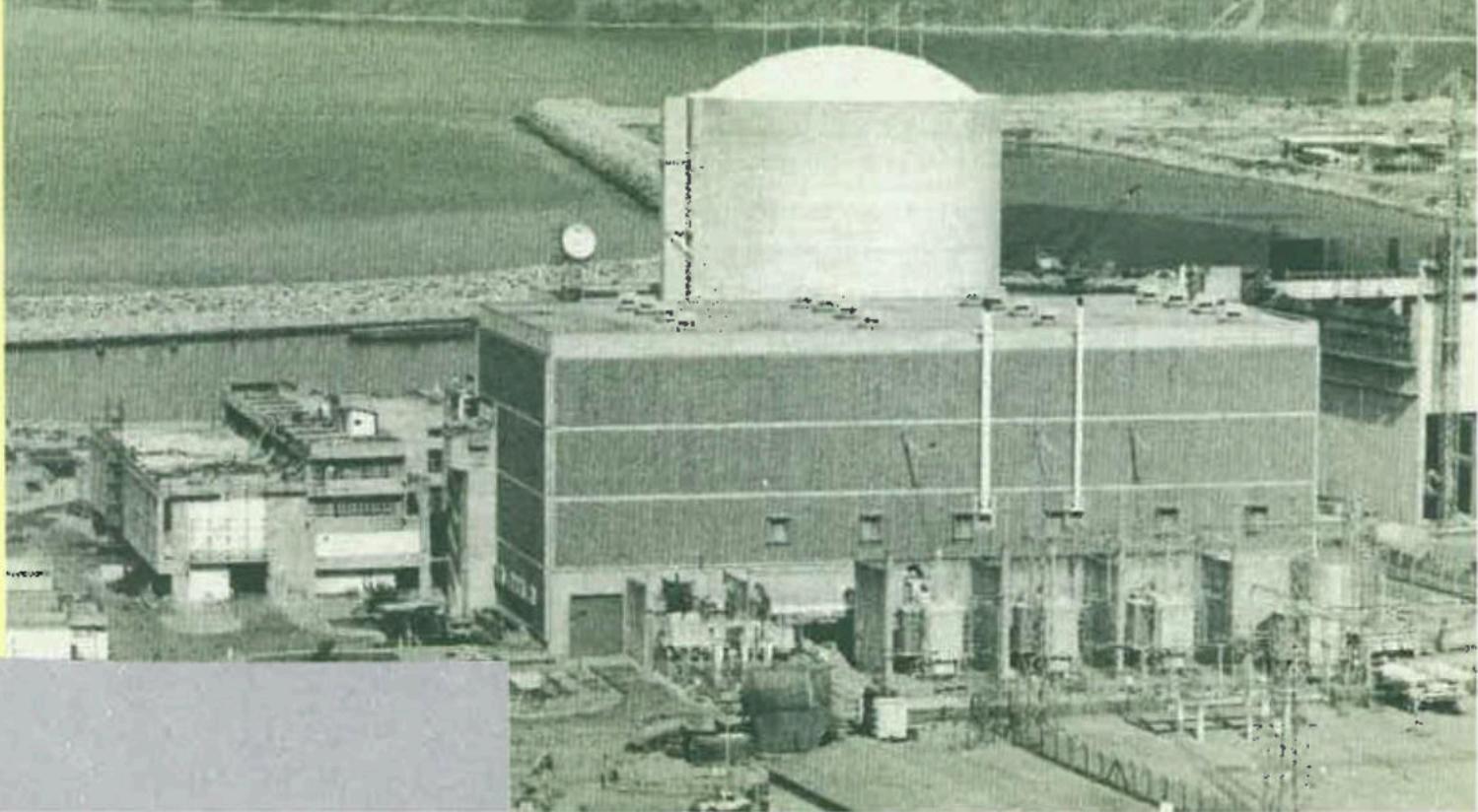
Freihandel mit dem Tod



Afghanistan nach dem
sowjetischen Abzug

Abkommen zu
Angola/Namibia
wird umgesetzt

Internationalismus
auf neuen Wegen?



Kommentar

Flaggezeichen gegen Fremdenhaß.
Kommunalwahlrecht für
AusländerInnen



Gefahrenherd Bundesrepublik

Eine Serie von Enthüllungen wies jüngst die BRD als internationalen Gefahrenquell aus. Konzernbeihilfen zur C- und B-Waffen-Herstellung an Libyen und den Irak hier, zur Atomwaffenfähigkeit Pakistans, Südafrikas u.a. dort, kamen ans Tageslicht. Bonn nimmt derweil die Unschuld vom Lande.

Seite 5

Rüstungsexporte

Freihandel beim Geschäft mit dem Tod
Das Geschäft mit der Bombe blüht
Die nukleare Kollaboration mit
Südafrika wird fortgesetzt

El Salvador

Das Regime steht unter Zugzwang
Verhandlungsvorschlag der FMLN

Brasilien

Großgrundbesitzer contra
Umweltschützer

Paraguay

Bleibt die Diktatur?

Nicaragua

Geordnete Stilllegung des
Unternehmens „Contra“?

Diskussionsforum Regionalkonflikte

Beiträge von C. Pauli und L.A. Heinrich

Afghanistan

Politische Übergangslösung ohne Chance?

Philippinen

Drei Jahre Aquino

Iran

Die Hinrichtungskommandos leeren
die Gefängnisse

Iran – Irak

Wie weiter mit der Solidarität?

Palästina

Die diplomatische Offensive der PLO

Türkei

Internationales Tribunal gegen das
türkische Regime

Südliches Afrika

Die Umsetzung des Angola/Namibia-
Abkommens hat begonnen
Abkommen Angola-Kuba-Südafrika
Abkommen Angola-Kuba
Westeuropäische Unterstützung für die
UNITA

Äthiopien

Projekt „Mein Herd für Äthiopien“

Weltwirtschaft

Die Schulden töten Kinder

EG – Dritte Welt

Die gewachsene Rolle der EG

Sport

Südafrika muß auch im Sport isoliert
werden

Internationalismus

Thesendiskussion: Internationalismus
auf neuen Wegen? Beiträge von
P. Watzl, R. Falk und W. Rosenke

Kultur

Filmfestival in Kuba

Infos zur Solidarität

Mittelamerika-Bundestreffen, Video zu
El Salvador, Bücher zu Südafrika,
Termine

Kurzinformationen

Schuldenkrise, Jamaika, Uruguay,
Westsahara, Kamputschia, Ökologie,
Südosten

El Salvador

Ende Januar d.J. legte die Befreiungsfront
FMLN einen neuen Verhandlungsvorschlag
vor, dem sich die USA und das Duarte-
Regime nur schwer entziehen können.
Denn er beinhaltet unter bestimmten
Bedingungen eine Anerkennung der
diesjährigen Präsidentschaftswahlen

Seite 10



Afghanistan

Mitte Februar verließen gemäß dem Genfer
Abkommen die letzten Einheiten der
sowjetischen Truppen das Gebirgsland. Die
moslemischen Rebellen belagern Kabul und
rüsten zum Ansturm auf die städtischen
Zentren. Hat Präsident Najibullah dennoch
eine Chance, eine Formel für eine politische
Koalitionslösung zu finden?

Seite 19

I M P R E S S U M

DRITTE WELT-Zeitschrift. Gegr. 1970 als
Antiimperialistisches Informationsbulletin (AIB).
Erscheint monatlich.

Anschrift der Reaktion: DRITTE WELT, Liebigstr. 46,
3550 Marburg, Tel. 0 64 21/2 46 72.

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Wolfram Brönnier, Prof.
Günter Giesenfeld, Thomas Harms, Mechthild Jansen,
Herbert Lederer, Heinz-Jürgen Nieth, Birgit Radow, Peter
Wahl, Prof. Erich Wulff.

Redaktion: Wolfram Brönnier (Chefredakteur), Nico Biver
(stellvertretender Chefredakteur), Heidi Czapek, Hanne
Denk, Georg Diederichs, Ingrid el-Masry, Peter Imbusch,
Marianne Kolter, Andreas Krafczyk, Ulrich Rupp.
Ständige Mitarbeiter: Joachim Becker, Franz Bräsel, Rainer
Falk, Klaus D. Fischer, Peter Garcia, Alfonso Gonzales,
Dr. Lothar A. Heinrich, Ute Kampmann, Jürgen Lübben-
Pistofidis, Jürgen Ostrowsky, Charles Pauli, Rolf Radke,
Ricardo Ribera, Günter Schucher, Peter Schütt, Petra
Sittig, Christoph Sodemann, Dr. Rainer Werner.

Weitere MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Helmut
Groschup, Andreas Kramer-Schwitala, Vene Maier, Ralf
Pierr, Werena Roseke, Christian P. Scherer.
Redaktionsschluss: 10. Februar 1988

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht
unbedingt die Meinung der Redaktion wider. Titel,
Zwischenüberschriften und Vorspanne stammen in der
Regel von der Redaktion.

Titel: Gestaltung Udo Tremmel
Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und
Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.
Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag GmbH, Postfach
51 08 68, 5000 Köln 51, Teletex 2 214 284 pahl.
Vertrieb: Telefon 02 21/3 60 02-0.
Adressenänderungen bitte rechtzeitig dem Verlag
bekanntgeben.
Jahresabonnement: Inland 29 DM (zzgl. 4 DM Porto);
Ausland normal 29 DM (zzgl. 10 DM Porto); Luftpost 29
DM (zzgl. 25 DM Porto); Förderabos 50 DM oder mehr.
Einzelheft 3 DM. Doppelheft 5 DM. Bei Abnahme von
10 und mehr Exemplaren 33 % Ermäßigung. Bestellung
unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (möglichst in
Briefmarken), zuzüglich 0,60 DM Porto je Heft.

Kündigungen: Wenn das Abonnement nicht spätestens 6
Wochen vor Ende des Bezugszeitraumes gekündigt wird,
verlängert es sich um 1 Jahr.

Sonderhefte sind als Nebenblätter beigelegt.

Anzeigenleitung: Wolfgang Pitzer, Tel. 02 21/

1 60 01 37.

Druck: Plamecke & Co, Neuss.
Konten: Postgiro Köln 6514-503 (BLZ 370 100 50),
Stadtsparkasse Köln 10 652 238 (BLZ 370 501 98).
Anzeigen: medico international, A3W, SCI, Pahl-
Rugenstein, Südostasien-Informationen, ami

Fotonachweis: Luciano Valetta, Vene Maier, Newsweek,
Time, El País, Wolfram Brönnier, USN&WR, Ralf Pierr,
Times, DRITTE WELT Archiv.

Flaggezeichen gegen Fremdenhaß Kommunalwahlrecht für AusländerInnen



GEORG DIEDERICH
Redaktionsmitglied von
DRITTE WELT

Gegen den Ungeist wachsender Fremdenfeindlichkeit, wie er sich beispielsweise im Ergebnis der Wahlen zum Westberliner Senat oder in weiteren Profilierungsversuchen von CDU und CSU nach rechts ausdrückt, zeigte die Hamburger Koalition aus SPD und FDP erfreulicherweise Flagge: Als erstes Bundesland hat die Hansestadt Anfang Februar d.J. das kommunale Wahlrecht für AusländerInnen beschlossen.

Gegen den erbitterten Widerstand der CDU setzten SPD und FDP mit Unterstützung der Grünen-Alternativen Liste (GAL) durch, daß künftig alle in Hamburg lebenden AusländerInnen mit mindestens achtjährigem Aufenthalt in der Bundesrepublik an den Wahlen zu den sieben Bezirksversammlungen der Stadt teilnehmen können. Damit wird 1991 erstmals für etwa die Hälfte der 180 000 in der Hansestadt ansässigen AusländerInnen die Möglichkeit bestehen, an der politischen Gestaltung ihres lokalen Umfeldes mitzuwirken.

Flagge wurde aber auch andernorts gezeigt: Nach Hamburg will Schleswig-Holstein ebenfalls das kommunale Wahlrecht für AusländerInnen einführen. Zumindest haben sich die SPD und der Südschleswigische Wählerverband (SSW) auf einen gemeinsamen Gesetzentwurf verständigt. Danach dürfen bei der Kommunalwahl 1990 alle seit fünf Jahren im nördlichsten Bundesland lebenden Dänen, Iren, Niedersachsen, Norweger, Schweden und Schweizer nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit abstimmen, da in ihren Heimatländern Deutsche ebenfalls Wahlrecht genießen.

Darüber hinaus beabsichtigt die SPD-Landesregierung, das kommunale Wahlrecht auch für alle anderen AusländerInnen, die eine bestimmte Mindestaufenthaltszeit in der Bundesrepublik nachweisen, bis zur Landtagswahl 1994 einzuführen. Während vor allem die Hamburger Entscheidung von Gewerkschaften, kirchlichen Organisationen und Ausländerinitiativen begrüßt wurde, kündigte Bundesjustizminister Engelhard (FDP) und Innenminister Zimmermann (CSU) unisono Klage vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe an. Zimmermann versteigerte sich sogar zu der Aussage: „In Hamburg soll der Anfang mit der Umgestaltung der Republik gemacht werden. In Bezirken mit einem hohen Ausländeranteil hätte die deutsche

Grenzen, daß das AusländerInnenwahlrecht durchaus machbar und praktikabel ist. Vorausgesetzt, der politische Wille ist dazu vorhanden. So haben z.B. Island (1963) und Schweden (1975) als erste europäische Staaten AusländerInnen das aktive und passive Wahlrecht zu Gemeinderäten eingeräumt. In Dänemark und Norwegen steht das kommunale Wahlrecht ebenfalls allen zu, ebenso in den Niederlanden. Aus keinem dieser Länder sind bisher negative Erfahrungen bekannt.

So hat denn auch das Gefasel hierzulande von den „extremen Ausländergruppierungen als Wähler“, der „Überprivilegierung der Ausländer“ und dem „Rückgang der Motivation, sich einzubürgern zu lassen“ nur Ablenkungsfunktion. Denn entgegen allen statistischen Daten, die belegen, daß mindestens jede/r dritte der 4,5 Mio AusländerInnen in der Bundesrepublik geboren ist, daß heute 2,8 Mio, das sind 70 % aller AusländerInnen, länger als zehn Jahre und über ein Drittel mehr als 15 Jahre in der Bundesrepublik leben, wird ihnen allenfalls – ganz im Sinne Dreggers – der „Gäste“status zugewilligt.

Diese „Gäste“ sind in Wirklichkeit jedoch Mitbürger, die hierzulande ihrer Arbeit nachgehen, Steuern und Sozialabgaben zahlen und nicht zuletzt mit dazu beigetragen haben, daß die Bundesrepublik heute unter den reichsten Nationen der Welt rangiert.

Die Verweigerung des aktiven und passiven Wahlrechts ist eben nur die juristische Form, in die Fremdenhaß und AusländerInnenfeindlichkeit gegossen wird. Insofern hat die Hamburger, ja selbst die Kieler Entscheidung mit all ihren Mängeln, ein deutliches Zeichen gegen den Einzug der stramm rechten „Republikaner“ ins Westberliner Abgeordnetenhaus oder die neuere Debatte um eine weitere Verschärfung des Asylrechts gesetzt.

Sie ist zudem eine Offensive gegen die Kandidatur der neofaschistischen DVU-Liste D und der Republikaner bei der im Juni d.J. anstehenden Europawahl. Perspektivisch heißt das allerdings auch, daß Hamburg kein demokratisches Inselchen für die in der Bundesrepublik lebenden AusländerInnen bleiben darf. Die übrigen Bundesländer sind daher aufgefordert, dem Hamburger Schritt zu folgen.

Damit die Wahrheit unüberhörbar wird:

Radio Mandela

Stimme des ANC



Die vor über einem Jahr gestartete Spendenaktion „Radio Mandela“ kann einen ansehnlichen Zwischenstand vorweisen: Ende 1988 war sie bei nahezu einer halben Mio DM angelangt. Und sie soll 1989 fortgeführt werden.

Dies jedenfalls war der Tenor von Don Ngubeni, Direktor des ANC-Radio-Netzwerks „Radio Freedom“, der im Oktober 1988 zur Auswertung der Kampagne in der Bundesrepublik weilte. Er bezeichnete das Projekt „Radio Mandela“ gerade in der sich aktuell „zuspitzenden und wandelnden Situation“ als äußerst wichtig, gelte es doch, mit Hilfe dieses Mediums Widerstand und Bevölkerung in Südafrika rasch zu informieren. Da Pretoria vermehrt dazu übergegangen sei, „Radio Freedom“ zu stören, brauche der ANC dringend eine bessere technische Ausrüstung“.

Der Trägerkreis der Spendenaktion, der vom Antiimperialistischen Solidaritätskomitee (ASK), der Anti-Apartheid-Bewegung und dem BUKO bis hin zum Bundesjugendwerk der Arbeiterwohlfahrt reicht, ruft zu verstärkten Anstrengungen für „Radio Mandela“ auf.

Damit die Wahrheit unüberhörbar wird!
Einzahlungen auf das Sonderkonto Prof. Wulff,
Postgiroamt Frankfurt/Main, Nr.: 527055-602,
Kennwort „Radio Mandela“

KINDER DES VULKANS

ALISON ACKER



Alison Acker
Kinder des Vulkans
Hrsg. Informationsbüro Nicaragua
e.V., Medico International, terre des
hommes Deutschland e.V.
Wuppertal/Stuttgart 1988,
224 Seiten, DM 19,80

Alison Acker, Literaturdozentin und Journalistin aus Toronto, Kanada, mehrfache Mutter und Großmutter, hat auf ihrer fünfmonatigen Reise mit Kindern und Jugendlichen Mittelamerikas gesprochen.

Alison Acker erzählt, warum die Mitschüler den 16jährigen Teenager Edith aus Honduras den „Fliegenden Kub“ nennen, warum der Indianerjunge Mash nicht mehr sprechen will und warum Elsa, das Flüchtlingskind aus El Salvador, das Spielen verlernt hat. Sie stellt David, den sieben Jahre alten „Hochstapler“, die achtjährige „Geschäftsfrau“ Veronica und die honduranische Version des „Rattenfängers von Hameln“ vor. Schließlich berichtet sie, was Diana im Namen der Sandinistischen Jugend vor einer Kirchengemeinde in Managua zu sagen hat.

Das Resultat ist ein engagiertes Buch, das sich ebenso an den erwachsenen wie den jungen Leser richtet. Es eignet sich ausgezeichnet zum Einsatz in der Schule, der Gruppe oder bei Seminaren, wo einzelne Reportagen herausgegriffen werden können, an denen die politische Situation eines Landes exemplarisch erarbeitet werden kann.

Zu beziehen über den Buchhandel oder direkt bei:

Edition Nahua
Hofaue 51, 5600 Wuppertal 1

Schmetterling Verlag
Holzhauser Str. 31, 7000 Stuttgart 80



RÜSTUNGSEXPORTE

NICO BIVER

Das Libyen-Geschäft ist kein Einzelfall

Freihandel beim Geschäft mit dem Tod

Chemie-Waffenfabriken, Tornados, U-Boote und Urananreicherungsanlagen – dies sind Rüstungsgüter und Massenvernichtungsmittel, die zuhau auf den Lieferlisten bundesdeutscher Konzerne stehen. Ein Politikum wird dies aber erst, wenn mit Libyen ein Erzfeind „unserer amerikanischen Freunde“ beliefert wird.

Als das Weiße Haus am 22.12.1988 erklären ließ, es sei „sehr besorgt“ über eine Chemie-Waffenfabrik im libyschen Rabita und ein militärischer Angriff sei nicht ausgeschlossen, hatte die Reagan-Administration gleich mehrere Ziele im Sinn. Im Vorfeld der internationalen Chemiewaffenkonferenz vom 7. bis 11. Januar d.J. in Paris, an der sich 151 Staaten beteiligten, wollte Washington sich als resoluter Gegner der weiteren Verbreitung von C-Waffen profilieren. Also wollten die USA, wie ein Regierungsvertreter erklärte, „die Angelegenheit als Bedrohung für den Weltfrieden darstellen und sie zu einem Hauptpunkt der Konferenz“ machen (1).

Grund, von ihrer eigenen C-Waffen-Politik abzulenken, hatte die US-Administration in der Tat genug. Daß die Verhandlungen über ein vollständiges Verbot der Herstellung, des Besitzes, der Weitergabe und des Einsatzes von chemischen Waffen in einer Arbeitsgruppe der UN-Abrüstungskonferenz in Genf nach neun Jahren heute auf der Stelle treten, ist u.a. durch die unnachgiebige Haltung Washingtions bedingt.

Die Sowjetunion erklärte sich 1987 mit regelmäßigen Inspektionen und Verdachtskontrollen, um ein C-Waffen-Verbot verifizieren zu können, einverstanden. Doch nun lehnen die USA radikale Kontrollmaßnahmen ab, die sie vorher selbst gefordert hatten. Zudem haben die USA 1987 die Produktion von Giftgas wieder aufgenommen, als die Sowjetunion ihre einstellte. Laut einem Bericht der „Washington Post“ ist die Produktion von 1 Mio Stück binärer chemischer Munition für Granaten, Bomben und Raketen beabsichtigt (2).

Das Washingtoner Manöver erwies sich jedoch weithin als Schlag ins Wasser. Die Hoffnung Reagans, vor der Amtübergabe an Bush Libyen noch einmal einen entscheidenden Schlag zu versetzen, mußte spätestens dann begraben werden, als sich nach dem Abschuß zweier libyscher MIG 29 durch F 14-Kampfflugzeuge die Welt von der Ernsthaftigkeit der Drohungen überzeugen konnte. Die Verbündeten rieten von einer weiteren Eskalation ab, und die arabischen Staaten solidarisierten sich ausnahmslos mit Libyen. Washington ließ daraufhin seine Kriegsflotte abdrehen.

In der Tat war vielen unverständlich, warum es Libyen an den Kragen gehen sollte. Die Produktion von Giftgas ist nicht verboten, die USA selbst verfügen über mehr als 30 000 t chemische Kampfstoffe, und die Behauptungen wurden noch nicht einmal bewiesen. Der Irak, der einzige Staat, der in letzter Zeit nachgewiesenermaßen Giftgas einsetzte, erfreute sich hingegen der Unterstützung Washingtions im Golfkrieg. Erst nach dessen Beendigung protestierte das Weiße



Haus, als 5000 kurdische Zivilisten von Bagdad mit Giftgas massakriert wurden.

Auf der Pariser Konferenz stand dann zwar nicht Libyen im Mittelpunkt der Debatten, wohl aber die Frage der Verbreitung chemischer Waffen in der Dritten Welt, welche die USA zum Hauptproblem für eine Abrüstung auf diesem Gebiet hochgespielt haben. Die meisten Entwicklungsländer lehnten einen Abbau von chemischen Waffen in ihren Ländern ab, solange es nicht bei allen Massenvernichtungsmitteln zur Abrüstung komme.

Mit der „Atombombe des armen Mannes“, wie der frühere Generalsekretär U. Thant das Giftgas nannte, verfügen sie nicht nur über ein Abschreckungsmittel gegen die Nuklearmächte des Nordens, sondern vor allem auch gegen die heimlichen Atomwaffenbesitzer in der eigenen Region. So machten die arabischen Staaten ein C-Waffenverbot von Israels Abrüstung auf nuklearem Gebiet abhängig.

Diese Forderungen wurden im Abschlußdokument jedoch ebenso wenig aufgenommen, wie Washingtions Verlangen nach konkreten Maßnahmen, die Verbreitung chemischer Waffen zu verhindern. Die Teilnehmer einigten sich auf das vorrangige Ziel, „einen Vertrag über das weltweite, zeitlich unbegrenzt gültige Verbot der Entwicklung, Produktion und Lagerung chemischer Waffen zum frühest möglichen Zeitpunkt abzuschließen und seine Einhaltung effektiv zu kontrollieren“ (3).

Sollte entgegen den Wünschen Washingtions dennoch Bewegung in

die Genfer Verhandlungen kommen, so wäre dies auf das Verhalten der Sowjetunion zurückzuführen. Außenminister Schewardnadse stahl seinem Washingtoner Amtskollegen Shultz in Paris die Schau, als er ankündigte, die Sowjetunion werde bereits in diesem Jahr mit der einseitigen Vernichtung ihrer C-Waffen beginnen, unabhängig davon, ob ein Vertrag zustande komme oder nicht.

Wesentlich erfolgversprechender erwies sich jedoch der zweite Teil der Washingtoner Kampagne um die angebliche C-Waffenfabrik im libyschen Rabita. Am 1. Januar d.J. berichtete die „New York Times“ unter Berufung auf Regierungssagen, bundesdeutsche Firmen seien maßgeblich am Aufbau der Fabrik beteiligt. In Bonn taten Regierungsvertreter zunächst überrascht. „Es ist für mich überhaupt nicht denkbar“, erklärte Kanzler Kohl, „daß sich einzelne innerhalb der Bundesrepublik aus Gewissenssucht an Vorhaben beteiligen, die zu mindest in Teilen der Welt friedensgefährdend sind.“ (4) Diese Ahnungslosigkeit mußte der stellvertretende Regierungssprecher Schäfer bereits am 2. Januar korrigieren. Bei einem Besuch in den USA hätten Genscher und Kohl am 15.11.1988 von der Angelegenheit erfahren. Außenminister Genscher stritt noch zwei Tage später ab, daß die Regierung über eigene Erkenntnisse vor diesem Zeitpunkt verfügt habe. Angesichts einer wütenden Kampagne in der US-Presse, wo der Bundesrepublik u.a. vorgeworfen wurde, an einem „Auschwitz in the sand“ (5) mitzubauen, näherte sich die Bundesregierung der Wahrheit.

Nach Angaben des „Spiegel“ soll der Bundesnachrichtendienst (BND) bereits 1986 über die Verwicklung bundesdeutscher Firmen in den Bau der Chemiefabrik berichtet haben. Immerhin gab Kanzleramtsminister Schäuble am 18. Januar zu, daß bereits im August 1987 der BND auf die Errichtung einer Anlage hingewiesen habe, die „mit hoher Wahrscheinlichkeit die neue Kampfstoffanlage ist“ und daß die US-Botschaft am 18.5.1988 über die Beteiligung deutscher Firmen informiert habe. Kohl selbst sei allerdings erst am 20. Oktober 1988 davon unterrichtet worden (6).

Untersuchungen liefen die ganze Zeit nur auf Sparflamme, ohne daß irgendwelche Erkenntnisse gewonnen wurden. Erst am 12. Januar d.J. wurde die Staatsanwaltschaft tätig, „weil“, so Oberstaatsanwalt Werner Botz, „in der Presse und im Rundfunk soviel kam“ (7).

Vor allem der „Stern“ hatte aufgrund von Dokumenten und Aussagen nachgewiesen, daß die eigens zu diesem Zweck gegründete Firma I.B.I. Engineering des Exil-Irakers Ihsan Barbuti die Lieferung der Chemiefabrik gemeinsam mit dem bundesdeutschen Unternehmen Imhausen Chemie GmbH aus Lahr organisiert hatte. Insgesamt sollen allein etwa 25 bundesdeutsche Firmen an der Belieferung beteiligt gewesen sein, darunter die bundeseigene Salzgitter Industriebau GmbH für die Planung sowie Siemens für elektronische Einrichtungen. Zur Verschleierung des Geschäftes hatte Imhausen als Zielort von Teillieferungen, die einen Verdacht hätten erwecken können, Hongkong angegeben. Dort sind jedoch weder die Pläne Salzgitters benutzt worden noch die Anlagen von Siemens angekommen (8).

Das Geschäft hätte wahrscheinlich kein besonderes Aufsehen erregt, wenn mit Libyen nicht gerade ein Erzfeind Washingtons mit von der Partie gewesen wäre. So gab sich Bonn gegenüber der US-Administration eine Blöße, die diese weidlich auszunutzen versteht. Gründe dafür, die Libyen-Affäre als Trumpfkarte auszuspielen und damit Druck auf Bonn auszuüben, hat Washington zur Genüge. Zu diesen zählt der Wunsch, daß Bonn der Aufrüstung mit Kurzstreckenraketen und der Übernahme stärkerer Rüstungslasten im Bündnis zustimmt.

Ein Dorn im Auge ist den USA auch die Haltung Bonns bzw. die Außenminister Genschers in der Frage der C-Waffen-Abrüstung. Auf der Pariser Konferenz hatte dieser erneut alle Staaten aufgefordert, sich zwecks Verhinderung geheimer C-Waffen-Produktion „uneingeschränkten Verdachtskontrollen der Chemiefabriken auf ihrem Territorium zu unterwerfen“ (9).

Eben dieses wird von den USA abgelehnt. Jetzt können sie aufzeigen, daß die Bundesrepublik noch nicht einmal in der Lage ist, den Export von C-Waffen-Anlagen durch die eigenen Chemiefabriken zu unterbinden.

Und schließlich wollen die USA die Bundesrepublik dazu zwingen, ihre Rüstungsexporte stärkeren Kontrollen zu unterwerfen. Dahinter steht, daß die BRD sich zu einem immer stärkeren Konkurrenten auf diesem Gebiet entwickelt und sich damit – auch im Rahmen der EG –



Die Gelnhauser Firma Imhausen organisierte das Libyen-Geschäft

auf Kosten Washingtons geopolitische Vorteile vor allem im Nahen und Mittleren Osten verschafft.

Die wahllosen bundesdeutschen Exporte im ABC-Waffenbereich bergen für die USA außerdem unwägbare Risiken. Die Verbreitung von C-Waffen macht Interventionen unkalkulierbar. Und als Atom-macht hat Washington kein Interesse daran, daß weitere Staaten in der Dritten Welt in den Besitz von Atomwaffen gelangen. Hier sind die Interessen der BRD anders gelagert, zumal Bonn sich auch durch die Atomexporte die Option offenhält, selbst Atommacht zu werden.

Um sich dem Druck aus Washington zu entziehen, aber auch unter dem Eindruck der aufgeflogenen Atomgeschäfte mit Pakistan u.a. (siehe nachstehenden Artikel), beeilte sich die Bundesregierung am 10. Januar d.J., eine Verschärfung der Exportkontrollen anzukündigen. Danach sollen mehr Länder unter die CoCom-Liste, die den Technologietransfer in sozialistische Länder verhindert, fallen. Der Datenaustausch zwischen den Kontrollbehörden soll verstärkt und ihre personelle Ausstattung verbessert werden. Außerdem ist geplant, das maximale Strafmaß von drei auf fünf Jahre zu erhöhen und die Geldbußen auf 1 Mio DM zu verdoppeln.

Ob das alles zu einer Verringerung der Rüstungsexporte führen wird, kann bezweifelt werden. Denn bereits früher waren meist nicht etwa fehlende gesetzliche Handlungsmöglichkeiten das Problem, sondern wurde nach dem Grundsatz des Außenwirtschaftsgesetzes (AWG) verfahren, „daß in die Freiheit der wirtschaftlichen Betätigung so wenig wie möglich eingegriffen wird“ (10). Allenfalls die in den USA übliche Umkehrung des Grundsatzes, nämlich daß jede Ausfuhr verboten ist, die nicht genehmigt wurde, könnte hier Abhilfe schaffen.

Daß Gesetzesbestimmungen allein die Rüstungsexporte nicht verhindern können, solange dafür kein politischer Wille besteht, das zeigen verschiedene Fälle der letzten Jahre. So wurde z.B. der ertappte Freiburger Exporteur Albrecht Migule, der eine Uranhexafluorid-Anlage nach Pakistan lieferte, lediglich zu acht Monaten auf Bewährung verurteilt. Und auch die 1986 verhängten Strafen gegen vier Rheinmetall-Manager von 15 bis 24 Monaten auf Bewährung und 3000 bis 25 000 DM Geldstrafe wegen illegalen Exports von Flugabwehrkanonen, Munitionsanlagen und Schnellfeuerwaffen nach Südafrika, Argentinien und Südafrika zeigten, daß illegale Rüstungsexporte eher als Kavaliersdelikte gelten.

Die Richter beklagten, „daß Kontrolle – wenn überhaupt – halbherzig und eben für die Wirtschaft erfolgt“ (11). Nicht nur die Libyen-Affäre zeigt, daß von den Behörden und der Regierung zunächst versucht wird, die Angelegenheit zu vertuschen, sie dann zu verschleppen und, wenn dies nicht mehr möglich erscheint, zu halbherzigen Maßnahmen zu schreiten.

Ein Beispiel dafür ist die Beteiligung bundesdeutscher Firmen am Aufbau der irakischen Giftgasfabriken. Auch damals sind die Behörden den Firmen nicht selbst auf die Schliche gekommen, sondern es bedurfte 1984 eines Hinweises aus den USA. Auch in diesem Falle wurde der Wahrheitsgehalt der Angaben bestritten.

Zur Besänftigung Washingtons wurde dann eine Verordnung ins AWG aufgenommen, die den Export von Anlagen zur Herstellung von C-Waffen verbietet. Sie ist jedoch, wie die Libyen-Affäre beweist, nur Makulatur.

Das bisher auffälligste Beispiel für die Bonner Verschleierungs- und

Verschleppungstaktik ist jedoch die Affäre um die Lieferung von U-Boot-Blaupausen durch die bundeseigenen Howaldswerke Deutsche Werft und das Ingenieurkontor Lübeck an Südafrika. Obwohl die Mitwissenschaft der Regierung in den zweijährigen Ermittlungen des U-Boot-Untersuchungsausschusses belegt wurde, obwohl für 60 Mio DM Unterlagen geliefert wurden, hat die Oberfinanzdirektion Kiel das Verfahren eingestellt.

Noch einfacher haben es die Rüstungsexportiere und auch die Kontrollbehörden, wenn es sich um sog. „Dual-use goods“, d.h. Güter, die sowohl für militärische als auch für zivile Zwecke verwendet werden können, handelt. Dies gilt nicht nur bei Chemie-Anlagen, die angeblich zur Pestizid-Herstellung verwendet werden, sondern auch für Hubschrauber, Transportflugzeuge oder Lastwagen. Jüngster Fall in dieser Kategorie ist die Lieferung von sog. Multisensorplattformen durch MBB an Südafrika.

Laut MBB-Geschäftsbericht von 1983 dienen diese „Flugbahnvermessungsanlagen ... der Erprobung bemannter und unbemannter Waffensysteme“ (12). Dennoch wurde die Lieferung 1985 genehmigt, da sie der Flugbahnvermessung von Wetterraketen und Satelliten dienen sollen, über die Südafrika jedoch nicht verfügt.

Letztes Beispiel dafür, daß die Bundesregierung alles andere als die von ihr verkündete „restriktive Rüstungsexportpolitik“ betreibt, ist die Befürwortung und Mitfinanzierung des Verkaufs von Tornado-Kampfflugzeugen an Jordanien. Bereits die sozialliberale Koalition hatte gegenüber Frankreich und später gegenüber Großbritannien auf ein Vetorecht beim Export von gemeinsam produzierten Waffensystemen in Spannungsgebiete verzichtet.

Und auch der Ausfuhr des deutsch-britisch-italienischen Tornado stand damit kein Hindernis mehr im Weg. Bonn machte noch nicht einmal den Versuch, Großbritannien von der Lieferung abzuhalten. Zwar sollte es für diesen Export keine Hermes-Bürgschaft geben, dafür aber die bundeseigene Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) 370 Mio DM Kredite vorschreiben.

Nach Protesten durch die Öffentlichkeit wurde zwar im Oktober 1988 auf dieses Vorhaben verzichtet, doch bemühten sich das Wirtschafts-, das Verteidigungsministerium und die Deutsche Bank um eine Alternative. Diese tat dann der bayerische Ministerpräsident Max Streibl in Form eines Bankenkonsortiums unter Führung der Bayerischen Landesbank auf. Sowohl Kanzleramtsminister Schäuble als

auch Staatssekretär Peter von Würzen hatten der Bank bestätigt, daß die Bundesregierung keine Einwände habe.

In Zukunft ist angesichts der zunehmenden westeuropäischen Zusammenarbeit bei großen Waffensystemen mit einer völligen Aushöhung der bundesdeutschen Rüstungsexportbestimmungen zu rechnen. Multinationale sollen sowohl der Jäger 90, der deutsch-französische Hubschrauber als auch die NATO-Fregatte gebaut werden. Ange-sichts dieser Entwicklung kommentierte Alfred Mechtersheimer, Abgeordneter der Grünen, bei einer Bundestagsdebatte am 27. Januar zum Tornado-Geschäft: „Die Bundesregierung ist zu einem einzigen Club von Hampelmännern der Rüstungsindustrie verkommen.“ (13)

Dies ist allerdings nur die halbe Wahrheit. Margaret Thatcher erinnerte „Dear Helmut“ nach der Finanzierungsverweigerung durch die KfW daran, daß es die Notwendigkeit gäbe, „die Lebensfähigkeit unserer Verteidigungsindustrie aufrechtzuerhalten, die NATO-Verteidigungsausgaben durch steigende Produktion niedrigzuhalten und außenpolitische Ziele des Westens sowohl jenseits als auch innerhalb des NATO-Gebietes zu unterstützen“ (14).

Daß genau dies auch von Bonn beabsichtigt ist, zeigen nicht nur die dann doch noch abgesicherte Finanzierung des Tornado-Geschäfts, sondern auch die wachsenden bundesdeutschen Rüstungsexporte. 1987 stiegen die genehmigten Rüstungsexporte einschließlich der strategischen Güter auf 30,8 Mrd DM, was 5 % aller Exporteinnahmen entspricht. Trotz angeblicher Restriktionen ist die BRD den Rüstungsexporten Nummer drei und vier, Frankreich und Großbritannien, hart auf den Fersen.

Anmerkungen

- 1) International Herald Tribune (IHT), Paris, 23.12.1988
- 2) Vgl. Süddeutsche Zeitung, München, 20.1.1989
- 3) Unsere Zeit, Düsseldorf, 13.1.1989
- 4) Die Zeit, Hamburg, 13.1.1989
- 5) IHT, 2.1.1989
- 6) Vgl. Spiegel, Hamburg, 16.1.1989; Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 19.1.1989 und Die Tageszeitung (taZ), West-Berlin, 23.1.1989
- 7) Ebenda
- 8) Siehe: Stern, Hamburg, 12. und 19.1.1989
- 9) taZ, 10.1.1989
- 10) Spiegel, 9.1.1989
- 11) Die Zeit, 13.1.1989
- 12) Volkszeitung, Düsseldorf, 16.12.1988
- 13) FAZ, 28.1.1989
- 14) Spiegel, 23.1.1989

ULRICH RUPP

Neue Atomexporte aufgedeckt

Das Bombengeschäft blüht

Eine Reihe von Enthüllungen um die Jahreswende 1988/89 haben erneut deutlich gemacht, daß bundesdeutsche Firmen, größtenteils mit Wissen und Genehmigung von Regierungsstellen, militärisch verwendbare Atomtechnologien und -materialien in Länder der Dritten Welt exportieren. Hauptabnehmer der letzten Jahre waren die A-Bomben-Hersteller Pakistans.



ber den spektakulärsten Fall informierte am 21.12.1988 die Hanauer Staatsanwaltschaft. Danach soll die Gelnhauser Firma Neue Technologien GmbH (NTG) in Zusammenarbeit mit den Firmen Physikalisch Technische Beratung (PTB), Ortech und Gutekunst in den letzten Jahren Komponenten für die atomare Brennelementefertigung, Lagerbehälter für Uranhexafluorid, eine Tritium-Sammel- und Reinigungsanlage und eine kleine Menge Tritium nach Pakistan sowie andere Güter nach Indien und Südafrika geliefert haben (1).

Das gesamte Material kann für den Bau von Atombomben verwendet werden. Mit der Tritium-Anlage ist es möglich, Tritium mit einem Reinheitsgrad von 98 % herzustellen, wie es für den Bau von Wasserstoffbomben benötigt wird.

Wie weitere Enthüllungen der letzten Wochen und Monate zeigen,

ist die Lieferung von militärisch verwendbaren Materialien an Pakistan nur die Spitze eines Eisbergs. Auf den Lieferlisten bundesdeutscher Firmen stehen die meisten Staaten der Dritten Welt, die bereits über die Atombombe verfügen oder die Fähigkeit zu ihrer Herstellung aufgebaut und die dem 1970 in Kraft getretenen Atomwaffensperrvertrag nicht beigetreten sind. Als Unterzeichnerland ist es der Bundesrepublik untersagt, militärisch nutzbare Atomtechnik dorthin zu exportieren, zumal deren Nuklearanlagen nicht der Kontrolle durch die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) unterworfen sind. Zu diesen Ländern zählen Südafrika, Israel, Indien, Pakistan, Brasilien und Argentinien (vgl. AIB 3/1988, und 5/1988).

Bereits im Sommer 1988 hatte sich der Untersuchungsausschuß des Bundestages, der den Atomkandal um die Hanauer Nuklearanlagen untersucht, mit den Machenschaften

des Düsseldorfer Kaufmanns Hempel befaßt, der bereits seit 17 Jahren im Atomgeschäft ist. Er lieferte – meist auf Umwegen über Schweizer Tochterfirmen – angereichertes Uran nach Südafrika und schweres Wasser nach Indien, Argentinien, Pakistan und wahrscheinlich Israel. Schweres Wasser dient als Moderator für einen Reaktortyp, in dem aus Natururan Plutonium, d.h. Bombenmaterial, gewonnen werden kann (2).

Jedoch tummeln sich auf dem Nuklearkmarkt nicht nur kriminelle Kleinfirmen, auf die die Bundesregierung gerne verweist. Im Januar d.J. wurde auch die Beteiligung von Siemens und Degussa an Nukleargeschäften mit Indien und Pakistan aufgedeckt, die mit behördlichem Segen erfolgt sind.

Der Unternehmensbereich KWU von Siemens hat Nuklearzubehör nach Indien geliefert und Know how an Pakistan weitergegeben. Damit sollen die dortigen Reaktoren, die aus den USA und Kanada stammen, in Schuß gehalten werden. Deren Regierungen hatten Lieferungen nach Indien bzw. Pakistan wegen des Atomwaffenprogramms dieser Länder untersagt (3).

In den bisher letzten Fall ist die Degussa verwickelt. Sie hat 95 kg Beryllium an Indien geliefert. Dieses wird sowohl für den Bau von A- als auch von H-Bomben benutzt, um die Kettenreaktion anzuheizen bzw. den Plutoniumbedarf zu verringern (4).

Wie immer in diesen Fällen verweist die Bundesregierung auf Lücken in den Exportgesetzen, Kompetenzwirrwarr und Unkenntnis bei den verschiedenen zuständigen Behörden und die unzureichende personelle und technische Ausstattung beim Zoll.

Allein hierin aber können nicht die Gründe für entscheidende Mitverantwortung der bundesdeutschen Atomindustrie dafür liegen, daß Länder wie Südafrika, Brasilien, Argentinien und Pakistan bereits über Atombomben verfügen oder an der Schwelle zur Atomwaffe stehen. Dies macht besonders das Beispiel Pakistans deutlich.

Indizien dafür, daß dieses Land die Bombe baut, gab und gibt es zur Genüge. Bereits 1965 hatte der damalige Außen- und Energieminister Zulfikar Ali Bhutto erklärt, sein Volk fresse Gras, um die Atombombe zu bauen, wenn Indien über eine solche verfüge. Als Indien 1974 seine erste A-Bombe zündete, war abzusehen, daß das mit ihm vereinbarte Pakistan versuchen würde, ebenfalls in deren Besitz zu gelangen (5).

In seinem Testament, das Bhutto 1978 im Gefängnis schrieb, nachdem er vom Zia ul Haq-Regime zum Tode verurteilt worden war, hieß es: „Als ich die Regierung aufgab, um in diese Todeszelle zu kommen, befanden wir uns an der Schwelle zur vollen Atomwaffensicherheit.“ (6) Im Februar 1984 berichtete Zia ul Haq, Pakistan habe die Barriere zur Urananreicherung durchbrochen – eine Voraussetzung für den Bau der Bombe. Im Frühjahr 1987 schließlich enthüllte der pakistaneische Atomwissenschaftler Abdul Qader Khan, sein Land sei fähig, die Atombombe zu bauen (7).

Ungeachtet dieser Informationen entwickelten sich bereits in den 70er Jahren rege Geschäfte zwischen bundesdeutschen Atomfirmen und Pakistan. Schlüsselfigur dabei war der o.g. Khan, der zwischen 1963 und 1972 in den Niederlanden und Belgien studierte. Nach seinem Wechsel zum deutsch-britisch-niederländischen Nuklearkonsortium URENCO in Almelo/NL spionierte er dort Konstruktionspläne für eine Urananreicherungsanlage und Listen von Zulieferfirmen aus.

Nach seiner Rückkehr 1975 nach Pakistan wurde er Chef des Atombombenprojektes und besorgte sich u.a. mit Zwischenstation in der Schweiz die notwendigen Ausrüstungen für eine Urananreicherungsanlage in Westeuropa.

Mitbeteiligt in der Bundesrepublik war zwischen 1977 und 1980 die Freiburger Firma CES Kalthoff. Sie lieferte u.a. eine komplette Uranylhexafluoridanlage – eine Vorstufe zur Anreicherung – nach Pakistan. Fein säuberlich in ihre Einzelteile zerlegt und beim Zoll als Maschinen und Anlagen deklariert, ging die Sendung – 62 Lkw-Ladungen – via Schweiz nach Pakistan (8).

Firmeninhaber Albrecht Migule wurde im Frühjahr 1985 wegen Verstoßes gegen das Außenwirtschaftsgesetz mit acht Monaten auf Bewährung und 30 000 DM Geldbuße milde abgeurteilt. Denn zu seinen Gunsten sei zu berücksichtigen, „daß ihm die staatlichen Behörden die Tat insofern leichtgemacht haben, als der Angeklagte die Waren allesamt ordnungsgemäß verzollt hat und es zur Durchführung der Tat keiner Nacht- und Nebelaktion bedurfte. Er mußte keineswegs

besonders raffiniert vorgehen, um sein Ziel zu erreichen. Eines hohen Maßes an krimineller Energie bedurfte es nicht“ (9).

Über die Firma Heraeus-Leybold schließlich gelangte Pakistan an die Technologie für die Urananreicherungsanlage, die 1984 in Kahuta in Betrieb ging. Dort gelang es nach CIA-Angaben im Herbst 1986, waffentaugliches Uran herzustellen. Gegen Mitarbeiter der Firma wird ermittelt, Blaupausen der Firma URENCO über eine solche Anlage in die Schweiz verbracht zu haben. In den Metallwerken Buchs wurde die Anlage zusammengebaut und via Basel und Lyon an Tarnadressen in Dubai und von dort nach Pakistan geschafft.

Im Februar 1986 beschlagnahmte der schweizerische Zoll gerade

MIT DER FREIZÜGIGKEIT IM NUKLEARHANDEL WILL BONN NICHT NUR DIE KASSEN DER ATOMINDUSTRIE FÜLLEN, SONDERN AUCH DIE VORAUSSETZUNGEN FÜR DEN BAU DER EIGENEN BOMBE SCHAFFEN

noch rechtzeitig drei Autoklaven (Stahlbehälter), um eine gerichtliche Verfolgung in Gang zu setzen. Die Baupläne wurden sichergestellt, und im März 1987 wurden Mitarbeiter der Metallwerke und der Liechtensteiner Firma Merimpex in der Schweiz wegen Verstoßes gegen die Atomverordnung zu mehreren tausend Franken Geldstrafe verurteilt. Ein Abschluß des Ermittlungsverfahrens der Kölner Staatsanwaltschaft ist nicht abzusehen (10).

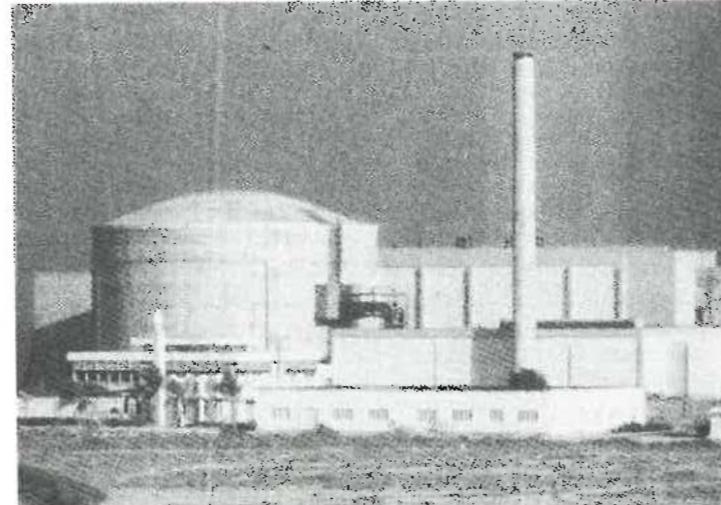
Jedoch beschränkt sich die Zusammenarbeit mit Pakistan nicht nur auf die Lieferung von Technologie. Pakistan hat bewußt tausende Spezialisten für Atomtechnologie im Ausland ausbilden lassen, um so an das nötige Know how heranzukommen. Seit 1980 befanden sich allein 55 Pakistaner zur Ausbildung in den Kernforschungszentren Karlsruhe und Jülich (11).

Dafür nicht geringe Kontrollmöglichkeiten und Gesetzeslücken für diese flagranten Verstöße gegen den Atomwaffensperrvertrag verantwortlich sind, sondern die Bestimmungen bewußt weit gefaßt sind, machen mehrere Fakten deutlich. Der Bundesregierung dürfte nicht entgangen sein, daß sechs Nichtunterzeichner des Atomwaffensperrvertrages – Israel, Indien, Pakistan, Südafrika, Brasilien und Argentinien – zu Atommächten aufgestiegen sind oder kurz davorstehen. Und den vier letzten gelang dies mit bundesdeutscher Hilfe! Die Ausfuhren wurden dabei in den meisten Fällen völlig legal abgewickelt, da es sich angeblich um Anlagen zur zivilen Nutzung der Atomenergie gehandelt hat.

Abgesehen davon, daß eine Trennung zwischen militärischer und ziviler Nutzung nicht möglich ist, war die Bundesrepublik immer besonders großzügig, alle Exporte in den Bereich der zivilen Nutzung einzurichten. Während etwa die USA und Kanada die Lieferung von Technologie zur Urananreicherung und Wiederaufbereitung an Nichtunterzeichnerstaaten des Atomwaffensperrvertrages ablehnen und beim Verdacht auf Entwicklung einer A-Bombe jegliche Nuklearlieferungen einstellen, hat die Bundesrepublik sogar auf die Kontrolle der von ihr gelieferten Anlagen verzichtet.

Trotz der Tatsache, daß alle o.g. Länder über ein Atomwaffenpro-

Das pakistaneische Atomzentrum in Kahuta wurde mit bundesdeutscher Unterstützung gebaut



ANTI-APARtheid-BEWEGUNG

Die nukleare Kollaboration mit dem Apartheidssystem wird fortgesetzt

Illegale Atomexporte bundesdeutscher Firmen nach Indien und Pakistan machen heute Schlagzeilen. Die seit Jahren berüchtigte militärisch-nukleare Zusammenarbeit mit dem Apartheidstaat Südafrika, der den Atomwaffensperrvertrag nicht unterzeichnet und der wiederholt mit dem Einsatz der Atombombe gedroht hat, wird dabei in den Hintergrund gedrängt.

Allein in den letzten Monaten wurden folgende Kollaborationsfälle bekannt:

- Die Produktionsgesellschaft für Sondermaschinen GASA in Hösbach bei Aschaffenburg hat nach Aussage des Geschäftsführers von Nukem/Hanau, Herrn Aumüller, „vor vier Jahren“ ein Ultraschall-Rohrprüfer für Atomlagen von Nukem erhalten, an Südafrika weitergeleitet und dort mitinstalliert.

- Der Direktor des „Schonland Forschungszentrum für Nuklearwissenschaften“/Südafrika, Prof. Dr. Friedrich Sellshop, ist vom Fachbereich Physik der Universität Frankfurt für die Auszeichnung mit dem Ehrendoktorstitel vorgeschlagen worden. „Mit Frankfurt verbindet Herrn Sellshop“, heißt es in der Laudatio, „eine fast zwei Jahrzehnte lange Freundschaft. Er war oft hier in Frankfurt zu Besuch; einmal als Gastprofessor, zum anderen als Gastwissenschaftler bei der GSI (Gesellschaft für Schwerionenforschung GmbH, d.V.).“

- Das in der staatlichen „Gesellschaft für Kernforschung“/Karlsruhe entwickelte Trenndüsensystem

Schwerionenforschung GmbH, d.V.).“
● Bei der GSI arbeitet z.Zt. ein theoretischer Physiker aus Südafrika.

- Die Bundesregierung schloß in ihrer Antwort auf eine parlamentarische Anfrage vom 7.12.1988 „gelegentliche Besuchkontakte einzelner Wissenschaftler aus Südafrika“ in den Kernforschungszentren in Jülich und Karlsruhe nicht aus.

Seit Jahren wird in der Hanauer Atomfabrik völkerrechtswidrig Namibia-Uran verarbeitet. Die Nukem ist über eine Extraktionsanlage an der Uranmine Rössing in Namibia beteiligt und erhält bedeutende Subventionen von der Bundesregierung. Beides widerspricht dem vom UNO-Rat für Namibia 1974 verabschiedeten UNO-Dekret Nr. 1 zum Schutz der Rohstoffe und natürlichen Ressourcen Namibias.

Der Nachweis für die militärisch-nukleare Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Südafrika wurde seit 1975 von der Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) und der südafrikanischen Befreiungsbewegung ANC mehrfach erbracht. Zu diesen bekannten Fakten der militärisch-nuklearen Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Südafrika zählen

- Das in der staatlichen „Gesellschaft für Kernforschung“/Karlsruhe entwickelte Trenndüsensystem

kanadischer Konzerne Milliarden verdienen.

Deshalb ist es auch nicht wenig verwunderlich, daß in Washington die Kritik am Verhalten der Bundesregierung – und erst recht in Verbindung mit den Chemieanlagenlieferungen an Libyen – besonders harsch ist. Laut Milhollin macht sich selbst in der US-Administration die Meinung breit, „daß westdeutsche Nuklearexporten von mächtigen politischen Verbündeten geschützt werden“ (13).

Aufgeschreckt durch die in- und ausländische Kritik, will die Bundesregierung jetzt zwar ein paar zusätzliche Kontrollen einbauen und die Strafen unwesentlich heraufsetzen. Die künstliche Trennung zwischen friedlichem und militärischem Atom und damit die Fortsetzung der Atomexporte soll indes nicht beseitigt werden (14).

Die Tatsache, daß verbissen an Kalkar und Wackersdorf und damit an der sog. „zivilen“ Plutoniumwirtschaft festgehalten wird und die Weigerung, die Forderung „Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz!“ zu übernehmen, machen deutlich, daß zumindest in der CDU/CSU weiterhin an der Option festgehalten wird, in den Besitz eigener Atomwaffen zu gelangen (15). Die Erfahrungen und das Know how, die die Atomwirtschaft bei ihrer Kollaboration mit den Herstellern von A-Waffen in der Dritten Welt sammelt, könnten hierfür unerlässlich sein.

Anmerkungen

- 1) Vgl. Der Spiegel, Hamburg, 2.1.1989, und Die Tageszeitung (taz), West-Berlin, 27.1.1989
- 2) Vgl. Der Spiegel, 17.10.1988, und taz, 4.11.1988
- 3) Siehe: Der Spiegel, 9.1.1989
- 4) Siehe: ebenda, 30.1.1989
- 5) Siehe: Vorwärts, Bonn, 7.1.1989
- 6) Middle East Report, New York, November/Dezember 1986
- 7) Vgl. The Observer, London, 1.3.1987
- 8) Vgl. Der Spiegel, 23.1.1989, und taz, 24.12.1988
- 9) Die Zeit, Hamburg, 30.12.1988
- 10) Vgl. Vorwärts, 7.1.1989
- 11) International Herald Tribune (IHT), Paris, 5.1.1989
- 12) Vorwärts, 29.12.1988
- 13) IHT, 5.1.1989
- 14) Vgl. taz, 11.1.1989
- 15) Siehe: Der Spiegel, 2.1.1989

HEIDI CZAPEK

Nach neuem Verhandlungsvorschlag der FMLN

Das Regime steht unter Zugzwang

Am 24. Januar d.J. legte die salvadorianische Befreiungsbewegung FMLN einen neuen Verhandlungsvorschlag vor, dem sich die USA und das Regime nur schwer entziehen können. Denn er beinhaltet unter bestimmten Bedingungen eine Anerkennung der diesjährigen Präsidentschaftswahlen.

Die Nationale Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN) hatte ihn in Mexiko Erzbischof Rivera y Damas zur Weiterleitung an Präsident Napoleon Duarte übergeben (siehe Kasten). Mit der Bekanntgabe des Inhalts war die Überraschung perfekt. Die FMLN kündigte an, die für dieses Jahr geplanten Präsidentschaftswahlen unter bestimmten Voraussetzungen anzuerkennen. Bisher hatte sie unter den gegebenen Bedingungen alle Wahlen in El Salvador abgelehnt, weil diese als Teil der US-Aufstandsbekämpfungsstrategie eine undemokratische Farce seien und letztlich nur einer Verlängerung des Krieges dienen.

Im Fall einer Verschiebung der Wahlen vom 19. März auf den 15. September, der Einstellung der Repression gegen die Volksbewegung, der Respektierung des Wahlkampfes der Opposition und der Beteiligung der Demokratischen Konvergenz (CD; ihr gehören die Parteien der mit der FMLN verbündeten Revolutionären Demokratischen Front (FDR) an) im zentralen Wahlrat werde die FMLN zur Teilnahme am Urnengang aufrufen und die CD unterstützen. Die fünf Comandantes der Guerilla fänden sich außerdem bereit, unter diesen Bedingungen das Wahlergebnis anzuerkennen. Und sie erklärten sich während der Übergangszeit einverstanden mit dem Verbleib der Regierung Duartes im Amt.

Mit dem Vorschlag versucht die Guerilla, die Tür zu einer Verhandlungslösung aufzustoßen und den seit neun Jahren andauern den Konflikt von der militärischen auf die politische Ebene zu verlagern. Der Zeitpunkt dafür ist günstig. Der Amtsantritt der Bush-Administration gibt zu Hoffnungen Anlaß, daß sich die US-Regierung vom konfrontativen Reagankurs distanziert und den Weg der politischen Problemlösung einschlägt.

Sie mußte erkennen, daß der Krieg in El Salvador mit militärischen Mitteln nicht zu gewinnen ist. Ganz im Gegenteil. Die FMLN beweist seit letztem Jahr eine wachsende militärische Schlagkraft – was auch vom Regime nicht mehr bestritten wird – und erhält politi-

tisch Rückendeckung von einer erstarkten Volksbewegung.

Comandante Venancio Salvatierra meinte in einem Interview mit der Nachrichtenagentur „Agencia Nueva Nicaragua“: „El Salvador steht am Rand einer sozialen Explosion. Die wollen wir vermeiden, nicht weil wir nicht weiterkämpfen wollen, sondern weil wir die sozialen und materiellen Kosten dieser Auseinandersetzung verringern wollen.“

Die FMLN unterbreitet ihren Vorschlag also aus einer Position der Stärke heraus und demonstriert ihr hohes Maß an Selbstsicherheit, indem sie darauf verweist, daß sie bei einer wirklich demokratischen Wahl „ganz sicher gewinnen“ würde.

Eine friedliche Beendigung des Konflikts aber sieht sie als Voraussetzung für den Aufbau einer neuen Gesellschaft: „Man muß sich . . . darüber im Klaren sein, daß wir . . . auf die vorhandenen menschlichen und materiellen Ressourcen zurückgreifen müssen, und der Krieg zerstört diese Ressourcen. Je besser es uns gelingt, diese Zerstörungen zu vermeiden, desto mehr Aussichten haben wir für die Zukunft.“ (1)

Durch ihren Vorschlag brachte die FMLN die USA und das Regime in Zugzwang, da er von ihnen verlangt, was sie selbst immer verkünden: die Achtung der Menschenrechte und freie Wahlen. Den Plan rundweg abzulehnen, würde deshalb bedeuten, die eigene Basis noch weiter zu schwächen.

Die „International Herald Tribune“ ver-

wies am 26. Januar d.J. auf Stimmen nicht näher ausgewiesener „salvadorianischer Regierungsbeamter“, die den FMLN-Vorschlag zurückwiesen, es sich aber nicht verneinen konnten, ihn als „politisch brillanten“ Schachzug zu werten. „Wenn die Rebellen so gut schießen würden, wie sie schreiben, hätten sie schon vor langer Zeit den Krieg gewonnen“, meinte ein Mitglied der regierenden Christdemokratischen Partei (PDC) (2).

Präsident Duarte und der Präsidentschaftskandidat der PDC, Chavez Mena, lobten zwar, die FMLN habe erstmals eine Wahl als

Mittel zur Beendigung des Krieges anerkannt. Doch gleichzeitig wiesen sie den Vorschlag als „unannehbar“ zurück. Er sei „verfassungswidrig“, da die Verfassung die Wahlen für März vorschreibe.

Mena nannte die Forderung der FMLN nach Einbeziehung der CD in den zentralen Wahlrat „unsinnig“, da die Opposition bereits Delegierte im obersten Wahlgericht habe. (3) Darüber hinaus habe die FMLN, so Duarte, nicht den Frieden angeboten, sondern mit einer Verschärfung des Krieges gedroht.

Duantes Gegenvorschlag an die Guerilla lautete, sie solle den Friedensplan von Equipo Pulas anerkennen, die Waffen niederlegen und sich ohne Vorbedingungen in den demokratischen Wettbewerb eingliedern. Erst dann stehe er für einen Dialog auch über einige Elemente des FMLN-Vorschlags zur Verfügung.

Erwartungsgemäß lehnte auch die rechtsextreme Nationalistische Allianz (ARENA), die über die Mehrheit im Parlament verfügt, den Plan mit dem Argument der Verfassungswidrigkeit ab. Der Abgeordnete Oberst Sigfredo Ochoa nannte ihn eine „Falle“, eine Taktik, mit der das Land destabilisiert werden sollte. (4)

Mit dieser brüsken Zurückweisung des FMLN-Papiers standen die PDC und die ARENA jedoch allein. Die katholische Kirche hatte den Vorschlag schon vor seiner Veröffentlichung als „positiv und interessant“ gewürdigt. Für die CD begrüßte Rubén Zamora den Plan. Er deutete aber gleichzeitig an, das Linksbündnis werde auch dann seine Kandidatur für die Wahlen aufrechterhalten, wenn diese im März stattfinden sollten. (5)

Positiv antworteten sowohl das Permanente Komitee der nationalen Debatte, das nach der von der Kirche initiierten „nationalen Debatte“ von 62 Organisationen Ende 1988 entstanden war, als auch der Gewerkschaftsverband UNTS.

Mehrere lateinamerikanische Regierungen schlossen sich der Zustimmung der salvadorianischen Opposition an, da auch sie in dem Plan eine reale Chance zur politischen Lösung des Krieges sehen.

Das US-Außenministerium ließ schon vor einem Besuch des Vizepräsidenten Dan Quayle am 3. Februar d.J. in El Salvador verlauten, der Vorschlag der FMLN verdiene „ernsthafte Studiert zu werden“, da er einige positive Elemente enthalte, zu denen vor allem die Abkehr der Guerilla von ihrer bisherigen Forderung nach Machtbeteiligung gehöre.

Außerdem sprachen sich die Demokraten, die den US-Kongress dominieren, in einem Schreiben an Duarte für die Unterstützung des FMLN-Planes aus. Die drohten unverhofft mit der Ablehnung des für dieses Haushaltsjahr vorgesehenen Hilfspakets über 400 Mio \$. (6) Die FMLN honorierte die positiven Signale aus Washington prompt mit der Ankündigung, das zivile US-Personal in El Salvador sei nicht mehr Ziel militärischer Angriffe. Sie erklärte sich zudem bereit, den Waffenstillstand vor und nach den Wahlen auf je-

weils einen Monat auszudehnen. Die Christdemokraten waren mit ihrer Ablehnung des Plans zu weit vorgeprescht und mußten während des Besuchs des US-Vizepräsidenten ihre ablehnende Haltung ändern. Schon die Andeutungen des US-Außenministeriums hatten im herrschenden Lager El Salvadors für Verwirrung gesorgt.

Diese wurde noch verstärkt, als Quayle in San Salvador bei einem Treffen mit Duarte sowie politischen und militärischen Funktionsträgern die Menschenrechtsverletzungen ungewöhnlich scharf verurteilte und insgesamt die Situation in dem mittelamerikanischen Land in düsteren Farben zeichnete: mehr Guerilla, mehr Ermordete, eine stärkere extreme Rechte und Schwäche des demokratischen Systems. Dagegen forderte er die Stärkung demokratischer Prozesse und eine dialogbereite Haltung; andernfalls könnten die USA mit Sanktionen antworten. (7) Die Drohung wirkte.

Die darauffolgenden Entwicklungen im herrschenden Lager machten einmal mehr deutlich, wer im Lande das Sagen hat. Duarte behauptete nun, daß er, als er von einem „Kriegsvorschlag“ der FMLN sprach, damit keine Zurückweisung gemeint habe. Dazu die spanische Zeitung „El País“: „Nun weiß niemand mehr, was er eigentlich sagen wollte.“ (8) Chavez Mena legte einen Gegenplan vor, demgemäß eine Verschiebung der Wahlen als Ergebnis einer Übereinkunft aller politischen Parteien möglich werden soll. Für den Fall des Scheiterns eines solchen Abkommens unterbreite er sogleich einen zweiten Vorschlag, der seine Wahlchancen erhöhen soll.

Im Falle seines Sieges am 19. März würde er sofort direkte Friedensverhandlungen mit der FMLN aufnehmen. Über das Ergebnis dieses Dialogs sollte dann am 15. September in einer Volksabstimmung entschieden werden.

Auch die ARENA gab ihr kategorisches Nein auf und zieht unter bestimmten Bedingungen eine Verschiebung der Wahlen in Betracht. Ihr Präsidentschaftskandidat, Alfredo Cristiani, erläuterte Quayle die weiterhin bestehende Ablehnung des Vorschlags durch seine Partei.

Ex-ARENA-Chef Roberto D'Aubuisson aber schlug schon moderatere Töne an und sprach sich für eine zeitlich befristete Amnestie für Vertreter der FMLN vom 10.-12. Februar d.J. aus, damit diese ihren Plan im Parlament vortragen und mit allen politischen Parteien diskutieren können. (9)

Grund für die veränderte Haltung der US-Administration, die sich auch in einem ersten Treffen mit FMLN-Vertretern ausdrückt, ist offenkundig eine realistischere Sicht der Lage in El Salvador. Die Aufstandsbekämpfungsstrategie der „Konflikte niedriger Intensität“ (LIC) ist offensichtlich gescheitert.

Dies drückt sich auf politischer Ebene im lähmenden Tauziehen zwischen der Regierung, den USA, dem Parlament und der Armee aus, das ein Machtvakuum hat entstehen lassen. Dieses erstreckt sich mittlerweile auch auf die mittleren und unteren Entscheidungsebenen. Aufgrund der militärischen

Vorschlag der FMLN zur Umwandlung der Wahlen in einen Beitrag für den Frieden

Die Nationale Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN) hat am 24. Januar d.J. einen neuen Vorschlag unterbreitet, um eine politische Lösung des Konflikts in El Salvador anzubauen.

Die Generalkommandantur der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Martí beurteilt die Situation wie folgt:

1. Die Durchführung der letzten fünf Wahlen hat die grundlegenden Probleme des Landes nicht gelöst.
2. Das Volk hat seinen Glauben an die Wahlen verloren, weil es sie für Betrug hält und weil es der Meinung ist, daß der Konflikt nicht aufzuhalten und die schwere ökonomische Krise, die den sozialen Kampf vertieft, durch Wahlen nicht zu lösen ist.

3. Die absolute Abhängigkeit des Landes von den Vereinigten Staaten zwingt die traditionellen Parteien, Christdemokraten und ARENA, dazu, die Gunst der nordamerikanischen Regierung, statt der Salvadorianer zu erringen.
4. Es gibt eine Tendenz zum Wahlbetrug und eine Tendenz zu Spannungen zwischen Legislative, Exekutive, Judikative und Militär. Die Debatte über das Wahlgesetz wird zu einem unlösbar Problem. Die nächsten Wahlen werden daher zum Zündstoff für eine schwere politische Krise werden, die zu einem endgültigen Machtvakuum führen wird.

5. Die zunehmende Gewalt durch eine verstärkte Repression gegen das Volk, das Lösungen für seine Probleme verlangt, stellt die Streitkräfte vor das Dilemma, entweder Völkermord zu begehen und damit einen Aufstand zu provozieren oder das Machtvakuum und den Aufstand aus Hunger abzuwarten.
6. Um eine Realisierung dieses Vorschlags zu erleichtern, würde die FMLN akzeptieren, daß die gegenwärtige Regierung für die gesamte Übergangszeit im Amt bleibt.

Ein Wahlprozeß, der unter den von uns vorgeschlagenen Bedingungen durchgeführt wird, würde eine nicht mehr rückgängig zu machende politische Lösung ermöglichen, die zu einem sehr bedeutenden Beitrag zum Frieden werden könnte.

Dieser Vorschlag beinhaltet Elemente, die sichtlich von der gegenwärtigen legalen Ordnung abweichen, einer Ordnung, die von den Kräften des Regimes, wie sie sich gegenseitig vorwerfen, immer wieder verletzt wird.

Wir rufen dazu auf, den Frieden über das gelende Gesetz zu stellen und machen die Kräfte mit Entscheidungsbefugnis darauf aufmerksam, daß eine Fortführung des Krieges ihre ökonomischen und politischen Interessen zum Zusammenbruch bringen wird.

Die Bedingungen, unter denen die aktuellen Wahlen durchgeführt werden, machen sie illegitim. Aus diesem Grund hat die FMLN sie abgelehnt und solange sich diese Situation nicht ändert, wird die FMLN diese Position beibehalten und sich dem Volk in seiner Ablehnung der aktuellen Wahlen anschließen. Der aktuelle Wahlprozeß verschärft den Krieg. Unser Vorschlag trägt zum Frieden bei.

Die FMLN ruft alle sozialen Kräfte des Landes dazu auf, zu diesem Vorschlag Stellung zu nehmen und ist bereit, ihn sofort mit der Regierung, dem Parlament, den Streitkräften und allen politischen Parteien zu diskutieren.

Der Erzbischof von San Salvador, Monseñor Rivera y Damas, könnte zu einem Zustandekommen dieser Gespräche beitragen, die die von der Kirche unternommenen Bemühungen um einen nationalen Konsens ergänzen würden.

Aktionen der FMLN sind inzwischen mehr als 90 der insgesamt 262 Bürgermeister zurückgetreten.

Ein ziviles Element der LIC-Strategie ist somit zum Teil unwirksam geworden. Diese Tatsache berücksichtigt die FMLN in ihrem Vorschlag, wenn sie anbietet, die Bürgermeister zu respektieren, „sofern sich diese von den Plänen der Streitkräfte lösen“.

Grund für die politische Destabilisierung ist vor allem die wachsende Stärke der FMLN. Die Guerilla operiert mittlerweile erfolgreich in den Städten und ist in allen 14 Provinzen des Landes präsent. Die Oligarchie des Landes hat deshalb genug von US-amerikanischen Experimenten und verlangt den totalen Krieg, um möglichst rasch die Friedhofsrufe wiederherstellen zu können.

In den Streitkräften wurden mit den personellen Umbesetzungen Mitte 1988, denen auch Generalstabchef Blandón im November zum Opfer fiel, und Anfang d.J. die ARENA-Linie gestärkt, und damit der erste Schritt zur Rückkehr zu genozidartigen Formen der Kriegsführung durchgesetzt. Ein Völkermord in El Salvador wie Anfang der 80er Jahre würde aber den Interessen der USA entgegenstehen, die eine demokratische Fassade in El Salvador aufrechterhalten müssen, um sich die Unterstützung ihrer Verbündeten im In- und Ausland sichern zu können.

Die Signale aus den USA für Verhandlungen mit der Guerilla und eine Verschiebung der Wahlen haben also auch den Hintergrund, daß Washington sich dadurch einen Zeitgewinn für die Konsolidierung der zerstrittenen und geschwächten Christdemokratie erhofft. Alle Wahlumfragen sagen für März einen Sieg des ARENA-Kandidaten vor.

Ob es zu einem Dialog kommt, wird deshalb auch entscheidend von der ARENA und vor allem ihrer Hauptstütze, der Armee, abhängen. Beide wissen, daß die Ablehnung einer Verhandlungslösung unpopulär ist, und daß das Überleben des Regimes von den Dollars aus Washington abhängt.

Diese Lage widerspiegelt auch die Haltung der Armee zum FMLN-Vorschlag. Am 7. Februar d.J. erklärte Verteidigungsminister Vides Casanova, der Plan sei „wenig ernsthaft“, weil es Teil der Strategie der Aufständischen sei, eine Insurrektion zu provozieren und die Armee zu spalten“.

Die Armee würde aber einen Gegenvorschlag der Politiker unterstützen, wenn dieser die Verfassung nicht verletzt.

Die Möglichkeiten einer Verhandlungslösung sind damit erschwert. Ob es zu einer Beendigung des Krieges kommt, hängt deshalb entscheidend von der Stärke der FMLN ab und damit auch von der Unterstützung, die sie aus dem In- und Ausland erhält.

Anmerkungen

- 1) ANN-Wochenbulletin, Managua, Nr. 142/31.1.1989
- 2) International Herald Tribune, Paris, 26.1.1989
- 3) Süddeutsche Zeitung, 26.1.1989
- 4) Die Tageszeitung, West-Berlin, 27.1.1989
- 5) Vgl. Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 28.1.1989
- 6) Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6.2.1989
- 7) Vgl. El País, Madrid, 5.2.1989
- 8) Ebenda
- 9) Vgl. Le Monde, Paris, 3.2.1989

PETER GARCIA

Großgrundbesitzer contra Umweltschützer

Hintergründe eines angekündigten Mordes

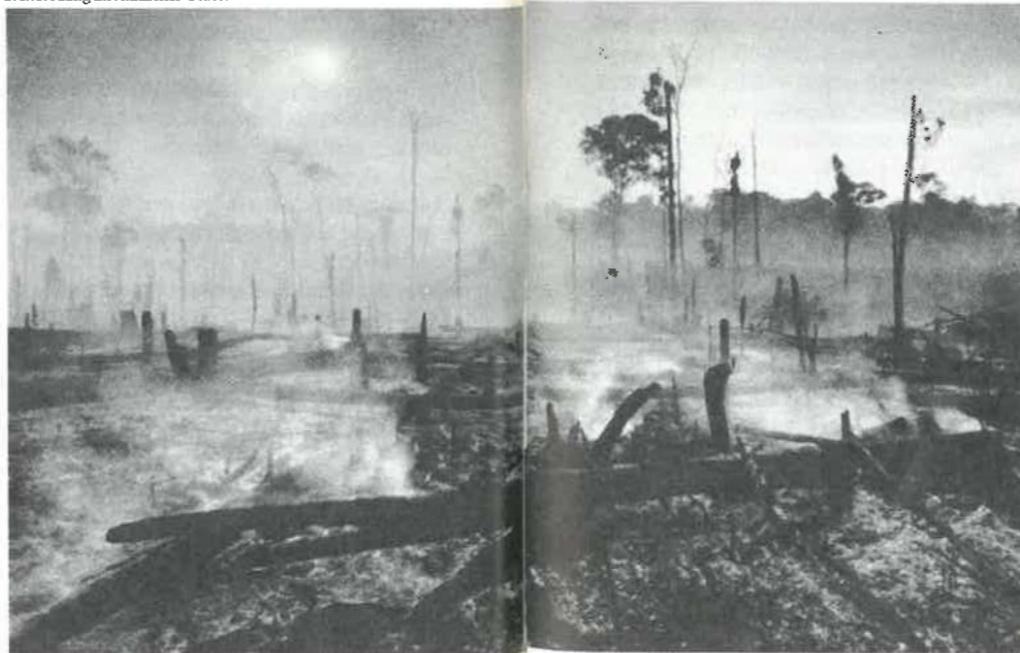
Am 22. Dezember 1988 erschütterte eine Sondermeldung Brasilien: In Xapuri, im fernen Bundesstaat Acre, hatten gedungene Mörder auf den 44jährigen Gewerkschafter und Umweltschützer „Chico“ Francisco Alves Mendes Filho geschossen. Er starb vor den Augen seiner sechsjährigen Tochter Helenira und seines dreijährigen Sohnes Sandino.

Mendes war Präsident des Nationalrats der 70 000 Gummizapfer Brasiliens, Vorsitzender der Landarbeitergewerkschaft von Xapuri, Gründungsmitglied der Arbeiterpartei (PT) in Acre sowie Mitglied des Gewerkschaftsverbandes CUT. 1988 wurde er aufgrund seines unermüdlichen Einsatzes für die Erhaltung des tropischen Regenwaldes und für die Rechte der Indios zum Ehrenbürger von Rio de Janeiro ernannt.

Für diese Tätigkeit war er auch international geehrt worden, u.a. 1987 von der UNO mit der Auszeichnung „Global 500“. Seit 1985 beriet er die Weltbank und die Interamerikanische Entwicklungsbank (IDB) in Umweltschutzfragen, um Kredite für umweltschädliche Entwicklungsprojekte zu verhindern. 1987 suspendierte z.B. die IDB auf Mendes' Intervention hin ein Darlehen an die brasilianische Regierung für den Bau einer Fernstraße in Acre, weil Auflagen zum Schutz des Urwalds und der Indianerreservate nicht erfüllt worden waren.

Der Tod von Chico Mendes kam nicht unerwartet. Bei einem Prozeß, den er gegen den Großgrundbesitzer Darli Alves da Silva geführt hatte, stellten die Richter eine Fälschung der Grundbesitzurkunden fest; die entsprechenden Ländereien wurden deshalb enteignet. Als dazu noch eine erfolgreiche Empate-Aktion gegen Darli und seinen Bruder Alvarino Alves da Silva kam, schworen

Brandrodung im Amazonas-Gebiet



die beiden in aller Öffentlichkeit, sich an Mendes zu rächen. Da sie bereits in den Bundesstaaten Paraná und Minas Gerais wegen Mordes an Landarbeitern gesucht wurden, wußte jeder, was mit „Rache“ gemeint war.

Obwohl die örtlichen Polizeibehörden vom Richter der Stadt Umuarama in Paraná drei Monate vor dem Mord aufgefordert worden waren, die Brüder Alves da Silva zu verhaften, unternahmen sie nichts gegen die beiden Landbarone; sie verfügten lediglich Polizeischutz für Mendes. Am Tag des Attentats saßen die beiden zum Schutz abgestellten Militärpolizisten in Chico Mendes' Haus beim Abendessen. Bis sie reagierten, waren die Mörder schon im Dunkel der Nacht verschwunden.

Als Tage später der Landbesitz der beiden Brüder Alves da Silva durchkämmt wurde, fand sich zwar von ihnen keine Spur; dafür entdeckten die Behörden in einem Wehr auf dem Landbesitz der beiden die Leichen von mehreren Männern – wahrscheinlich Gummizapfer, die bei früheren Konflikten von den Jagunços, den bezahlten Killern der Großgrundbesitzer, umgebracht worden waren.

Drei Wochen nach dem Mord stellte sich Darli Alves der Polizei; auch sein Sohn Darcy

sitzt bereits ein. Trotzdem wird das Kernproblem auch dann nicht gelöst sein, wenn der noch flüchtige Bruder geschnappt werden sollte. Denn die Alves-Familie mit ihrer mittelalterlichen Feudalherren-Mentalität ist nichts weiter als ein typisches Beispiel für Brasiliens Großgrundbesitzer-Kaste. Der Vorsitzende der Regionalorganisation des ultrakonservativen Verbandes der Großgrundbesitzer, União Democrática Ruralista (UDR), versuchte anschließend, seine Hände in Unschuld zu waschen. Obwohl die Brüder Mitglieder des Verbandes seien, würde der Verband ein solches Vorgehen nicht gutheißen.

Dieser Darstellung widersprach der Bischof von Rio Branco, Dom Moacyr Grechi, mit aller Entschiedenheit: „Es gibt keinen Zweifel, daß hinter diesen Morden die UDR steht. Sie fordert diese Konflikte heraus, ermordet die Führer, wobei sie immer mit der Nichteinmischung oder der Mittäterschaft der konstitutionellen Gewalten rechnen kann. Wir leben heute in einer schlimmeren Zeit als der des Ausnahmezustandes. Wir leben in einer Zeit der Straffreiheit für Verbrecher.“

Kein Wunder, daß inzwischen auch das Leben des Bischofs bedroht ist.

Die Gewalt der Großgrundbesitzer gegen Gummizapfer, Landarbeiter und Landbesitzer – und gegen die Priester der Organisation Pastoral da Terra – hat nach Angaben der Kirche seit 1980 über 2 000 Tote gefordert. Diese Zahl ist jedoch längst nicht vollständig, weil in dem Riesenland Brasilien viele dieser Morde nie bekannt werden. Außerdem sind nicht die Hunderte von Indios berücksichtigt, die der Landgier der Großgrundbesitzer zum Opfer fielen.

Dazu kommen noch Zighausende, die durch den Terror der UDR-Killer in die Elendsviertel der Großstädte verjagt werden – unter ihnen auch 10 000 Gummizapfer. Ein Mord ist übrigens eine Ausgabe, die sich jeder Großgrundbesitzer leisten kann: Er kostet umgerechnet nur 25 \$.

Aber die Großgrundbesitzer Brasiliens lassen nicht nur Menschen umbringen. Durch das von ihnen mitgetragene massenweise Abholzen und Abbrennen der Urwälder wird allmählich die „grüne Lunge“ unseres Planeten zerstört – mit noch nicht absehbaren Folgen für die ganze Erde. Alleine 1988 wurden in Brasilien 200 000 km² Urwald vernichtet.

Einen beträchtlichen Teil davon opferten – mit einer Profitmentalität aus der Steinzeit des Kapitalismus – die Großgrundbesitzer, um riesigen, extensiv genutzten Weideflächen Platz zu machen. Deren Hektar-Erträge sind mit 50 kg Fleisch im Jahr geradezu lächerlich, wobei das meiste davon dann auch noch zu Billigpreisen an ausländische Hamburger-Ketten oder Tierfutterfabriken verscherbelt wird.

Dabei besitzen die Latifundisten Brasiliens eigentlich schon genug Land: 1 % der Bevölkerung verfügt dort über 50 % des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens. Eine Landreform ist weiter entfernt als je zuvor; die Lobby der Großgrundbesitzer in der verfassunggebenden Versammlung hat in die neue Ver-



Der ermordete „Chico“ Mendes

fassung in ihrem Sinn Passagen aufnehmen lassen, die sogar die halbherzige Landreform des Präsidenten Sarney zu einem Kampfprogramm machen.

Durch die Verhinderung der bitter notwendigen Agrarreform und die zusätzliche Vertreibung zahlreicher Kleinbauern sind die Großgrundbesitzer unmittelbar für eine weitere Ursache der Zerstörung des Tropenwaldes verantwortlich: Die Brandrodungen der „Sem-Terras“, der Hunderttausenden von Landlosen, die darin ihre einzige Überlebensmöglichkeit sehen.

Schließlich tragen auch die großen Industrialisierungs-, Elektrifizierungs-, Fernstraßen- und sonstigen Prestigeprojekte der Regierung in großem Maße zur Zerstörung des Urwalds bei. Dem rücksichtslosen Raubbau an Bodenschätzen werden jährlich Flächen von der Größe Österreichs geopfert – in der Regel mit Hilfe der internationalen Kreditinstitute, Geschäftsbanken und der Unternehmen der Industrieländer.

Das größte dieser Projekte, der Bergbau- und Verhüttungskomplex Carajás, soll einmal 10 % der Fläche ganz Brasiliens bedecken. Die ersten beiden Eisenhütten dieses Projektes wurden Ende des vergangenen Jahres in Betrieb genommen; 26 weitere sollen folgen. Und da es dort keine Kohle gibt, wandert stattdessen der Urwald in die Hochöfen: in der Endphase 220 000 ha jährlich.

Es wäre jedoch nicht korrekt, die ganze Verantwortung dafür der Regierung Brasiliens aufzubürden. Hinter all dem steht der Zwang, unablässiger die Exporte zu steigern, um immer mehr Devisen für die Bedienung der gigantischen und immer weiter wachsenden Auslandsschulden von 120 Mrd. \$ zu verdienen.

Deshalb haben Sitzungen des Bundestags zur „Rettung des tropischen Regenwalds“ – wie im Januar d.J. – eher den Effekt von Karnevalsveranstaltungen, solange die Bundesregierung nicht öffentlich und weltweit für eine drastische Reduzierung des Schuldendienstes eintritt.



Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens von Sapoa. Wischnewski unterzeichnete als Zeuge

Daraufhin haben zivile Contra-Führer an vielen Stellen und öffentlich erklärt, sie wären auch für eine Verhandlungslösung. Da konnte bei einem Zusammenbruch der Verhandlungen nur einer die Schuld haben: die sandinistische Regierung.

Frage: Wie wird es in Sachen Waffenstillstandsabkommen mit der Contra weitergehen? Die Zeit bis zur Einschwörung des neuen Präsidenten und bis zur Erlangung der Handlungsfähigkeit der neuen US-Administration wird wahrscheinlich durch „low profile“ gekennzeichnet sein. Mit dem Ablauf der sog. Schonfrist der ersten 100 Tage, also gegen Anfang Mai 1989, dürften Entscheidungen anstehen.

C. Rode: Der Gewählte wird weiterhin mit einem von der Demokratischen Partei beherrschten Kongress regieren. Es gibt Kräfte im Kongress, möglicherweise die Mehrheit, die das Problem Nicaragua gelöst haben möchte, in bezug auf die Contra. Sie möchten es auch deshalb gelöst haben, weil die Lösungsmöglichkeiten klar auf dem Tisch liegen.

Hier ist im Grunde keine verfahrene Situation: Also, die Lösungsmöglichkeiten sind auf dem Tisch, warum sollte man sie nicht ergreifen?

Frage: Insbesondere da von einer veränderten Weltlage auszugehen ist, und da mit dringenden Problemen „zuhause“, wie der zunehmenden öffentlichen und privaten Verunsicherung, dem permanenten Zahlungsbilanzdefizit und einer erneuten Dollarschwäche, gerechnet werden kann. Die USA haben sich kaputtgerüstet.

C. Rode: Gleichzeitig geht der US-Administration längerfristig das Feindbild verloren, weil die Sowjetunion ihre Außenpolitik gegenüber der Dritten Welt umgestellt hat und weiter umstellt.

Es ist zunehmend nicht mehr plausibel, daß hier angeblich ein Satellit des Ostblocks auf dem amerikanischen Kontinent installiert werden soll. Geopolitisch sind die Bedingungen für die Friedensfindung in Nicaragua recht günstig. Je mehr die Contra wartet, desto weniger

licht hat. Die meisten darin enthaltenen Punkte wurden in die Praxis umgesetzt.

C. Rode: Soweit das möglich war; Nicaragua hat nicht voll erfüllen können. Aber das geht so lange nicht, wie z.B. Honduras, im Widerspruch zum Vertragswerk, massiver als je zuvor Gastgeberland für die Contra ist. Honduras ist weiterhin öffentlich erklärtes Empfängerland für die Contra-Hilfe.

Frage: Die Perestroika in der Sowjetunion hat, wie Sie bereits erwähnt haben, zunehmende Konsequenzen auf geopolitischer Ebene, am deutlichsten in der Frage der sog. Regionalkonflikte. Beobachter sehen das Ende der Konflikte im Mittleren Osten, im Südlichen Afrika, in Afghanistan und in Indochina nahe. In zwei weiteren Regionalkonflikten sind aus verschiedenen Gründen die Interessen der USA direkter involviert: im Nahen Osten und in Mittelamerika. Seit hundert Jahren hat die Monroe-Doktrin beide Amerikas zum exklusiven Interessengebiet der USA erklärt. Wie weit können geopolitische Verschiebungen Einfluß nehmen auf den „Hinterhof“ der USA hier in Mittelamerika?

C. Rode: Die Außenpolitik der nächsten US-Regierung wird sich von der Außenpolitik der Reagan-Administration in jedem Fall unterscheiden. Und dieses nicht nur aus eigenem Wollen, sondern auch aus der Evaluierung und Beurteilung der Außenpolitik anderer wesentlicher Größen.

C. Rode: Diese Möglichkeit gibt es. Bush ist außerordentlich verletzbar auf zwei Gebieten: Außenpolitik und Drogenhandel. (...) Er kämpfte in seinen Reden heftig gegen Drogenhandel, und er sagte, daß er eine außenpolitische Kompetenz hätte, die Dukakis nicht habe.

Die EG hat eine völlig andere Auffassung

von Mittelamerika als die US-Administration.

Unter Alliierten sollte man nicht zu lange so tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten haben. Offensichtlich stellt die Sowjetunion ihr außenpolitisches System radikal um und zieht sich aus einem regionalen Konflikt nach dem anderen zurück. Sie hat damit bereits in Afghanistan begonnen, tut es gerade in Angola. Sie hat in ihrer Auffassung zu Nicaragua klar erklärt, es werde keinen Militärstützpunkt auf dem Festland geben. In den Regionalkonflikten Südostasiens gibt es ebenfalls Verhandlungen.

Wenn das so ist, dann kann man nicht mehr gegen einen nichtexistierenden Feind anreiten, sondern man muß seine Politik umstellen.



Verleihkatalog

Ton-Dia - Schauen

42 entwicklungsorientierte Dia-Serien
im bundesweiten Verleih
neue, erweiterte Auflage kostenlos erhältlich

DISKUSSIONSFORUM REGIONALKONFLIKTE

„Es lebe der demokratische Imperialismus!“

Bisher wurden im DRITTE-WELT-Diskussionsforum zwei entgegengesetzte Positionen zum Thema „Anteilperialismus“ wohl am deutlichsten im Beitrag von Jürgen Reusch einerseits (DW 1/2/1989) und andererseits in meiner Stellungnahme (DW 11/1988) formuliert. Ich möchte deshalb zu Reuschs Kritik an meiner Position noch einige Anmerkungen nachliefern:

Reusch wirft mir vor, ich würde nicht sehen, daß wir im „Nuklearzeitalter“ leben: „Die menschliche Zivilisation befindet sich – systemübergreifend – in einer existenziellen Krise, nicht nur durch die Gefahr einer nuklearen Katastrophe, auch durch die Möglichkeit der irreversiblen Schädigung der Biosphäre, (...) die katastrophale Vereinigung der 3. Welt, usw.“ Ich habe den Eindruck, mit dem Begriff „Nuklearzeitalter“ wird ein Popanz aufgebaut, der den Blick für die Zurkenntnisnahme der historischen Realitäten seit 1945 eher verstellt.

Was geschah denn im „Nuklearzeitalter“, dessen Beginn ja wohl auch Reusch mit 1945 (Hiroshima) ansetzen würde? Die imperialistischen Hauptmächte setzen, unbewußt von den „Überlebensinteressen der Menschheit“, die Rüstungsspirale in Gang, die USA überfielen Korea, Vietnam, Kambodscha, organisierten Angriffe gegen Kuba, Frankreich führte den Algerienkrieg, überall auf der Welt wurden und werden westlich orientierte Diktaturen installiert und finanziert und Befreiungsbewegungen bekämpft.

Ebenfalls im „Nuklearzeitalter“, und ganz entfernt vom Gedanken, zusammen mit ihren Unterdrückern die menschliche Zivilisation retten zu können, führten die Völker der Kolonien und Halbkolonien einen antikolonialistischen Kampf für ihre Unabhängigkeit (z.B. China, Vietnam, die afrikanischen Völker bis hinunter in die 70er Jahre, El Salvador, Nicaragua etc.). Das waren und sind wesentliche Auseinandersetzungen im „Nuklearzeitalter“. Diese Auseinandersetzungen sind nicht zufällig, sondern sie stehen historisch begründbar auf der Tagesordnung und zu ihnen gilt es Stellung zu beziehen.

Reusch versucht, aus seiner Konstruktion „Nuklearzeitalter“ eine Tendenz hin zur Entspannung abzuleiten: Der Imperialismus sei durch seine eigene Rüstung in seinen Möglichkeiten eingeengt. Da der Imperialismus allerdings unter der Schwelle des Nuklearkrieges eine Vielzahl modernster Waffen in der ganzen Welt verbreitet und auch selbst einsetzt, ist diese Behauptung etwas seltsam. In seinen Möglichkeiten wurde er bisher nicht durch sich selbst, sondern durch den antikolonialistischen Kampf beschränkt, durch die Gegenwehr in der Dritten Welt und in den Metropolen.

Die Tatsache, daß die imperialistischen Staaten nicht zum Mittel des Atomkrieges griffen, die Tatsache, daß sie nicht ständig Krieg führten (niemand hat je behauptet, daß sie das müssen), bringt Reusch zu Überlegungen bezüglich der „Friedensfähigkeit“ des Imperialismus und über Möglichkeiten zur „Durchsetzung politischer, militärischer und ökonomischer Beziehungen friedlicher Koexistenz“. Dieses System soll also schon deshalb zum potentiellen Partner der Völker werden, weil es sie im „Nuklearzeitalter“ nur

ab und zu konventionell überfällt und in der Zwischenzeit ganz friedlich durch ökonomische Ausbeutung umbringt? 50 Millionen Menschen sterben jedes Jahr an den Folgen der Unterentwicklung!

Eine Hauptthese von Reusch ist, daß es menschheitsbedrohende Probleme gibt, die nur gemeinsam durch eine „Demokratisierung der internationalen Beziehungen“ gelöst werden können und deren Lösung dem Klassenkampf und dem antikolonialistischen Kampf übergeordnet ist. Ich halte das für ein Wegglassen und Verschweigen der wesentlichen Zusammenhänge: Daß es eine „systemübergreifende Krise der menschlichen Zivilisation“ gibt, ist schon wieder eine Konstruktion. Damit soll keineswegs die Größe und Dramatik der von Reusch aufgezählten Probleme bestritten werden. Aber ihrer Ursache und Entstehung nach sind sie hundsnormale Ergebnisse der funktionierenden und derzeit wieder mit beträchtlichen Wachstumsraten expandierenden kapitalistischen Wirtschaftsordnung.

Dieser ganz normale Gang der Kapitalakkumulation schafft weltweit über 300 Millionen Arbeitslose und damit die erwähnte Vereinigung der Dritten Welt. Der ganz normale Gang der Profitmaximierung und der monopolistischen Konkurrenz zerstört die Umwelt und verkrüppelt Wissenschaft und Technik zum bloßen Anhänger der Profitmacherei. (Das „systemübergreifend“ kommt daher, daß Reusch die Tatsache, daß es in den Gesellschaften des Ostens auch nicht besser ging, anscheinend dahingehend verabsolutiert, daß man es nicht besser machen könne und eine Gesellschaftsänderung kein wesentlicher Lösungsbeitrag ist.) Als strategische Hauptaufgabe setzt Reusch dem entgegen: „Die strategische Hauptaufgabe der Gegenwart ist aus diesen Gründen – so meine These – nicht mit dem Begriff des Anteilperialismus adäquat zu erfassen. Es geht vielmehr dar um, der reaktionärsten, aggressivsten, am meisten neokolonialistischen und umweltzerstörenden Imperialismusvariante eine wirksame demokratische Alternative gegenüberzustellen und sie weltweit durchzusetzen. (...) Es geht zunächst also nicht gegen den Imperialismus als ganzes, um seinen Sturz, sondern um die Verdrängung einer bestimmten imperialistischen Politik.“

Damit wird der Imperialismus vom historischen Entwicklungsstadium der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, von der Gesellschaftsordnung zur bloßen Politikvariante, der eine andere Variante (der demokratische Imperialismus?) entgegengesetzt werden kann. In der Konsequenz dieses verflachten Imperialismusbegriffs mutet man diesem System aber viel zu viel an positiven Entwicklungsmöglichkeiten zu. Wenn die Verarmung der Dritten Welt das Ergebnis von Kapitalakkumulation und Ausbeutung ist, läßt sich das nicht „demokratisieren“. Das Kapitalverhältnis kann nur abgeschafft werden, und das heißt – ganz altmodisch – Vergesellschaftung der Großproduktion und deren Planung, Enteignung des Großgrundbesitzes und Landreform etc. Reusch mag das für Wortradikalismus halten, ich halte es für die notwendige Zielvorstellung, deren Aufgabe nur zu Reformillusionen führen kann.

Ähnlich stellt sich das auch in der Umweltfrage: Wie soll eine profitorientierte Technik und Wissenschaft – und eine andere ist im Kapitalismus nur sicher durch dessen Sturz, der Standpunkt der marxistischen Linken sei und daß er diese Position für das Nuklearzeitalter für geradezu abenteuerlich halte. Weiter unten schreibt er jedoch: „So stimmt es zwar, daß der Weltfrieden letztendlich erst durch den Sieg des Sozialismus sicher ist. Das jedoch hält ihn nicht

FCKW zu verbieten, die Autoabgase zu reduzieren und ähnliches mehr. Aber die gesamte Geschichte des Kapitalismus zeigt auch, daß er neben Robert Koch Josef Mengele hervorbringt, daß er Krisen und Probleme, die er produziert, nur reparieren kann, indem er die nächste Krise, das nächste bedrohende Problem damit vorbereitet. Zudem zeigen die Klagen der Umweltschützer, daß trotz aller offizieller Feiertagsreden bisher so gut wie nichts gegen die drängendsten Mißstände unternommen wurde – selbst dieses Allernötigste muß also in Konfrontation gegen das, nicht in Koexistenz mit dem System erkämpft werden.

Die strategische Hauptaufgabe ist deshalb, die notwendigen Tageskämpfe hinzuführen auf das Ziel, die Produktionsverhältnisse zu verändern. Ich denke, das ist keine Auseinandersetzung um Nuancen der Politik, und es ist auch kein von der Praxis abgehobener Streit. Ich höre aus Reuschs Argumentation (und genauso bei Brönnner) die starke Tendenz heraus, „Mitverantwortung“ übernehmen zu wollen und ich bin, wie einige andere Beiträge zeigen, nicht der einzige, der das tut. Aber diese Tendenz, Arzt am Krankenbett des Kapitalismus spielen zu wollen (obwohl es dem ganz gut geht), hat vor nicht ganz hundert Jahren die Sozialdemokratie zu dem gemacht, was sie heute ist.

Was in diesem Zusammenhang interessant sein dürfte, ist die Frage, welche konkrete Politik Reusch und Brönnner aus ihren Einschätzungen ableiten würden. Vielleicht läßt sich auf dieser etwas leichter fälligen Ebene noch einmal eine Fortsetzung der Diskussion führen.

CHARLES PAULI
REGENSBURG, WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTLER
UND MITARBEITER VON DRITTE WELT

Auch im „Nuklearzeitalter“ gilt die Imperialismus-Definition

Zum Diskussionsbeitrag von Jürgen Reusch in DRITTE WELT 1-2/1988

Das von dem Kollegen Reusch geforderte Denken mag zwar neu sein, es scheint mir aber – was alleine wichtig wäre – nicht richtig zu sein. Die Ausführungen Reusches zeichnen sich durch eine Ansammlung von Widersprüchen aus, und zwar keineswegs durch dialektische, wie man sie vom stellvertretenden Leiter eines Instituts für Marxistische Studien und Forschungen erwarten darf. Ich möchte in meiner Kritik weder auf den von Reusch verteidigten Artikel von W. Brönnner noch auf den von ihm angegriffenen Diskussionsbeitrag von Ch. Pauli eingehen, sondern lediglich auf seinen Beitrag.

Reusch widerspricht sich selbst mehrfach: Er schreibt, daß er „ganz entschieden bestreitet“, daß die Behauptung, der Friede müsse gegen den Imperialismus durchgesetzt werden und sei letztlich nur sicher durch dessen Sturz, der Standpunkt der marxistischen Linken sei und daß er diese Position für das Nuklearzeitalter für geradezu abenteuerlich halte. Weiter unten schreibt er jedoch: „So stimmt es zwar, daß der Weltfrieden letztendlich erst durch den Sieg des Sozialismus sicher ist. Das jedoch hält ihn nicht

davon ab, bereits im nächsten Satz zu behaupten, daß es hier und heute auch reale Ansatzpunkte gibt, eine „umfassende“ Friedensordnung (die ein konstruktives Herangehen an die globalen Probleme einschließt) in Kooperation von Sozialismus und Kapitalismus durchzusetzen.

Obwohl er hier bereits unzweideutig die Klassenzusammenarbeit propagiert, nimmt er im folgenden W. Brönnner gegen den „Vorwurf“ Paulis in Schutz, dieser tue eben jenes, er nämlich lande bei „Klassenzusammenarbeit statt Anteilperialismus“. Schließlich – so Reusch – schlage kein vernünftiger Mensch vor, auf die vielleicht irgendwann einsetzende höhere Einsicht des Monopolkapitals zu vertrauen. Entscheidend sei, daß die jetzt noch vorherrschende reaktionäre Variante imperialistischer Politik nicht unabwehrbar und unveränderbar ist und daß deshalb auf der Tagesordnung der Gegenwart Reformkämpfe stünden, die breite Bündnisse unter Einschluß realistischer Kräfte des Monopolkapitals erfordern. Ich frage: Was ist das andere als „Klassenzusammenarbeit“?

Es ist nicht nur im wörtlichen Sinn Klassenzusammenarbeit, sondern es ist Zusammenarbeit mit dem Hauptklassenfeind aller ausgebeuteten Klassen und Schichten, der imperialistischen Bourgeoisie, denn – daran erinnert sich hoffentlich auch Reusch noch – der „Imperialismus“ ist nach marxistischer Auffassung nicht eine besonders „böse“ Art von Politik, wie es die Ideologen der 2. Internationale aus dem wohlbekannten Grund, ihren Übergang zur Bourgeoisie theoretisch zu begründen, postulierten, sondern das Wesen des Monopolkapitals selbst – nicht nur seines reaktionärsten Teils. Daß weder die Bourgeoisie noch der „Imperialismus“ ein homogener Block sind, ist nichts Neues. Die Existenz einer Ansammlung verschiedener Bäume rechtfertigt es aber noch nicht, die damit einhergehende Existenz des Waldes zu leugnen.

Wer wie Reusch letztlich den „Anteilperialismus“ zurückweist und, indem er vom Vorherrschen einer „reaktionären“ Variante imperialistischer Politik schreibt, offenbar auch eine mehr oder weniger fortschrittliche Variante des Imperialismus ausgemacht hat, bekennt sich nicht nur zur „Klassenzusammenarbeit“, die in genau zu begründenden Fällen ja durchaus notwendig sein kann und auf internationaler Ebene ja auch von Stalin zumindest so erfolgreich wie von Gorbatschow betrieben wurde, sondern verläßt den Boden des Marxismus, dessen ganzes Sein auf die Beendigung jeglicher Ausbeutung und damit die soziale Liquidierung aller ausbeutenden Klassen gerichtet ist. Im übrigen ist zu fragen, was denn das Monopolkapital zu einer besseren Politik bewegen kann, wenn es weder seine Einsicht noch der auf es ausgeübte Druck im Rahmen der nationalen und internationalen Klassenkämpfe.

Die ja nun keineswegs von Reusch erfundene dahinterstehende These ist die von der „Friedensfähigkeit“ des Imperialismus. Diese wird aber unter Mißbrauch eines Leninitäts mit nichts anderem bewiesen, als mit der selbstverständlichen und alles anderes als neuen Tatsache, daß der Imperialismus nicht permanent und überall Krieg führen muß. Wer würde bezweifeln, daß er auch andere Mittel zur Sicherung seiner Herrschaft einsetzt? Ich muß allerdings gestehen, daß mir kein Zeitraum einfällt, in dem der Imperialismus bzw. die eine oder andere imperialistische Macht nicht irgendwo auf der Welt auch militärisch mit seiner Herrschaftsausweitung und -sicherung beschäftigt gewesen sei, wenn nicht direkt, dann durch von ihm eingesetzte und ausgehaltene lokale Regimes.

Nachdem aber nun gezeigt wurde, daß Reusch sich zumindest verbal nicht völlig offen zu dieser Linie durchringen konnte und hin und wieder genau

das Gegenteil vom Zuvorgesagten behauptet, wollen wir sehen, was es mit dem Realitätsgehalt seiner Linie auf sich hat. Daß die Produktivkraftentwicklung auch die Möglichkeit der militärischen und ökologischen Zerstörung der gesamten Menschheit mit sich gebracht hat, leugnet sicher auch kein Anhänger des „alten“ Denkens, zumal diese Situation schon lange vor der Entfindung des „neuen“ Denkens in Moskau und dessen nach Jahrzehntlang geübtem Muster vollzogener Adaptierung durch einen bestimmten Teil der kommunistischen Weltbewegung bestand. Der Streit geht überhaupt nicht um die Feststellung von klassenübergreifenden „Menschheitsfragen“, sondern nur darum, wie diese beantwortet werden können.

Da das „neue Denken“ seine Kraft m.E. wesentlich aus der Tatsache bezieht, daß es vom Generalsekretär der KPdSU propagiert wird, muß etwas zum „realen Sozialismus“ gesagt werden. Dessen immense Schwierigkeiten und Mängel, die vielen Linken schon lange bekannt waren als ein Großteil der gegenwärtigen Fangemeinde des „neuen Denkens“ noch eifrig Altläufige waren, ist wesentlich Resultat der Fortexistenz des kapitalistischen Systems auf dem größten Teil des Erdballes. Der Sozialismus kann in einem Land und dann noch einem traditionell so rückständigen wie der UdSSR nur die Grundsteine für eine letztlich im Interesse der ganzen Menschheit und keineswegs nur des Proletariats liegenden marxistischen Mantel auf der Müll zu schmeißen und sich zu irgendwas anderen zu bekennen.

Ich frage mich auch, wie es sich Reusch denn erklärt, daß es die „reaktionäre Variante“ des Imperialismus ist, die heute das Sagen hat und die in der ganzen Geschichte des Imperialismus immer nur kurzfristig von integrativer ausgerichtete Varianten abgelöst wurde. Er wird doch nicht tatsächlich wollen, daß diese herrschende Fraktion der herrschende Klasse die bestehenden ökologischen, militärischen und ökonomischen Probleme der Welt nicht gut genug kennt und aus lauter Durmheit so „unrealistisch“ ist? Ich muß gestehen, daß ich die Reagans und Thatchers für alles andere als für geschickte Imperialisten halte. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß auch diese Kräfte durchaus nicht

LOTHAR A. HEINRICH
BONN, FREIER JOURNALIST UND
MITARBEITER VON DRITTE WELT

Zeitschriftenschau

epd-Entwicklungs politik Nr. 1-2/1989

Infos: US-Truppen in Lateinamerika • Keine Hilfe für afrikanische Kriegsgefangene • Entwicklungshilfe für Brasilien mit Umweltschutzauflagen • Analyse: Zwischenbilanz – Entwicklungspolitiker zur Nord-Süd-Politik • Frischer Wind in Cubas Presse • Firmenporträt MBB • Dokumentation: Schuldennachlaß zum Schutz des Tropenwaldes • Harare-Erklärung zur „Solidarität der Kirchen mit den Frontstaaten“
Einzelpreis 3,30 DM (Doppelausgabe 5,50 DM); Abo 55 DM
Bezug: epd, Friedrichstr. 2-4, 6000 Frankfurt/M. 17

Entwicklungs politische Korrespondenz, Nr. 4, Dezember 1988.

Thema: Tabak – Blauer Dunst für die Dritte Welt • Kulturgeschichte des Rauchens • Dritte Welt als neuer Absatzmarkt der Tabakindustrie • Gifte im Tabak • Frauen und Rauchen seit der Verbreitung der Zigarette • Tabakanbau in Malawi • Rembrandt in Südafrika • BAT und Rothmans in Zaire • Bremer Tabakbörse und Tabakanbau in Indonesien • Zigarrenproduktion in Cuba • Interview zum Tabakanbau in Nicaragua • Gifte im Tabak • Tabakanbau und Abholzungen
Einzelpreis 4 DM; Abo 22 DM.
Bezug: EPK, Postfach 28-16, 2000 Hamburg, 20

Informationsdienst Südliches Afrika, Nr. 8, Dezember 1988

Schwerpunkt: Literatur, Theater, Musik • Kriegs- und Krisenliteratur, Verlagswesen, Theater- und Musikszene in Zimbabwe • Künstlerische Arbeiten in Lesotho • Schriftsteller in Angola • Aktivitäten des mosambikanischen Malers Malangatana bei der ECASAAMA-Konferenz • Außerdem: Tendenzen in der „weißen“ Politik Südafrikas • Der „Delmas-Prozeß“ • Namibia-Angola-Vertrag • ANC-Treffen mit sowjetischen und südafrikanischen Wissenschaftlern • Unterstützung „interner Projekte“ in Südafrika • Beigefügt: SADCC-Brief Nr. 8/1988 „Kooperationsfeld Nahrungssicherung“
Einzelpreis 5 DM; Abo 40 DM.
Bezug: Issa, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1

Blätter des iz3w, Nr. 155, Februar 1989

Schwerpunkt: Biotechnologie • Die Zukunft der Welternährung im Griff des Agrobusiness • Gen- und Biotechnologie • Die Konzernstrategien der Ferruzzi-Gruppe • Gentechnik – neue Waffe im Kampf um Nahrungsmittel • Basler Appell • Totalerhizide • Außerdem: George Bushs dunkle Machenschaften • El Salvador • Die PLO auf Friedenskurs • Politische Gefangene in der Türkei • Entwicklungstheorie-Diskussion
Einzelpreis 5 DM; Abo 40 DM
Bezug: Iz3w, Postfach 5328, 7800 Freiburg

AFGHANISTAN

ANDREAS KRAMER-SCHWITALLA

Angesichts des sowjetischen Truppenabzugs

Politische Übergangslösung ohne Chance?

Der Afghanistankonflikt trat mit dem Abzug der sowjetischen Truppen in ein neues Stadium ein. Bedeutet die Belagerung Kabuls durch ca. 25 000 Mudjahedin, daß eine militärische „Endlösung“ unausweichlich ist? A. Kramer-Schwitalla vom Afghanistan-Informationskreis, der sich kürzlich im Land am Hindukusch umsah, skizziert die nicht ganz so einfache Ausgangslage.

General Abdul Haq ist im ZK der Demokratischen Volkspartei Afghanistan (DVPA) verantwortlich für die Streitkräfte. Als wir, vom Informationskreis Afghanistan, ihn im September 1988 fragten, wo überall die sowjetischen Streitkräfte an Kämpfen beteiligt seien, berichtete er, daß sich sowjetische Einheiten nur noch in fünf von 32 Provinzen befinden: „In den letzten zwei Jahren haben sie sich mehr und mehr in ihre Militärlager und Stellungen zurückgezogen, sobald die Ursachen verschwinden, die die afghanische Staatsführung bewegen, um ihre Entsendung zu ersuchen.“ (5)

Nach dem Abschluß der Genfer Abkommen im April 1988 gab es insbesondere auf Seiten der afghanischen Regierung berechtigte Hoffnungen auf eine baldige Beilegung des Konflikts. Erwartet wurde von ihr, daß die Waffenlieferungen von pakistanischem Territorium eingestellt würden. Auch rechnete sie fest mit der Schließung der Zentralen der Mudjahedinsparteien und ihrer Ausbildungsläger. Intensiv bereitete sie sich auf die Rückkehr der Flüchtlinge vor.

Jedoch das Gegenteil geschah: Als existiere das Abkommen gar nicht, intensivierten die

USA und Pakistan ihre Waffenlieferungen an die afghanische Opposition. Diese nutzte sogar die Vertragstreue der Kabuler Regierung aus und errichtete im Süden des Landes ihre militärischen Stützpunkte. Nach Generalmajor Abdul Haq war die Regierung „nach Unterzeichnung der Abkommen (...) sehr optimistisch und hoffte, daß die Bevölkerung nach Afghanistan zurückkommen kann. Deshalb haben wir auch an der Grenze unsere Armee-Einheiten zurückgezogen. Z.Z. sind die Grenzen offen; jeder kann die Grenze überqueren. Aber anstelle der Flüchtlinge kamen Waffenkarawanen.“ (6)

Daß von pakistanischer Seite täglich das Genfer Abkommen gebrochen wird, ist auch in westlichen Medien nicht strittig (7). Entsprechend verfahren ist die Lage an der pakistano-afghanischen Grenze: Bei der UN-Mission zur Überprüfung der Genfer Abkommen ging am 20.1.1989 die 189. Note der afghanischen Regierung zur Überprüfung einer Vertragsverletzung ein. Jede Note enthält zwischen 10 und 20 dokumentierte Vertragsverstöße.

Die Waffenarsenale der Mudjahedin sind

Sowjetische Truppen bei der Überquerung der Brücke über den Grenzfluß Amu-Darja



zum Bersten voll: Sie reichen aus, um den Krieg ohne Nachschub mehrere Jahre weiter zu führen.

Mit diesen Waffen eskalierten die Mudjahedin den Krieg aufs Neue: In der Periode Juli-August-September 1988 feuerten sie über 1000 weitreichende Boden-Boden-Raketen auf die Hauptstadt Kabul ab – Angriffe, die mehr als 100, überwiegend zivile Todesopfer kosteten.

Zunächst stoppte die sowjetische Führung den Abzug weiterer Einheiten. Sie schlug vor, das Problem politisch, mit Hilfe einer UN-Konferenz zur Einhaltung der Genfer Abkommen zu lösen. Dies scheiterte jedoch an einer Ablehnung der USA (8) – woraufhin die Sowjetunion der afghanischen Regierung zur Abwehr der Raketenangriffe hochmoderne Raketen und Flugzeuge lieferte und sich vorbehält, die Abzugsfrist am 15. Februar d.J. zu streichen.

Angesichts der kurzen noch verbleibenden Frist trafen sich jüngst sowjetische und afghanische Regierungsvertreter, um die Vor- und Nachteile eines termingerechten Abzuges abzuwegen. Am 16.1.1989 erklärte dann der sowjetische Oberbefehlshaber Gromow in Kabul, beide Seiten hätten sich für einen fristgerechten Abzug entschieden. Das erklärte sowjetisch-afghanische Ziel, die Einmischung von außen vor dem Abzug der Sowjets zu unterbinden, konnte nicht erreicht werden.

Wenn am 14. Februar der letzte Rotarmist das Land verlassen hat, wird sich jedoch eine entscheidende Bedingung des Konflikts in Afghanistan verändert haben: Die moslemischen Krieger werden keinen „heiligen Krieg“ mehr gegen die „ungläublichen“ Russen führen, sondern gegen Moslems in Kabul, die ihnen wiederholt Friedensbereitschaft gezeigt haben. Der US-Regierung droht zudem bei Fortführung der Waffenlieferungen nicht nur der Vorwurf der Verletzung völkerrechtlich verbindlicher Verträge. Auch der Weltöffentlichkeit wird dann deutlicher werden, welche Rolle die USA in Afghanistan spielen (9).

Der Rückzug aus Afghanistan ohne Beendigung der Einmischung von außen ist weniger eine Niederlage, als ein herber Rückschlag für die sowjetisch-afghanische Politik.

Eine politische Lösung – im eigenen Lager und gegenüber den Mudjahedin – durchzusetzen, stellt angesichts des extremen militärischen Drucks, den letztere z.Z. entwickeln, hohe Anforderungen an die Disziplin und die Risikobereitschaft der afghanischen Führung. Daß eine solche Lösung dennoch in absehbarer Zeit möglich erscheint, beruht auf zwei Entwicklungen, die vor allem in bürgerlichen Medien weitgehend ignoriert bzw. falsch eingeordnet werden.

Seit 1980 findet die Kabuler Regierung wachsende Unterstützung in der Bevölkerung. (10) Auch im Wiederaufbau der Streitkräfte wurde ein Stadium erreicht, das die baldige Machtübernahme der Mudjahedin in überschaubarer Zeit unwahrscheinlich erscheinen läßt. Die Opposition ist – obwohl



Afghanische Mudjahedin – gut genug gerüstet für den geplanten Ansturm auf die städtischen Zentren?

sie sich scheinbar im Aufwind befindet – angesichts der existentiellen Probleme, denen sie sich zu stellen hat, zerstritten wie noch nie.

Je länger der Krieg in Afghanistan andauert, desto komplizierter und schwerer wird die Gestaltung einer Friedensregelung. Die Genfer Abkommen regeln wichtige Voraussetzungen, aber vereinbaren keine Waffenstillstandsregelung.

Die Führungen in Kabul und Moskau versuchen, den Frieden durch eine stufenweise Lösung der wichtigen Probleme zu erreichen. Dabei lassen sich folgende Phasen unterscheiden: die „Afghanisierung“ des Konflikts, die Durchsetzung eines Waffenstillstands und die Bildung einer breiten Übergangs- bzw. Koalitionsregierung.

Mit der „Afghanisierung“ des Konflikts ist die Absicht verbunden, diesen möglichst weit aus dem auch militärisch ausgetragenen Ost-West-Konflikt herauszulösen. Das angehäufte Vernichtungspotential der afghanischen Kriegsparteien soll begrenzt oder gar verringert werden. Und es sollen Voraussetzungen entstehen, die der Logik der Versöhnung zum Durchbruch verhelfen.

Der Rückzug der sowjetischen Truppen ist ein wichtiges Element der „Afghanisierung“. Offen bleibt, ob die Regierungen der USA und die Pakistans ebenfalls die Waffenlieferungen und die Unterstützung für die Mudjahedin einstellen (14).

Wie verhalten sich die USA und Pakistan nach dem Abzug? Es ist noch nicht zu erkennen, daß die USA und Pakistan bereit sind, die logistische und politische Unterstützung der Mudjahedin nach dem 15. Februar einzustellen. Ganz im Gegenteil, der designierte Außenminister der Bush-Administration Baker stellte vor einem Senatsausschuß heraus, er wolle die Reagan'sche Afghanistanpolitik fortführen (11). Für die USA ist die Unterstützung der Mudjahedin die größte CIA-Aktion seit Vietnam, die Mrd \$ verschlang (12).

Inzwischen setzt sich bei Analytikern in den USA die Erkenntnis durch, daß die Kabuler Regierung mit dem Abzug der Sowjets im

Februar d.J. nicht „sofort“ stürzen wird. Folglich sind auch die in der US-Presse diskutierten Optionen langfristiger.

Eine Fortsetzung der Waffenlieferungen wird derzeit in den USA insbesondere von jenen Kräften gefordert, die ein mit Pakistan verbündetes antisowjetisches Regime anstreben. Kritiker dieser Option argumentieren dagegen, daß die Bildung einer fundamentalistischen Mudjahedin-Regierung angesichts des latenten Antiamerikanismus der Fundamentalisten sich als ein „Pyrrhus“-Sieg herausspielen könnte (13).

Auch Pakistan, auf dessen Territorium schätzungsweise 3,5 Mio afghanische Flüchtlinge Zuflucht fanden, geriet als Koordinator der westlichen Unterstützung noch weiter in die Abhängigkeit der USA als es ohnehin schon war. Den pakistaniischen Militärs fiel die Schlüsselrolle zu, die Hilfe in die richtigen Kanäle zu lenken.

Realistischer ist der amerikanische Afghanistan-Experte Selig S. Harrison. Er hält es für möglich, eine Übergangsregierung zu bilden, die von Nationalisten geführt wird und in der weder Kommunisten noch Fundamentalisten dominieren. Nach Harrison setzt dies voraus, daß die USA ihre Hilfe für die „künstliche“ Allianz der Mudjahedin einstellen (14).

Eine friedliche Regelung des afghanischen Konflikts bedeutet für Pakistan, daß die Flüchtlinge allmählich zurückkehren können und die inneren politischen Spannungen Pakistans abgebaut werden.

Die neue Premierministerin Bhutto, vom Militär argwöhnisch geduldet und abhängig von der US-Hilfe, konnte in der Afghanistanpolitik noch keine Wende durchsetzen. Im Gegenteil, die „Leutnants“ Zia ul Haqs sind aktiver als je zuvor.

Benazir Bhutto befindet sich in einem Dilemma: Schon um als Premierministerin nominiert zu werden, war sie auf die Fürsprache des US-Botschafters angewiesen (15): Bedingungslos unterstützte er sie nicht; so teilte er ihr u.a. mit, seiner Regierung läge „vor allem daran, daß Pakistan seine bisherige Af-

ghanistan-Politik fortsetzt und nicht die Mudjahedin kurz vor dem Ende des sowjetischen Truppenrückzugs (...) im Stich läßt“ (16).

Läßt Benazir Bhutto aber den pakistaniischen Militärs in der Afghanistanpolitik „freie Hand“, dann wird sie ihren innerenpolitischen Reformkurs gefährden und „antidemokratische Kräfte“ stärken, die nichts lieber sähen als ihren Sturz. Entscheidend für das zukünftige Verhalten Pakistans wird die Haltung der neuen Bush-Administration zum Konflikt in Afghanistan sein.

In der Periode nach 1980 zeigte sich immer deutlicher, daß ein Kompromiß mit der bewaffneten Opposition gefunden werden mußte. Denn der eskalierende Krieg erschwerte nicht nur den weiteren Aufbau, sondern machte ihn in wichtigen Bereichen der Gesellschaft sogar unmöglich.

„Es sind 8 Jahre, so Präsident Nadjibullah Anfang Januar 1987, „daß dieser Krieg in unserem Lande anhält. Während dieser Zeit haben Hunderttausende Menschen ihr Leben verloren. Seit Jahrhunderten haben die Menschen an hauptsächliche Dinge des Lebens gedacht – an Obdach, Kleidung und Nahrung – aber was hat ihnen der Krieg gebracht? Gräber anstatt Obdach, Särge anstatt Kleidung, Geschosse in den Magen anstatt Nahrung.“ (17)

Die Verkündung der Politik der Nationalen Versöhnung am 15. Januar 1987 leitete den erforderlichen politischen Wandel ein: Verurteilte oppositionelle Personen wurden freigelassen und amnestiert: Die Regierung war bereit, die politische und kulturelle Autonomie oppositioneller Gruppen, Stämme und Clans in ihren Gebieten zu garantieren, soweit sie sich der Nationalen Versöhnung anschlossen. Sie appellierte an die Parteien im Exil, sich an der Bildung einer Koalitionsregierung zu beteiligen.

Begleitet wurde dieser Appell von einem sechsmonatigen, einseitigen Waffenstillstand, der dreimal verlängert wurde. Die afghanische Armee griff die Mudjahedin nur „im Falle hoher Dringlichkeit und im Falle eines offenen, direkten Angriffs“ (18) an.

Der Appell zum Waffenstillstand wurde von Teilen der Mudjahedin, die in Afghanistan kämpften, angenommen.

Ein solches einseitiges Angebot war mit hohen Risiken verbunden. Dies zeigte sich z.B. in Kunduz, einer Stadt im Norden Afghanistans. Dort hatte die Regierung den Mudjahedin an einem religiösen Feiertag erlaubt, ihre Familien und Verwandten zu besuchen. Sie plünderten die Stadt und ermordeten über 500 Menschen. Erst durch den Einsatz der afghanischen Armee konnten sie vertrieben werden.

Generalmajor Abdul Haq, vom Informationskreis Afghanistan nach der Resonanz der Politik der Nationalen Versammlung unter der bewaffneten Opposition im Lande selbst befragt, berichtete, daß seit Januar 1987 50 000 ehemalige Mudjahedin in die verschiedenen, auf Seiten der Regierung kämpfenden Einheiten aufgenommen wurden. Mit verschiedenen Einheiten der Opposition, 45 000 Mudjahedin umfassend, habe die Regierung Waffenstillstandsabkommen abgeschlossen, und mit weiteren 40 000 Freischärlern stehe die Regierung in Verhandlungen.

Stimmen die Angaben Abdul Haqs, dann ist seit dem Appell zur Nationalen Versöhnung die personelle Stärke der bewaffneten Opposition, die er mit 180 000 angab, um mindestens die Hälfte gesunken.

Die 60 000–70 000 bewaffneten Mudjahedin stellen jedoch für die afghanische Regierung, die nach eigenen Angaben 500 000 Menschen unter Waffen hat, eine ernsthafte Bedrohung dar. Sie können mit relativ geringem militärischem Aufwand die langen Überlandstraßen für lebenswichtige Transporte unterbrechen und die ökonomisch und politisch wichtigen städtischen Zentren mit Raketen beschließen. Sie vermögen damit das Leben dort mindestens zeitweilig zu lähmen.

Der von den pakistaniischen Militärs bevorzugt mit Waffen versorgte fundamentalistische Teil der Opposition scheint jedoch im Gegensatz zur Regierung entschlossen zu sein, den Konflikt militärisch zu lösen. Dazu Präsident Nadjibullah: „Sie haben sich zum Ziel gesetzt, die Politik der Nationalen Versöhnung ad absurdum zu führen.“ (19)

Die Fundamentalisten ignorieren dabei, wie kriegsmüde die afghanische Bevölkerung und wie groß die Unterstützung einer friedlichen Lösung des Krieges dort bereits ist. Die Politik der Versöhnung hat sogar inzwischen Anhänger im Lager der Opposition. Auch wenn es offensichtlich dort lebensgefährlich ist, diese Politik zu propagieren – wie der Mord an dem bekannten afghanischen Soziologen Majruh zeigt (20) –, findet der Appell zur Nationalen Versöhnung also bei Teilen der kriegsmüden bewaffneten Opposition wachsende Resonanz.

Der bewaffnete Widerstand in Afghanistan wird von Freischärlern unter der Führung einzelner Kommandanten geleistet, die politisch, administrativ und militärisch eine begrenzte Region, ein Tal oder einige Dörfer beherrschen, allerdings keine Provinz und keine Provinzhauptstadt. (21)

Sie sind auf Waffen und Geld angewiesen, die sie über die Parteien erhalten. Die Korruption, der politische Hader und die schlechte Behandlung der kämpfenden Mudjahedin durch die Parteien führte allmählich zum wachsenden Autoritätsverlust der Parteführer unter den Kommandanten. Verstärkt wurde die Herausbildung der Kommandanten als eigenständige politische Kraft durch die Verschärfung des Krieges seit 1987, in dessen Verlauf die Kommandanten immer mehr eine Schlüsselrolle einnehmen.

Ihnen selbst ist ihr Stellenwert für die Opposition inzwischen durchaus bewußt; sie schließen sich unabhängig von den Mudjahedin-Parteien zu Bündnissen zusammen und stellen eigene Forderungen auf (22). Von einigen Ausnahmen abgesehen, hat jedoch keiner dieser Kommandanten eine Popularität, die über seinen engen regionalen Bereich hinausgeht. Keiner von ihnen – obwohl sie es sind, die praktisch den Krieg führen – hat Aussicht, in einer Mudjahedin-Regierung einen führenden Posten zu bekommen.

Dies verletzt den Stolz der Kommandanten und macht sie zugänglich für Offerten der Regierung, die ihnen politische Posten anbietet.

Mit der Unterzeichnung der Genfer Abkommen und dem unerwarteten Tod des pakis-

DER RÜCKZUG DER ROTEN ARMEE OHNE BEENDIGUNG DER EINMISCHUNG VON AUßen IST EIN RÜCKSCHLAG FÜR DIE VERSÖHNUNGSPOLITIK

stanischen Diktators Zia ul Haq veränderte sich für diese Kommandanten die Lage: Die großen Waffenarsenale befinden sich jetzt auf afghanischem Gebiet unter ihrer Obhut. Dies macht sie gegenüber den Mudjahedin-Parteien in Peschawar noch autonomer als sie es inzwischen ohnehin schon sind.

Gleichzeitig befürchten sie aber auch, daß sie bald ihre Rückzugsbasen in Pakistan verlieren und ihre Finanzquellen allmählich verlieren. Dies erklärt, warum die Kommandanten für die Kabuler Regierung Haupt-

sprechpartner sind, wenn es um die Beendigung des Krieges geht. Wenn Kommandanten sich der Nationalen Versöhnung anschließen, werden sie als Patrioten geehrt. Die Regierung garantiert ihnen volle politische Autonomie in ihren Gebieten und unterstützt sie mit Saatgut, Düngemitteln und Landwirtschaftsmaschinen. Für viele kriegsmüde Kommandanten und ihre Freischärla ist dies eine durchaus attraktive Perspektive.

Ein anderer Teil der Kommandanten kämpft weiter. Sie führen aber nicht gegen die Regierung Krieg. Ihre Operationen richten sich auch gegen rivalisierende Kommandanten. Täglich kommen viele Mudjahedin in solchen Scharmützeln um.

Im November 1987 verabschiedete die Loya Jirga (Verfassungversammlung) die

neue afghanische Verfassung. Mit ihrer Verabschiedung wurde die Reform staatlicher Institutionen als wichtiger Teil der Politik der Nationalen Versöhnung eingeleitet. Mit dieser „fortschrittlichsten Verfassung, die Afghanistan je hatte“ (23), wurde das Machtmonopol der Demokratischen Volkspartei Afghanistans (DVPA) zugunsten eines Mehrparteiensystems abgeschafft.

Die tatsächliche Verankerung der staatlichen Institutionen in der Bevölkerung, die immerhin zu breiten Teilen in entlegenen, unzugänglichen Gebieten lebt, zeigte sich an den Parlamentswahlen im Jahre 1988. An ihnen beteiligten sich 1,6 Mio Menschen, u.a. auch 200 000, die der Opposition zuzurechnen sind. Eine so hohe Wahlbeteiligung wurde bei Wahlen in der vorrevolutionären Periode nicht erreicht.

Das Parlament ist pluralistisch zusammengesetzt, über die Hälfte der Gewählten gehört keiner Partei an und nur knapp ein Viertel ist Mitglied der DVPA. Ein weiteres Viertel der Sitze wurde „vorsorglich“ für die Opposition im Exil reserviert. Bis heute besetzte sie ihre Parlamentssitze nicht.

Die Loya Jirga richtete den Aufruf an alle



Die Verhandlungen zwischen Vorontsov (r.) und den Repräsentanten der Peschawar-Allianz Mojadeddi (l.) in Islamabad blieben ergebnlos

Kräfte des Landes, das Blutvergießen zu beenden, sich an der Nationalen Versöhnung und der Bildung einer Koalitionsregierung zu beteiligen. Diese Offerte wurde von den Parteien in Peschawar schroff bis vorsichtig ablehnend beurteilt. Für den Eintritt in die Regierung könnten aber – bis dahin gegen die Regierung opponierende – in der Bevölkerung angesehene Einzelpersönlichkeiten gewonnen werden.

Die Mehrheit, 18 Minister des 32köpfigen Kabinetts des bürgerlichen Premierministers Sharq, gehören nicht der DVPA an. Der Ministerpräsident selbst und die Mehrheit der Minister gehören jenen Teilen der Intelligenz und bürgerlichen Kreisen an, die bereits vor der Revolution politische Posten innehatten.

Von der sozialen Zusammensetzung her sind jetzt auch neue gesellschaftliche Gruppen in der Koalitionsregierung repräsentiert. Vize-Premierminister Amini ist Unternehmer, der Handelsminister Jalar angesehener Kaufmann und Agrarminister Gufran ein in den USA akademisch gebildeter Großgrundbesitzer.

Die Motive, sich an der Regierung zu beteiligen, wurden vom jetzigen Gesundheitsminister und ehemaligen Leibarzt König Zaher Schahs, Dr. Abdul Fatah Nadim, gegenüber dem Informationskreis Afghanistan wie folgt von ihm selbst beschrieben: „Sie wissen ja,

dass ich nicht zur DVPA gehöre. Ich bin Mohammedaner. Schauen Sie, früher hing da ein Bild von jemandem, ich habe es heruntergenommen und etwas anderes, eine Sure aus dem Koran dort hingehängt. . . Ich bin Befürworter der Politik der ‚Nationalen Aussöhnung‘. Wo immer ich hingehe und spreche, sei es im Ausland oder hier im Inland, spreche ich zuerst 10 Minuten zu diesem Thema. Die Versöhnung ist zunächst mein Ziel. Ohne sie geht nichts in unserem Land voran. Die Menschen sind müde vom Krieg, überall . . . (24)

Die Unterzeichnung der Genfer Verträge und die Waffenstillstandsangebote verstärkten den Druck auf die Parteien in Peschawar, ihre ablehnende Haltung gegenüber Verhandlungen mit der Regierung zu begründen. Der Abzug sowjetischer Truppen verstärkt diesen Druck eher noch.

Dabei wird deutlich, daß die Meinungsverschiedenheiten unter fundamentalistischen und traditionalistischen Mudjahedinparteien groß, wenn nicht gar unüberbrückbar sind. Sichtbar wurde dies bereits vor einem Jahr bei dem Streit, ob Mudjahedin-Vertreter mit dem UN-Beauftragten Cordovez, der die Mög-

keit bestehenden personellen Zusammensetzung und ohne konkretes Konzept und überzeugende Perspektiven, (wird) kaum im Inneren des Landes Fuß fassen können“ (25), resümierten selbst Kritiker im Lager der Opposition.

Notdürftig kaschiert werden die unüberbrückbaren Differenzen zwischen den Mudjahedin durch eine Fassade der Einheit der Parteienallianzen. Von ihren arabischen,

DIE DIFFERENZEN ZWISCHEN TRADITIONALISTISCHEM UND FUNDAMENTALISTISCHEM MUDJAHEDIN SIND GRÖßER, WENN NICHT GAR UNÜBERBRÜCKBAR GEWORDEN

amerikanischen und iranischen Geldgebern dazu gedrängt, schufen die Mudjahedin-Parteien zwei Dachorganisationen, um ihre Politik zu koordinieren. Die in Pakistan angesiedelten sieben sunnitisch/islamisch ausgerichteten Mudjahedinparteien schufen die „Siebener“ oder „Peschawar“-Allianz und die acht schiitisch/islamischen Parteien im Iran die „Meschad“-Allianz.

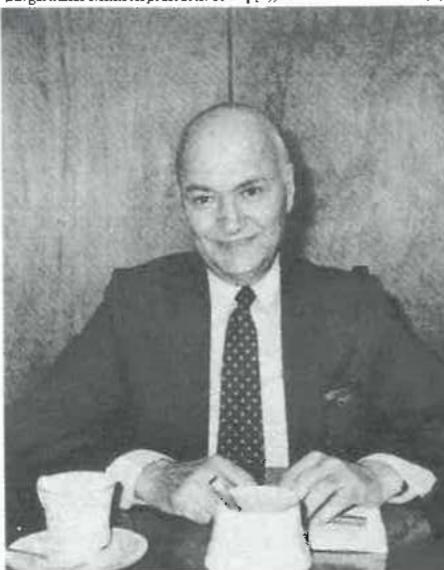
Beide Allianzen arbeiten eher gegen – als miteinander. Traditionelle Vorurteile ethnischer und religiöser Art verhindern ein Zusammengehen der vorwiegend aus der ethnischen Minderheit der schiitischen Hazaras zusammengesetzten „Meschad“-Allianz und den vorwiegend aus sunnitischen Paschtunen und Tadjiken bestehenden Peschawar-Parteien.

In der Peschawar-Allianz gehen die entscheidenden Abstimmungen immer klar zugunsten der Fundamentalisten aus, da jede Partei nur eine Stimme hat. Bei dortigen Mehrheitsverhältnissen von 4:3 zugunsten der Fundamentalisten, bleibt den Traditionalisten nur die Alternative, die Entscheidungen zu akzeptieren oder die Allianz zu verlassen und von Geldkonten und Waffenlieferungen abgeschnitten zu werden.

lichkeiten einer Verhandlungslösung sondieren, sprechen sollten oder nicht.

Der Graben zwischen den politischen Flügeln wurde noch breiter als die Fundamentalisten am 19.6.1988 die Bildung einer Exilregierung unter Führung des bis dahin weitgehend unbekannten Ingenieurs Achmad Schah bekanntgaben. Die Bildung dieser Regierung wurde ein Disaster: „Die Exilregierung der Peschawar-Allianz, vor allem in ih-

Bürgerlicher Ministerpräsident Sharq (l.); Frauenmilitz in Kabul (r.)



Die Geschichte des Kampfes zwischen diesen Flügeln geht zurück bis in die 60er Jahre, als die Fundamentalisten in unversöhnlicher Gegnerschaft zur Monarchie Zaher Schahs standen. Für einen fundamentalistischen Führer wie Hekmatiar war das Regime Zaher Schahs „der Anfang allen Übels“ (26).

Die Traditionalisten dagegen sind zum Großteil Anhänger des Königs. Ähnlich denken auch viele Sympathisanten der Kabuler Regierung bis hin zu Regierungsmitgliedern.

Die Fundamentalisten, insbesondere Hekmatiar haben im pakistanischen Geheimdienst und Militär einen stärkeren Rückhalt als die traditionalistischen Mudjahedin-Parteien. Er und der Fundamentalist Rabbani erhalten das Gros der Waffen und Ausrüstungen. Der Grund hierfür ist weniger die straffe zentralistische Organisation der beiden Parteien als ihre Bereitschaft zur Anerkennung der in der britischen Kolonialzeit gezogenen Grenze zwischen Pakistan und Afghanistan, die auch von afghanischen Regierungen vor der Revolution nie anerkannt wurde.

Während die Traditionalisten in den Flüchtlingslagern und in Gebieten im Süden Afghanistans einen relativ starken Rückhalt in der Bevölkerung haben, ihr militärisches Potential aber sehr begrenzt ist, verhält es sich mit den Fundamentalisten genau andersherum. Die Fundamentalisten und ihre religiösen Anschauungen sind für die Afghane relativ fremd und haben wenig Resonanz.

Die Mehrheit der Afghanen praktiziert keinen „fanatischen“, sondern eher einen „weltlichen“ Islam. Die Fundamentalisten, deren Einheiten militärisch ein gefährliches Potential darstellen, verfügen im Vergleich zu König Zaher Schah über relativ wenig Rückhalt in der Bevölkerung.

Diese relative Isolation bestärkt die Fundamentalisten in der Vorstellung, ihre einzige Chance läge darin, mit Waffengewalt und Terror die Kabuler Regierung von „Ungläubigen“ stürzen und in die Einflussphären der Traditionalisten eindringen zu müssen. Mit persönlichem Terror versuchen sie, demokratische Formen der Politik, wie die Abhaltung von Jirgas (Clan-, Stammesberatungen) zu verhindern und die Kontaktaufnahme von

Mitgliedern der Opposition mit Emissären des Ex-Königs Zaher Schah zu unterbinden.

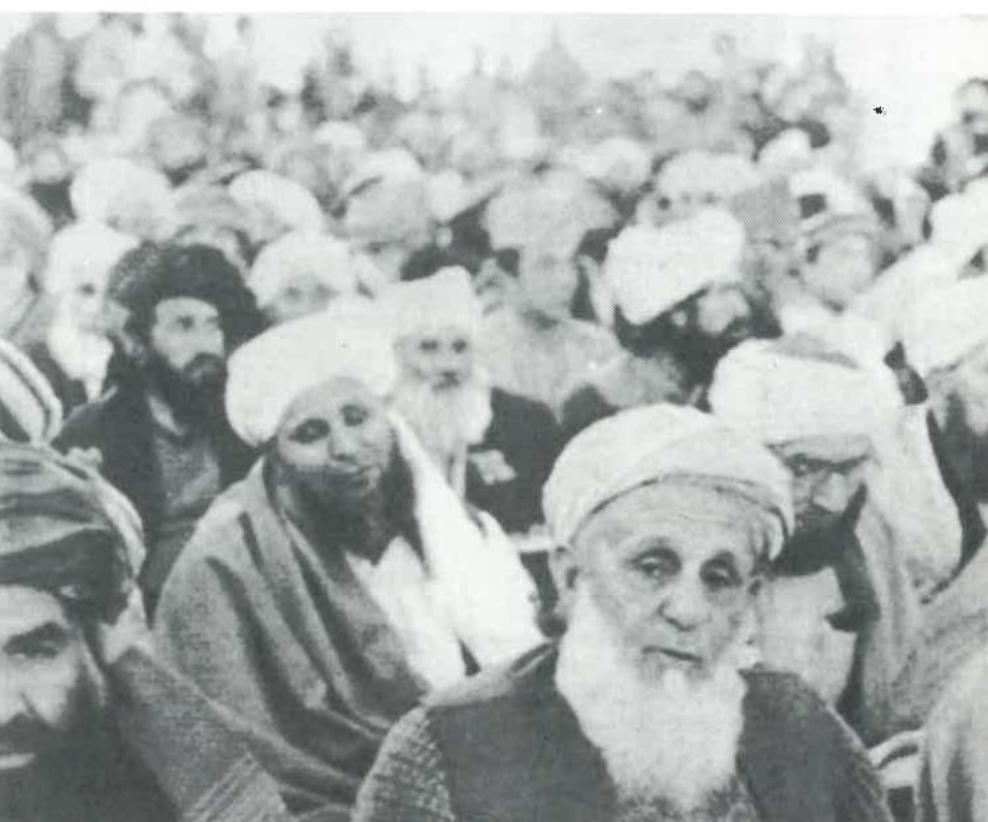
Z.Z. verstärken die Fundamentalisten ihre Angriffe auf die Hauptstadt Kabul und verschiedene Provinzhauptstädte. Sie versuchen auch die Kommandanten und die Meschad-Allianz eingebunden werden. Sollte dieser Zusammenschluß zustandekommen, dann werden sich die Gewichte im Lager der Opposition wahrscheinlich zugunsten der Traditionalisten verschieben.

Objektiv spaltet dieser Plan die Mudjahedin eher als er sie einigt. Daher fand er bisher auch keine Unterstützung in den USA und Pakistan. Solange diese den Fundamentalisten nicht die Unterstützung entziehen, sehen die Traditionalisten keine andere Wahl, als in der Peschawar-Allianz zu verharren und gleichzeitig verdeckt mit der Kabuler Regierung zu verhandeln, um an einem für sie günstigen Zeitpunkt in eine Koalitionsregierung einzutreten.

würden nur 2 % als Führer akzeptieren (28).

Seit einem halben Jahr werben die Traditionalisten für die Gründung eines „Rates des afghanischen Widerstandes“. In diesem sollen auch die Kommandanten und die Meschad-Allianz eingebunden werden. Sollte dieser Zusammenschluß zustandekommen, dann werden sich die Gewichte im Lager der Opposition wahrscheinlich zugunsten der Traditionalisten verschieben.

Objektiv spaltet dieser Plan die Mudjahedin eher als er sie einigt. Daher fand er bisher auch keine Unterstützung in den USA und Pakistan. Solange diese den Fundamentalisten nicht die Unterstützung entziehen, sehen die Traditionalisten keine andere Wahl, als in der Peschawar-Allianz zu verharren und gleichzeitig verdeckt mit der Kabuler Regierung zu verhandeln, um an einem für sie günstigen Zeitpunkt in eine Koalitionsregierung einzutreten.



Die Schura, eine Mudjahidin-Versammlung in Islamabad, brachte bis Mitte Februar keine Einigung und auch nicht die vorausgesagte Gegenregierung zustande

gen. Angesichts der tatsächlichen Kräfteverhältnisse im Lager der Mudjahedin muß den Traditionalisten die Allianz jedoch wie ein politisches Zwangskorsett vorkommen. Wie das Kräfteverhältnis in der Anhängerschaft der Opposition tatsächlich ist, zeigte eine vom US-Meinungsforschungsinstitut GALLUP 1987 finanzierte Befragung von 2000 Flüchtlingen und Freischärtern. Die Befragung, an deren Methoden und Ergebnissen man ansonsten durchaus Zweifel haben kann, bestätigte nochmals, was viele bereits wußten, was aber von den Fundamentalisten heute noch bestritten wird: 71 % der Befragten wünschen, daß der ehemalige König Zaher Schah die Führung des Landes übernimmt. Für einen „reinen“ islamischen Staat, wie ihn die Fundamentalisten schaffen wollen, votierten nur 12 % und einen Frontkommandanten

treten. Ein solcher Zeitpunkt ist nach dem Abzug der sowjetischen Truppen gegeben.

Einen konstruktiven Standpunkt vertritt die im Iran angesiedelte Meschad-Allianz, in der vorwiegend Organisationen der Hazaras aus Zentral-Afghanistan zusammengeschlossen sind. Diese Gebiete sind im Herbst letzten Jahres zur „Friedenszone“ erklärt worden.

Dieses bedeutet, daß dort die lokalen Machträger, die z.T. auch mit der Meschad-Allianz kooperieren, mit der Regierung in Kabul einen Waffenstillstand geschlossen haben. Die Meschad-Allianz hat sich im Gegensatz zur Peschawar-Allianz bereit erklärt, über eine Übergangsregierung „unter Einfluß aller Kräfte“ verhandeln zu wollen (29).

Seit Dezember 1988 entwickelt die So-

BEGEGNUNGEN IN AFGHANISTAN 1988
GESPRÄCHE UND INTERVIEWS
ZUR POLITIK DER NATIONALEN VERSÖHNUNG

HERAUSGEBER:

INFORMATIONSKREIS AFGHANISTAN

AKTUELL: ZUR LAGE IN AFGHANISTAN
Preis DM 15,-
Bestellen bei:

Andreas Kramer, 4600 Dortmund 1, Mendener Straße 10, Tel.: 0231 416713

ami

Der ungebrochene Menschenstraum,
Form und Inhalt zu einer Einheit zu bringen,
hat nun auch die anti-militarismus-Information
erfaßt.

ami - der meistgelesene Monats-Info-Dienst zu
Rüstung, Militär, Frieden

ami - unabhängig, unbequem, verlässlich Zeitgeister trotzdem

ami - seit 1971 eine kompetente anti-militaristische Stimme

AMI IST JETZT NEU

ami erscheint ab Januar 1989 im neuen Gewand.
Aus dem beliebten Infodienst und Nachschlagewerk ami haben wir nun auch eine attraktive Zeitschrift ami gemacht. Wenn wo der Inhalt so schwer wiegt wie in der ami, da soll das Lesevergnügen nicht zu kurz kommen. Wir machen Ihnen ein einmaliges Angebot:

KENNLERN-ABO 1989

Sie erhalten gratis und ohne weiteren Verpflichtungen drei Ausgaben der ami (incl. eines Themenheftes) zum Kananclicken. Stellen Sie selbst fest, was der ami so viele treue LeserInnen beschert!

ami - bringt verständlich auf den Punkt, was Sache ist in der Militär- und Sicherheitspolitik und was eine Friedenspolitik berücksichtigen muß - politisch, rechtlich, theoretisch.

ami - gliedert "den Militarismus" für Sie übersichtlich auf. ami ist zum Auseinandersetzen und Sammeln nach einem durchdachten Rubriksystem. Sie legen sich mit der Zeit ein umfassendes Waffenstillstand.

Der Weg bis dahin ist jedoch steinig, denn bislang weigern sich militärisch starke Teile der Peschawar-Allianz mit DVPA-Ministern in einer Regierung zusammenzuarbeiten. Von dieser Maximalposition wollen Sie nur absehen, wenn es sich bei den Vertretern der Kabuler Regierung um gute „Muslims“ handelt.

Es ist bereits jetzt abzusehen, daß die Durchsetzung und Kontrolle einer Friedensregelung schwer zu bewerkstelligen sein wird. Ob UN-Truppen eine Sicherung des Friedens übernehmen, ist noch unklar.

Gorbatschows afghanisch-sowjetischer Vorschlag, vorgetragen vor der UN-Vollversammlung Anfang Dezember 1988 zielte darauf ab, eine UN-Konferenz einzuberufen, die Vorschläge zur Erhaltung der Blockfreiheit und Neutralität Afghanistans und zur Einhaltung des Waffenstillstandes und Durchführung der Entmilitarisierung Afghanistans entwickeln soll.

wjet-Diplomatie intensive Vermittlungsaktivitäten. Der Vize-Außenminister und Botschafter in Afghanistan, Woronsow, führte im Dezember 1988 und Januar 1989 Gespräche mit Ex-König Zaher Schah, der iranischen Regierung, der Meschad-Allianz der pakistischen Regierung und der Peschawar-Allianz mit dem Ziel, sie für die „Bildung einer Regierung auf breiter Grundlage“ zu gewinnen.

Diese Verhandlungen bedeuteten nur der Form nach ein Einlenken gegenüber der Forderung der Opposition nach „direkten Gesprächen mit den Sowjets“. Faktisch vermittelten die Sowjets: „Unsere Mission ist auf Vermittlung beschränkt und soll dazu beitragen, daß Afghanen einen direkten Dialog am Tisch friedlicher Verhandlungen führen.“ (30)

Die Verhandlungen Woronzows ergaben, daß starke Kräfte in der afghanischen Opposition sowie die Regierungen Pakistans und des Iran eine politische Lösung anstreben. Nach Aussagen des afghanischen Präsidenten Nadjibullah haben die Regierung des Iran und die Meschad-Allianz zugestimmt, daß in Afghanistan eine Regierung auf breitestem Grundlage und ohne Diskriminierung der bestehenden Organisationen geschaffen werden sollte.

Ähnliche Positionen, so Nadjibullah, haben auch „einige Führer“ in Pakistan eingenommen. Auch die pakistane Regierung habe „sich für eine Regelung mit politischen Mitteln ausgesprochen“. Nadjibullah zufolge haben sich die Fundamentalisten jedoch nicht nur gegen eine Beteiligung der DVPA gewandt, sondern sich auch gegen die Beteiligung bestimmter Kräfte aus dem Lager der Opposition ausgesprochen. (31).

Eingesetzt werden könnte eine solche Übergangsregierung durch eine „Friedenskonferenz“ oder „Konsultativgruppe“, der alle politischen Parteien und Gruppierungen angehören sollten (32). Die Gespräche mit Ex-König Zaher Schah ergaben, daß er bereit ist, politische Funktionen zu übernehmen, wenn die sowjetischen Truppen Afghanistan verlassen haben. Die Bildung einer „allgemein akzeptierten Regierung“, so Zaher Schah, sei auch der einzige Weg zu einem umfassenden Waffenstillstand.

Der Weg bis dahin ist jedoch steinig, denn bislang weigern sich militärisch starke Teile der Peschawar-Allianz mit DVPA-Ministern in einer Regierung zusammenzuarbeiten. Von dieser Maximalposition wollen Sie nur absehen, wenn es sich bei den Vertretern der Kabuler Regierung um gute „Muslims“ handelt.

Es ist bereits jetzt abzusehen, daß die Durchsetzung und Kontrolle einer Friedensregelung schwer zu bewerkstelligen sein wird. Ob UN-Truppen eine Sicherung des Friedens übernehmen, ist noch unklar.

Gorbatschows afghanisch-sowjetischer Vorschlag, vorgetragen vor der UN-Vollversammlung Anfang Dezember 1988 zielte darauf ab, eine UN-Konferenz einzuberufen, die Vorschläge zur Erhaltung der Blockfreiheit und Neutralität Afghanistans und zur Einhaltung des Waffenstillstandes und Durchführung der Entmilitarisierung Afghanistans entwickeln soll.

Anmerkungen

- 1) Informationskreis Afghanistan (Hg.), Begegnungen in Afghanistan, Dortmund 1989
- 2) Vgl. Neue Zürcher Zeitung (NZZ), Zürich, 16.8.1988; Darstellung des sowjetischen Oberkommandierenden Gromow
- 3) NZZ, 30.11.1988
- 4) Vgl. Der Spiegel, Hamburg, Nr. 22/1980: Nur 10 % der Bundesfüger hielten es im Frühjahr 1980 für möglich, daß die Sowjets „Afghanistan räumen“ und Afghanistan ein „neutraler Staat“ wird.
- 5) PRAWDA, Moskau, 12.1.1980, Rede von L. Breschnew zur internationalen Lage
- 6) Hg. Informationskreis Afghanistan, ebenda
- 7) Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 31.8.1988: Dort berichtet der Korrespondent T. Ross: „Seit einem halben Jahr werden die Muschahedin im östlichen Afghanistan in beträchtlichem Maße von pakistischen Offizieren beraten“ und „seit der selben Zeit liefern die Pakistana weit mehr als früher Waffen und Munition direkt an die Kommandeure.“
- 8) Süddeutsche Zeitung (SZ), München, 28.10.1988
- 9) Bob Woodward, Reagan und die geheimen Kriege des CIA, München 1987, S. 91. Woodward beschreibt die Haltung des US-Sicherheitsberaters Brzezinski im Jahre 1980 so: „Afghanistan war für Brzezinski das sowjetische Vietnam, und er wollte diese Situation entschlossen und rücksichtslos nutzen. Laß sie ausbluten, hatte er gesagt.“
- 10) Die Bündnisorganisation zur Unterstützung der Politik der Nationalen Versöhnung, die „Nationale Front“, hat über 1 Mio aktive Mitglieder.
- 11) SZ, 19.1.1989
- 12) International Herald Tribune (IHT), Paris, 23.12.1988
- 13) Ebenda, 9.4.1988
- 14) Ebenda, 14.11.1988
- 15) Ebenda, 27.11.1988. Dort wird von einem Treffen zwischen Frau Bhutto und dem Botschafter Oakley berichtet. Dieser soll für die Nominierung Frau Bhuttos nach dem Gespräch „grünes Licht“ gegeben haben.
- 16) FAZ, 20.12.1988
- 17) Vgl. Nadjibullah, Rede vor der Obersten Außerordentlichen Kommission der Nationalen Aussöhnung, 4.1.1987
- 18) Ebenda
- 19) Nadjibullah, Bericht vor dem Plenum des ZK der DVPA, 10.6.1987
- 20) Afghanistan Tribune, Organ der FASA, März/April 1988
- 21) Hg. Informationskreis Afghanistan, Begegnungen in Afghanistan, Dortmund 1989
- 22) Afghanistan Tribune, Juli/August, 1988, S. 14
- 23) Parlamentspräsident Abawi in: Hg. Informationskreis, ebenda
- 24) Informationskreis Afghanistan (Hg.), Begegnungen in Afghanistan, Dortmund 1989
- 25) Afghanistan Tribune, Juli/August, 1988, S. 12 f
- 26) Die Welt, Hamburg, 25.6.1987
- 27) Ebenda, 8.6.1988
- 28) Afghanistan Tribune, Januar/Februar 1988, S. 2
- 29) Unsere Zeit (UZ), Düsseldorf, 5.1.1989
- 30) Außenminister Schewardnadse, vgl. ebenda, 17.1.1987
- 31) Ebenda, 11.1.1989
- 32) Ebenda, 5.1.1989

PHILIPPINEN

RAINER WERNING

Drei Jahre Aquino (I)

„Tötet für Demokratie“

Bereits im Frühjahr glückte Ronald Reagan eine treffliche Formulierung, als er erklärte, die USA unterstützten nicht nur außengesteuerte Contras wie im Falle Nicaraguas. Sie seien gleichsam bestrebt, wie im Falle der Philippinen eine Contra an der Macht zu haben. Daß dieser Vergleich so falsch nicht war, zeigt die Bilanz Rainer Wernings drei Jahre nach dem Sturz des Marcos-Regimes.

A m 25.2.1986 hatte Corazon Aquino den kurzerhand von einer US-amerikanischen Militärmaschine ins Hawaianer Exil ausgeflogenen Ferdinand Marcos als 7. PräsidentIn der Republik der Philippinen abgelöst. Eine gleichsam bemerkenswerte – den US-Präsidenten und den Papst, das philippinische „Reformmilitär“ sowie Teile der bundesdeutschen Grünen einschließende – Große Koalition jubelte, was als „Wunder“, gar „Rosenkranzrevolution von Manila“ in die Annalen eingehen sollte. Ein Volk, so die von reichlich 1 000 auf den Archipel gereisten ausländischen Journalisten ausgewalzte Botschaft, hatte sich friedlich eines Despoten entledigt und mit „Cory“ seinem Verlangen nach Freiheit und Demokratie, Arbeit und Reis Flügel verliehen.

Nach den aus US-amerikanischer Sicht traumatisch verlaufenen Entwicklungen in Vietnam, Iran und Nicaragua, wo jeweils der Sturz langjährig gestützter Diktatoren mit dem Ausscheren dieser Länder aus der Einflussphäre Washingtons zusammenfiel, bildeten die Philippinen den (nach El Salvador, Sudan und Haiti) (1) vierten – vorerst – gelungenen Coup der Reagan-Administration, das „Vietnam-Trauma“ zu kurieren. Es gelang durch die rechtzeitige Steuerung der inneren politischen Krise in den Klientel-Staaten, diese auch forthin an sich zu binden (2).

Als ideologische Verbrämung dieses Prozesses diente das Konstrukt „People Power“, das um so eifriger propagiert wurde, je mehr das Volk und dessen Macht aus der Regierung gebannt blieben. „People's Power“, die von der quasi-legalen und illegalisierten Linken anvisierte Volksmacht im Sinne einer Demokratischen Koalitionsregierung, stand für die „demokratischen Umstürzer“ des konservativen bis reaktionären Aquino-Blocks, der „Reformmilitärs“, gruppiert um den damaligen Generalstabschef und heutigen Verteidigungsminister Fidel V. Ramos, sowie der aus der Marcos-Ära übernommenen Technokraten nie ernsthaft zur Debatte.

„People Power“ und die sie verkörpernde Präsidentin sind in den drei Jahren ihrer Herrschaft für all jene zur Bedrohung geworden, die dem geforderten nationalen Konsens ihre Gefolgschaft verweigern. Bekanntlich trägt Geschichte, so sie sich wiederholt, tragische Züge. Diese zeigen sich heute in der



Vigilanten beim Polizeitraining in Manila

Die durch hochfliegende Erwartungen geprägte Aufbruchsstimmung (Februar bis März 1986), da Aquino für kurze Zeit erwog, mit einer Revolutionsregierung und -verfassung zu regieren, endete mit der Konstituierung einer verfassungsgebenden Versammlung (ConCoM). Deren ca. 50 Mitglieder wurden nicht demokratisch gewählt, sondern von der Präsidentin auf Druck der eigentlich Königsmacher, des Militärs, in Marcos-Manier handverlesen.

Dieser Schritt bot die Gewähr, daß der beziehbare Teil von „People Power“ – „neue“ Großgrundbesitzer, Kompradoren und Bürokraten – auch künftig die Fäden in der Hand behielt. Bis auf einen Vertreter der Bauern blieb das Gros der Bevölkerung außen vor.

Bis zum November 1986 begleitete die schrittweise Etablierung einer neu-alten, sich nunmehr um den Aquino-, Cojuangco- und Laurel-Clan rankenden Elite, ein „Enrileisierung“-Prozeß. Zwar hatte der bis dahin amtierende Verteidigungsminister Juan Ponce Enrile, teils wegen seiner langjährigen unruhlichen Verbundenheit mit Marcos, teils aufgrund US-amerikanischen Drucks hin, seinen Hut zu nehmen. Doch dessen zentrale Forderung, mit dem neugewonnenen Demokratiebonus im Rücken und ohne Rücksichtnahme auf moralische Sentiments gegen die Linke den „totalen Krieg“ zu entfesseln, wur-

de Schritt für Schritt realisiert (5).

Spätestens seit der Jahreswende 1986/87, als Militärs direkt Schlüsselpositionen im Staatsapparat übernahmen und, durch „Corys“ Abstimmungserfolg beim Verfassungsreferendum (Februar 1987) ermuntert (6), den „Vernichtungsfeldzug gegen den Kommunismus“ zum Kernstück ihrer politischen Pro grammatischen machten, wandelte sich die bürgerliche Regierung zu einem militärisch-zivilen Counterinsurgency-Regime (Aufstandsbe kämpfung).

Die kaum über operettenhaft inszenierte Coups von Teilen des Militärs hinausreichenden „Putsche“ demonstrierte einerseits die „Entschlossenheit“ des Regimes in seinem „Kampf“ gegen die vermeintliche Bedrohung von „rechts“, legitimierten letztlich indes die Eskalation des Terrors gegen alle(s) „Linke(n)“. Dies begründete, wie es Washingtons neuer Botschafter in Manila, Nicholas Platt, im Herbst 1987 formulierte, die Kalkulierbarkeit und Kontinuität der philippinischen Politik!

Von dieser Interpretation bis zur Erklärung Reagans und seines Außenminister Shultz, die Inseln gehörten nunmehr „fest zum Kreis der wiederhergestellten Demokratien“, war es dann nicht mehr weit. Das Aquino-Regime bleibt demnach solange international unterstützungswürdig, wie sich seine über das Charisma „Corys“ vermittelten populistischen Elemente funktionalisieren lassen.

Was diese Variante des Staatsterrorismus im besonderen auszeichnet, ist die im Vergleich zur Endphase der Marcos-Herrschaft ungleich größere politische Flexibilität und soziale Integrationskraft. Marcos’ Kardinalfehler war es ja gewesen, seinen Gewaltappa rat gegenüber einer klassenmäßig von seinem Regime nicht unterschiedenen Opposition abgeschottet zu haben. Indes sind unter

Cory Aquino bleibt die wichtigste Trumpfkarte des Militärs



Aquino sämtliche Kräfte umworben, die sich einem aggressiven Antikommunismus verschreiben.

In philippinischen Geheimdienstberichten (z.B. in dem im vergangenen Herbst publiziert gewordene Dossier Oberst Villareals) figurieren u.a. der Weltkirchenrat, Brot für die Welt, die Deutsche Stiftung für Internationale Entwicklung (eine Bundesbehörde!) nebst westeuropäischen Nichtregierungsorganisationen und Solidaritätsgruppen als „sympathisierendes Netzwerk“ des Linksbündnisses der Nationalen Demokratischen Front (NDF)! So sehr uns ein solcher Humbug allenfalls ein müdes Lächeln abverlangt, kommen derartige Anschuldigungen im Lande selbst existentiellen Bedrohungen bzw. Todesurteilen gleich.

In- wie ausländische Menschenrechtsvereinigungen wie die Philippinische Allianz von Menschenrechtsorganisationen (PAHRA) und amnesty international haben diese Praktiken scharf attackiert – mit dem Resultat, daß die Resonanz in den internationalen Medien, für die in den Philippinen Demokratie herrscht, weitaus geringer als zu Marcos’ Endzeit ausfällt (7).

Die größere Gefährlichkeit und relative Stärke des Regimes begründen folgende Faktoren:

Sozial appelliert es unablässig an die Tugend der Amnesie; allen Bekundungen, die Menschenrechte wiederherzustellen und zu achten, zum Trotz ist bis heute kein Militär für Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung unter Marcos’ und Aquinos Zeiten zur Rechenschaft gezogen worden. Im Namen nationaler Aus- und Versöhnung soll all das „vergessen“ (gemacht) werden.

Politisch präsentiert es sich zentralistisch – „jenseits von Diktatur und Kommunismus“ –, was gerade im westlichen Ausland als „Faszi-



Opfer des Polizeiterrors in Manila

sitionelle, doch systemimmanente Reformen – bis hin zur Demontage politisch kontraproduktiv gewordener, „abgeschliffener“ Diktatoren (9).

Die Präsidentschafts-, Kongress- und Kommunalwahlen, so werden die Unterstützer und Befürworter Aquinos nicht müde zu betonen, hätten eindeutig den landesweiten Redemokratisierungsprozeß abgeschlossen. Da sind Zweifel angebracht: Wählen an sich sind freilich ein hin, längst aber kein ausreichendes Kriterium (wiederhergestellter) demokratischer Verhältnisse. Wären sie das – das Südvietnam Nguyen van Thieu, das Südkorea Chun Doo Hwan und Napoleon Duarte El Salvador usw. – hätten geradezu als Parade demokratien flanieren müssen.

Vor dem Hintergrund dieser strukturellen Voraussetzungen des Machtantritts Aquinos und der seitherigen Entwicklung ihrer Administration dechiffriert sich das „Wunder der Februarrevolution“ als – zumindest vorläufig – erfolgreiche, konsistente Konterrevolution. Rückblickend gewinnen die schämenden, zwischen Ende 1984 und Anfang 1986 veröffentlichten Erklärungen der Präsidentin und ihrer engsten Berater – „den Schutz der Menschenrechte zur vornehmlichsten Aufgabe der Regierung zu machen“, „das Joch krasser wirtschaftlicher und sozialer Ungleichheiten

DIE VON MENSCHENRECHTSGRUPPEN DOKUMENTIERTEN FÄLLE POLITISCHER REPRESSION REICHEN AN DAS NIVEAU DER MARCOS-ÄRA HERAN

und den Despotismus abzuschütteln“ sowie „die nationale Würde und Selbstbestimmung wiederherzustellen“ – eine bizarre Dimension. Sie blieben uneingelöst, irreal und verbrämen doch eine Realität, die Hugo Gutierrez, Richter am Obersten Gerichtshof, als „Überdauern von Vorfällen und Mechanismen des Kriegsrechts“ charakterisiert mit der Konsequenz, daß „sich das Marcos-Regime wiederholt“ (10).

Militärisch wird seit Anfang 1987 ein „verfeinertes“ Counterinsurgency-Konzept umgesetzt. Selbst die untersten politisch-administrativen Einheiten sowie die judikativen Vollmachten sind zur Domäne des Militärs geworden, das sie entweder direkt besetzt bzw. ausübt oder deren Kontrolle gemeinsam mit oder exklusiv durch „Vigilanten“ wahrnimmt. Da Letztere offiziell als „basisnahe Verkörperung von People Power“ legitimiert werden, erübrigts sich eine neuerliche, formelle Proklamation des Kriegsrechts.

Bei alledem handelt es sich um die landespezifische Ausformung und Umsetzung des sog. „Low-Intensity Conflict“, des Krieges niedriger Intensität. Im Unterschied zur konventionellen Counterinsurgency verzichtet diese Strategie auf die massive (und kostspielige) US-Truppenpräsenz und initiiert selbst in-

Beginnen wir mit der Menschenrechtspolitik. Konnte sich Marcos zur Durchsetzung seiner politischen Interessen die längste Zeit des Militärs bedienen, so hat letzteres Aquino für seine Zwecke instrumentalisiert. Es konnte und kann dies tun, weil das Militär trotz interfraktioneller Zwistigkeiten mehrheitlich der Präsidentin eigentliche Stütze bildet. In diesem Sinne ist die Politik des Landes militarisierte und die Militarisierung der Gesellschaft als „wiederhergestellte Demokratie“ / „People Power“ politisierter denn je zuvor.

Nicht nur reichen die von philippinischen Menschenrechtsorganisationen dokumentierten Fälle politischer Repression an das Niveau der Marcos-Ära heran, die von diesem aus der Taufe gehobenen „Civilian Home Defense Forces“ (CHDF, eine Art paramilitärischer Heimatschutztruppen/Bürgerwehren)

Anmerkungen

sind, anstatt – wie es die 87er Verfassung vorschreibt – aufgelöst zu werden, schrittweise durch „Vigilanten“ ergänzt oder ersetzt worden.

Als die metropolitanen Presse vor deren brutalem Treiben nicht länger die Augen verschließen konnten, reagierten Aquino und das Militär mit der von Marcos meisterlich betriebenen Praxis des Etikettenschwindels: Ende Juli 1988 beschloß die Militärspitze, die notorischen CHDF durch sog. „Citizens Armed Forces Geographical Units“ (CAFGU) und „Civilian Volunteer Organizations“ (CVO) zwecks „Effektivierung des Kampfes gegen den kommunistischen Aufruhr“ abzulösen sowie die „Vigilanten“ als „Bantay Bayan“ (Wächter des Volks) zu deodorisieren. Laut Brigadegeneral Rodrigo Gutang, Vorsitzender des Komitees für Öffentliche Ordnung und Sicherheit im Repräsentantenhaus, beabsichtigt das Militär demnach, bis 1990 150 000 CAGU-Reservisten zu mobilisieren, die, nachdem reguläre Armee-Einheiten bestimmte Gebiete „von Rebellen gesäubert“ hätten, dort zur Terrainsicherung eingesetzt würden (11).

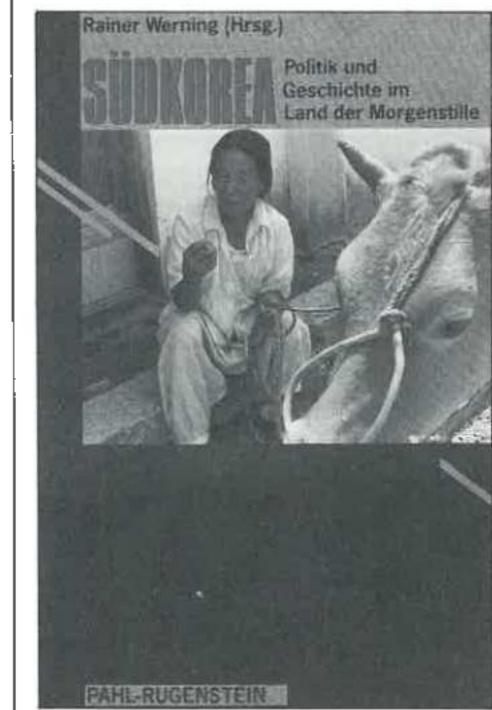
Die Anzeichen mehren sich, daß selbst in der Hauptstadt die aus Lateinamerika bekannten städtischen Todesschwadronen von hochrangigen Armeekräften und Polizeioffizieren aufgestellt und mit Waffen versorgt werden, sie also nicht – so die offizielle Lesart – als ausschließlich „rechte ad-hoc-Gruppen“ entstehen. Immerhin liegen Untersuchungsausschüssen des US-Senats Zeugenaussagen wie die des früheren Hauptmannes der salvadorianischen Armee, Ricardo Fiallos, vor, die belegen, daß solche Gruppen „aus Mitgliedern der Sicherheitskräfte gebildet“ und deren Terroraktionen „von führenden Militäroffizieren geplant“ sind.

Offensichtlich formierten sich in Manila bereits vor Monaten unter der Ägide des Western Police Districts (WPD) und des militärischen Regionalen Hauptstadtkommandos (CAPCOM) die „Adler“ und „Waling Waling“ (Orchideen) als aus verschiedenen WPD-Stationen zusammengezogene und speziell gegen (vermeintliche) NPA-Partisanen eingesetzte Eingreiftruppen. Ihnen obliegt es ferner, untergetaucht, im Untergrund lebende Personen aufzuspüren, Massenorganisationen zu infiltrieren und die in ihren Operationsgebieten/Wohnbezirken lebende Bevölkerung genau zu observieren.

Dem Führungstrio dieser Variante der Todesschwadronen sollen die beiden Obersten Juanito Lagasca und Aladin Dimagmaliw sowie WPD-Chef General Alfredo Lim angehören, wobei deren Fäden wiederum im CAPCOM unter Brigadegeneral Alexander Aguirre zusammenlaufen. Laut des in Manila operierenden Kommandos der Neuen Volksarmee (NPA), der Alex Boncaya Brigade (ABB), fungiert Aguirre seinerseits als wichtiger Verbindungsman zu den örtlichen CIA-Dependence (12). (Wird fortgesetzt)

„Am hohen Himmel stehen soviele Sterne, in unserem Land gibt es soviel Kummer.“

Diese Zeilen aus dem koreanischen Lied „Arirang“ drücken auf subtile Weise das Leid eines Volkes, einer Gesellschaft, aus. Rainer Werning, der die Korea-Informationsstelle bei „terre des hommes Deutschland“ leitet, bringt uns Südkorea nahe. Mit Beiträgen von Deutschen und Koreanern zeigen sich die Zusammenhänge von Politik, Wirtschaft, Militär-Strategie, Widerstand und Kultur – des Alltags, der Geschichte und Gegenwart Südkoreas.



Rainer Werning (Hrsg.)
SÜDKOREA
Politik und Geschichte
im Land der Morgenstille
KB 487, 278 Seiten, DM 14,80

Aus dem Inhalt: Leidvolle Geschichte(n) – Kolonialismus und erzwungene Abhängigkeit; Wachstum mit Schattenseiten: Südkorea in den 80er Jahren; Atomwaffen und Atomindustrie in Südkorea; Exportschlager Antikommunismus: Die „Moonies“; Minjung – Facetten des Widerstandes; Schwierige Solidarität: terre des hommes in Südkorea. Beiträge von Deutschen und Koreanern.

Rainer Werning leitet die Korea-Informationsstelle „terre des hommes Deutschland“.

Unsere Bücher sind Lebens-Mittel.

PAHL-RUGENSTEIN

2) Die genauen Mechanismen sind detailliert beschrieben in: Tim Kuschnerus/Rainer Werning: Die Philippinen unter Aquino, Facetten eines Machtwechsels, Frankfurt/M. 1987 und R. Werning (Hg.): Philippinen. Demokratie aus der Wundertüte, Essays, Interviews, Dokumente, Münster 1987

3) Landesweit existieren mittlerweile reichlich 200 dieser faktisch als Todesschwadronen fungierenden „Wächter“-Gruppen, deren Verbreitung im Vorfeld des Verfassungsreferendums (Februar 1987) einsetzte. Nach Manila-Besuchen von Generalmajor a.D. John K. Singlaub (World Anticommunist League; WACL), Ray Cline (einst stellvertretender Direktor) und Roy Prosterman (Landreformexperte unter dem früheren Verteidigungsminister und Präsidenten Magsaysay, in Südvietnam und Mittelamerika stockte, wie das US-Nachrichtenmagazin „Newsweek“ im März 1987 schrieb, der CIA ihre Mittel für Geheimdienstoperationen und der seit 1983 in der Elgin Air Force Base, Florida, stationierte 23rd Air Force First Special Operations Wing (SOW) seine auf dem philippinischen Flottenstützpunkt Clark angesiedelt. 1. Air Force Special Operations Squadron mit zusätzlichem Personal auf. Gleichzeitig wies der damalige Innenminister Jaime Ferrer die Provinzgouverneure und Bürgermeister an, in ihren Hoheitsgebieten unverzüglich „Viliganen“ aufzustellen. Siehe: Rev. Thomas Marti, MM., U.S. Intervention in the Philippines. Threat and Challenge, Quezon City 1987, S. 8ff; Sunday Inquirer Magazine, Manila, 29.3.1987, und America's Secret Soldiers. The Buildup of U.S. Special Operations Force, in: The Defense Monitor, Washington, Nr. 2/1985, S. 6-7

4) Zit. nach: Total War (low) I(nensity) C(onflict) in the Philippines, in: Justice & Peace Review, Quezon City, Nr. 4/1987, S. 7

5) Unter den vielfältigen diplomatisch-politischen Manövern von Beauftragten des Weißen Hauses in jenem Monat (November 1986) verdiente der Manila-Besuch von Ray Cline und Generalleutnant a.D. Robert Schweitzer besonders Beachtung. Während eines mehrstündigen Geheimtreffens mit Enrile machten sie dem Verteidigungsminister klar, daß eine Destabilisierung Aquinos seitens Washingtons unerwünscht sei. Ex-General Rafael Elio Enrile ab – ein feinfühliger Schachzug, da Ielo unter Magsaysay/Landsdale seine ersten Spuren als Counterinsurgency-Expert verdiene, aufgrund seiner – stets systemimmanenter – Kritik an Marcos als „Demokrat“ und „Erneuerer“ präsentierbar war und für die US-Regierung der Eindruck vermieden werden konnte, sich unmittelbar in innerphilippinische Angelegenheiten eingemischt zu haben. Vgl. u.a. U.S. News & World Report, Washington, 15.12.1986

6) Juristisch ungewöhnlich genug, ward zwischen dem Ausgang dieses Referendums und dem Verbleib der Präsidenten im Amt ein Junktim hergestellt!

7) Vgl. Frankfurter Rundschau, 16.12.1986. Erst 1986 unterzeichnete Manila die UN-Konvention gegen die Folter. Offensichtlich wollen die Herrschenden dort einer diesbezüglichen Kritik „vorbeugen“, indem die Sicherheitskräfte zum nadelstichigen Terror (sprich: Liquidationen auf offener Straße) übergehen.

8) Siehe Manuel F. Montes, 11 Questions Regarding Nationalist Industrialization, Background paper prepared for the session entitled „The Economics of Nationalist Industrialization“ in the „Forum on Nationalist Industrialization“ sponsored by the Ateneo Center for Social Policy and Public Affairs in cooperation with the Lakas Manggagawa Labor Center, 12 December 1987, at the Asian Institute of Management, Manila.

9) Diese Elemente einer „policy of counterrevolution on the cheap“ erläuterte US-Außenminister George Shultz explizit in seiner am 15.1.1986 an der Washingtoner National Defense University gehaltenen Rede: Low-Intensity Warfare. The Challenge of Ambiguity, in: Current Policy, Washington, Nr. 7/83/1986

10) Vgl. Inquirer, Manila, 28.8.1988; The NMCL Board, Quezon City, Nr. 11/November 1988 und National Midweek, Quezon City, 7.12.1988

11) Näheres in: pintig – Puls der Befreiung, Nr. 4/1988, hrsg. von der Aktionsgruppe Philippinen e.V. (agphi), Polch, November 1988

12) Vgl. Weaving a network of terror, in: Liberation, o.O., Nr. 4/Juli-August 1988, S. 3-6. Diese Strategie stünde im übrigen in Einklang mit dem bereits am 2. Juli 1987 von General Ramos (damals noch Generalstabschef) unterzeichnetem und vom „Rat der Obersten und Generäle“ genehmigten „Operationsplan Camia“, in dem unter Punkt 4b (Mission Objectives) explizit der Einsatz eben dieser „Waking Waling“ vorgesehen ist.

NADER BEHZADI

Die Hinrichtungskommandos leeren die Gefängnisse

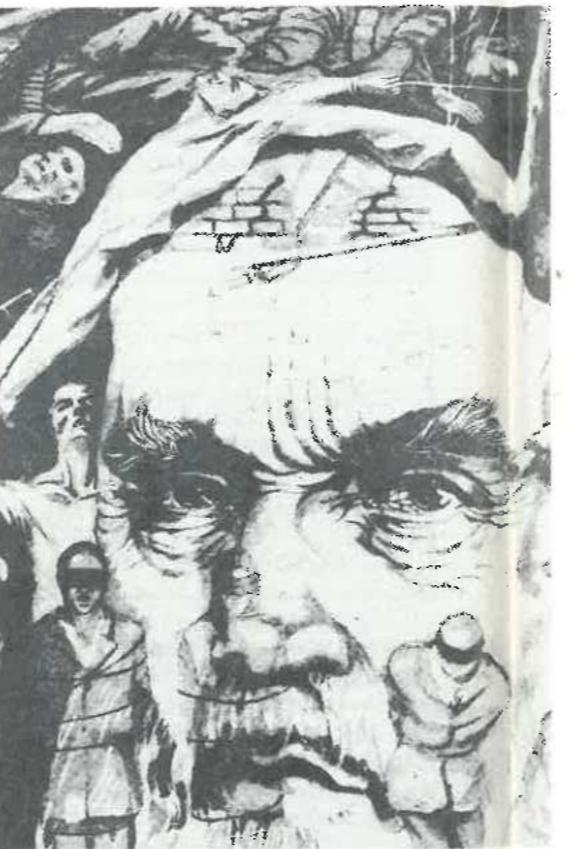
Der Krieg ist vorbei. Das Schießen geht weiter. Nach dem Waffenstillstand mit dem Irak, dem das iranische Regime am 20. August 1988 zustimmte, hat eine beispiellose Welle von Hinrichtungen gegen die politischen Gefangenen begonnen.

Vom Tod ihrer Angehörigen erfahren die Familien mit ein- bis zweimonatiger Verspätung, wenn sie aufgefordert werden, deren Habseligkeiten abzuholen. Um Protestkundgebungen zu verhindern, werden Trauerfeiern untersagt. Der Ort, wo die Toten verscharrt wurden, wird geheimgehalten. Und die Habseligkeiten werden meist nicht am Gefängnis, sondern von den Revolutionskomitees ausgehändigt.

Außerdem wird den Angehörigen auferlegt, über die Hinrichtung zu schweigen. Deshalb ist nur schwer festzustellen, wie viele der politischen Gefangenen der größten Hinrichtungswelle seit 1981 zum Opfer gefallen sind. Daß Schätzungen von mehreren tausend bis 23 000 den Rahmen des Wahrscheinlichen abstecken, darauf deuten viele Berichte über einzelne Gefängnisse, über entdeckte Massengräber und von Angehörigen hin. So sollen mindestens 500 Gefangene im Teheraner Evin-Gefängnis getötet worden sein, indem sie in einem Gebäude zusammengepfercht wurden und es dann in die Luft gesprengt wurde. Nach verschiedenen Aussagen sind in den Gefängnissen von Hamadan und Kerman alle, in dem von Orumieh 200 bis 400 und in dem von Khorramabad 152 von 154 erschossen worden (1). In einem Bericht der UN-Menschenrechtskommission vom November 1988 wird bereits von 1140 Fällen bis Mitte September 1988 gesprochen. Amnesty International hat am 13.12.1988 eine Liste mit 300 belegten Fällen veröffentlicht und erklärt, dies sei nur die Spitze des Eisbergs (2).

In der Regel handelt es sich bei den Hingerichteten um Gefangene, die in den Jahren 1981 und 1982 verhaftet und zu Gefängnisstrafen verurteilt worden waren. Außerdem sollen bereits Freigelassene erneut verhaftet und erschossen worden sein.

Nach anfänglichem Schweigen kommt die iranische Führung nicht mehr umhin, die Hinrichtungswelle zuzugeben, auch wenn keine Zahlen und Namen genannt werden. Am 6.12.1988 erklärte Präsident Khamenei in einer Fernsehdiskussion, er billige und bestätige die Hinrichtungen. „Denkt ihr, wir sollen den Personen Zuckerbrot geben, die von den Gefängnissen aus Kontakte mit den



Khomeini: „Tötet, schlagt und verhaftet diejenigen, die gegen die islamische Republik sind.“ Gemälde von Shahab Mussawisabe

Monafekin unterhalten, den Leuten, die einen bewaffneten Angriff innerhalb der Grenzen Irans durchführten?“ (3)

Mit dem Schimpfwort „Monafekin“ (Heuchler) meint das iranische Regime die oppositionellen Volksmujahedin, deren bewaffnete Organisation auf Seiten des Irak gegen den Iran gekämpft hat. Dutzende von ihnen waren zur Abschreckung öffentlich gehängt worden.

Die Volksmujahedin bezifferten am 1.12.1988 die Zahl der meist heimlich Ermordeten auf 12 000 seit Juli 1988 und erklärten, daß Khomeini persönlich den Befehl gegeben habe, alle politischen Gefangenen umzubringen.

Dies wurde im Januar d.J. durch den Obersten Richter Massavi-Ardebili bestätigt. Er erklärte außerdem: „Als der Imam (Khomeini)

neulich informiert wurde, daß es auf Grund von Problemen (...) Zeit braucht, bis Urteile gesprochen werden, (...) betonte er, daß wir nicht zulassen dürfen, daß die Vollstreckung der Gottesurteile verzögert wird.“ (4)

Dabei war die bisherige „Gerichtspraxis“ an Schnelligkeit kaum noch zu überbieten. „Prozesse“ dauern in der Regel drei Minuten. Dabei wird der Gefangene lediglich gefragt, ob er „Reue“ bekunde, d.h. seinen politischen Anschauungen abschwört und andere denunziert. Tut er das nicht, so kommt er vor das Erschießungskommando. Da mittlerweile auch die weiblichen Gefangenen diesem Verfahren unterworfen werden, ist zu befürchten, daß ihre Hinrichtung ebenfalls ansteht.

Die Behauptung Khameneis, es würden nur jene hingerichtet, die Kontakte zu den Volksmujahedin unterhalten, entpuppt sich nicht nur als Propagandalüge, weil Kontakte nach außen in den Gefängnissen unmöglich sind, sondern weil unterschiedslos Gefangene aller oppositionellen Gruppen betroffen sind.

Zwar dürfte die Mehrheit Anhänger der Volksmujahedin sein, die das Gros der politischen Gefangenen darstellt. Jedoch befindet sich unter den Hingerichteten auch ein hoher Anteil von Mitgliedern der linken Organisa-

tionen Tudeh-Partei, Volksfedajin, Weg des Arbeiters, Kurdische Demokratische Partei u.a.

Die langen, noch unvollständigen Listen von Ermordeten, die sie veröffentlicht haben, sprechen für sich. Der Großteil der Mitglieder des Zentralkomitees der Tudeh-Partei, die seit 1982 eingekerkert worden waren, wurde mittlerweile hingerichtet.

Jedoch richtet sich die Repression nicht allein gegen die Opposition im Untergrund. Aufgrund der Machtkämpfe in der iranischen Führung stehen auch Vertreter aus den eigenen Reihen auf der Erschießungsliste. Mehrere Dutzend islamische Würdenträger und Anhänger Ayatollah Montazeris, des designierten Nachfolgers Khomeinis, die sich der wirtschaftlichen Liberalisierung nach innen und außen widersetzen, wurden bereits hingerichtet.

Am 23. November 1988 wurde Kazem Siami, Arzt und erster Gesundheitsminister nach der Revolution, ermordet – wahrscheinlich vom Geheimdienst. Seine Beerdigung, an der 150 000 Menschen teilnahmen, wurde zu einer Kundgebung gegen die Regierung (5).

Dass die Hinrichtungswelle mit dem Waffenstillstand im Golfkrieg begann, verweist bereits auf ihren wichtigsten Grund. Es wird jetzt nur noch schwerlich möglich sein, das Ausbleiben sozialer Reformen und die wachsende Vereidigung mit den Erfordernissen des Krieges zu begründen. Die steigende Inflation, eine Arbeitslosenrate von offiziell 17 % und der sinnlose Tod von Hunderttausenden haben die Unzufriedenheit wachsen lassen. Mit der Hinrichtung der politischen Gefangenen und der bereits Freigelassenen hofft das Regime, Fatalismus zu verbreiten und zu verhindern, daß die Opposition die Unzufriedenen organisiert.

Zwar sind die illegalen Organisationen schwach. Doch glauben die Machthaber in Teheran anscheinend, daß dies sich ange- sichts der innenpolitischen Lage schnell ändern könnte, zumal wenn es den verschiedenen demokratischen und linken Organisationen gelänge, sich zusammenzuschließen. Parlamentspräsident Rafsandjani, der starke Mann des Regimes, erklärte kürzlich, die Opposition sei zwar isoliert, jedoch nicht „gefährdet“, und die Sicherheitskräfte sollten für ihre völlige „Stillegung“ sorgen (6).

Der Augenblick hierfür ist auch aus einem anderen Grund wohlbedacht worden. Da die meisten Weltmächte darauf aus sind, am Wiederaufbau des Landes mitzuverdienen, sind von ihnen kaum wirkungsvolle Proteste gegen die Massaker zu erwarten. Bisher haben die UNO, das Europa-Parlament und auch der Bundestag Resolutionen gegen die Hinrichtungen verabschiedet.

Aber allzu hart wollen die einzelnen Regierungen das Regime dennoch nicht anfassen, zumal es sichtlich darum bemüht ist, sich dem Westen zu öffnen. Deshalb ist es auch nicht sonderlich verwunderlich, daß Bundesaußenminister Genscher im November 1988 in Teheran zwar beim Thema Menschenrechte abblitzte, dieser aber dennoch ein Kulturbankett abschloß.

Es ist zu befürchten, daß selbst verbale Proteste bald jeglichen Sinn verlieren, weil die letzten Gefangenen hingerichtet sein werden. Das iranische Regime hat indirekt bestätigt, daß die Erschießungskommandos täglich tätig sind, indem es eine zehntägige Aussetzung der Hinrichtungen zum 10. Jahrestag der Revolution verkündete.

Anmerkungen

- 1) Vgl. El País, Madrid, 26.12.1988 und Iran-Informationsblatt, Extrablatt, o.O., Dezember 1988
- 2) Vgl. International Herald Tribune, Paris, 14.12.1988 und Iran-Informationsblatt, a.a.O.
- 3) Neue Zürcher Zeitung (NZZ), Zürich, 17.12.1988
- 4) Zeitung vom Letzeburger Vollek, Luxemburg, 24.1.1989
- 5) Vgl. Le Monde, Paris, 2.12.1988
- 6) NZZ, a.a.O.

Postkartenaktion des ASK

Gegen die Hinrichtungen und Menschenrechtsverletzungen im Iran hat das Antiimperialistische Solidaritätskomitee (ASK) eine Postkartenaktion begonnen, die an das UNO-Zentrum für Menschenrechte gerichtet ist.

So wird's gemacht:
Nebenstehenden Text ausschneiden, auf eine Postkarte kleben und an das UNO-Zentrum für Menschenrechte, Palais des Nations, CH-1211 Genf schicken.

Über das UNO-Zentrum für Menschenrechte fordere ich von der iranischen Regierung:

- * Sofortiger Stopp der Hinrichtungen!
- * Schluß mit der Folter!
- * Sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen!
- * Unverzügliche Einreiseerlaubnis für eine internationale Untersuchungskommission!

(Ort, Datum, Unterschrift)

PETER SCHÜTT

Wie weiter mit der Solidarität?

Das Komitee gegen den Golfkrieg diskutierte in Hamburg

Knapp ein halbes Jahr nach dem Waffenstillstand Irak-Iran treten die unter UNO-Regie laufenden Friedensverhandlungen nach wie vor auf der Stelle. Dies ist nicht die Zeit, der Solidarität mit den Völkern am Persischen Golf adé zu sagen.

Rund 30 VertreterInnen von Friedensinitiativen, Solidaritätsgruppen, Menschenrechtsvereinigungen sowie von irakischen, kurdischen und iranischen Exilorganisationen haben auf einem Seminar des „Komites gegen den Golfkrieg“ am ersten Februarwochenende in der Hamburger Werkstatt 3 die aktuelle Lage im Mittleren Osten nach dem Waffenstillstand erörtert und darüber beraten, in welcher Form und mit welcher Zielsetzung die Solidaritätsarbeit für die Völker des Iran und des Irak fortgesetzt werden kann.

Dass Solidarität bitter notwendig ist, daran besteht kein Zweifel: Im Irak werden die Kurden weiterhin mit Giftgas verfolgt. Aus dem Iran wird die schlimmste Hinrichtungswelle seit dem Sturz des Schah vor genau 10 Jahren gemeldet. Das „Komitee gegen den Golfkrieg“ wird darum seine Tätigkeit nicht einstellen, sondern als „Solidaritätskomitee für die Verteidigung der Menschenrechte im Iran und Irak“ weiterarbeiten. Zugleich soll eine engere Koordination mit Amnesty International, mit der Gesellschaft für bedrohte Völker, mit dem Antiimperialistischen Solidaritätskomitee und mit anderen Dritte-Welt-Initiativen angestrebt werden.

Die Referenten und Diskutanten in Hamburg wahren sich darin einig, daß der Frieden zwischen den verfeindeten Golfstaaten keineswegs gesichert ist. Trotz des Waffenstillstandes rüsten beide Staaten weiter, die Genfer Friedensverhandlungen sind an einem toten Punkt angelangt, selbst der Austausch von Kriegsgefangenen ist eingestellt worden. Ein erneuter Kriegsausbruch ist nicht auszuschließen.

Das irakische Regime unterhält an der Frontlinie bewaffnete iranische Widerstandsgruppen, deren Ziel es ist, die Islamische Republik zu stürzen. Jede militärische Aktion von ihrer Seite aus wäre für den Iran Anlaß und Grund, den Waffenstillstand aufzukündigen.

Das „Komitee gegen den Golfkrieg“ fordert darum, daß die anhaltenden Waffenlieferungen an beide Kriegsparteien endlich gestoppt werden. Dazu zählt nach wie vor die von der Bundesrepublik aus an den Irak gelieferte Giftgastechnologie.

Dieselben bundesdeutschen Firmen, die heute wegen ihrer Beihilfe zum Bau einer chemischen Waffenfabrik in Libyen weltweit am Pranger stehen, waren schon Jahre vorher im Giftgasgeschäft mit dem Irak tätig. Seit 1983 haben bundesdeutsche Golfkriegsgegner immer wieder die Einstellung der Chemiewaffenhilfe an den Irak gefordert und dafür kaum öffentliche Resonanz erfahren. Erst als im Frühjahr 1988 bei einem Giftgasangriff auf die kurdische Stadt Halabja mehr als 5000 Zivilpersonen grausam getötet wurden, äußerten ein-

zelne Politiker Bedenken gegen den Chemiewaffenexport, aber Konsequenzen haben ihre Einwände bislang nicht gehabt.

Im Innern beider Länder herrscht alles andere als Frieden. Im Gegenteil, beide Regimes setzen den Krieg nach dem erzwungenen Waffenstillstand mit verstärkter Brutalität gegen die politische Opposition, gegen die religiösen und nationalen Minderheiten im eigenen Land fort.

Das Saddam-Regime im Irak, so berichtete ein Sprecher der Widerstandsbewegung, präsentiert sich gegenüber der eigenen Bevölkerung und in der arabischen Welt als Sieger und röhmt sich seiner überlegenen Waffen, einschließlich der Chemiewaffen. Fast zwei Drittel der zuvor an der Golfkriegsfront eingesetzten Armee sind jetzt in Kurdistan stationiert. Und sie setzt alle Mittel ein, um die nationale Widerstandsbevölkerung zu zerschlagen. Mehr als 100 000 Kurden sind in die Türkei geflohen und leben dort in Zelten und Elendshütten unter nahezu unerträglichen Bedingungen.

Auch die schiitische Opposition, die annähernd die Hälfte der irakischen Bevölkerung repräsentiert, wird blutig verfolgt. Ihre Sprecher werden als Khomeini-Agenten inhaftiert und hingerichtet. Hoffnung kommt neuerdings von einer breiten nationalen Widerstandsfront, die sich Anfang Januar 1989 in Damaskus offiziell konstituiert hat. Ihr gehören die drei einflußreichsten Befreiungsbewegungen Kurdistans, zwei islamische Parteien, eine prosyrische Abspaltung der regierenden Baath-Partei sowie die KP des Irak an.

Erstes und einziges Ziel ist der Sturz des Saddam-Regimes. An die Stelle des Einparteiensystems soll ein politischer und religiöser Pluralismus treten, Kurdistan soll autonom werden. Über die staatliche Ordnung soll die Bevölkerung in freien Wahlen entscheiden.

Das Bagdader Regime reagierte auf diese Kampfansage mit hektischer Betriebsamkeit. Es beschloß aus heiterem Himmel den Übergang zu einem Mehrparteiensystem von Saddams Gnaden und verhängte andererseits die Todesstrafe für die Mitgliedschaft in jeder nichtlegalen Organisation.

Widersprüchlich ist derzeit, darüber informierten Vertreter verschiedener Oppositionsgruppen, die innere Entwicklung im Iran. Nach außen hin gibt es Anzeichen für eine gewisse Liberalisierung und für eine Lockerung des Drucks gegenüber den städtischen Massen. Zwischen den Liberalen und den Fundamentalisten ist ein offener Meinungs- und Machtkampf entbrannt. Die Extremisten innerhalb des Staatsapparates, die zugleich die Gegner des Waffenstillstands waren und sind, tragen

die Hauptverantwortung für die Hinrichtungswelle der letzten Monate.

Ihr sind seit dem Waffenstillstand mindestens 2200 politische Häftlinge aus allen Strömungen der Opposition zum Opfer gefallen, Angehörige der linksmuslimischen Volksmujaheddin, Funktionäre der Tudeh-Partei und anderer linker Gruppierungen, aber auch islamische Geistliche aus Ghom und ehemals enge Vertraute der regierenden Ajatollahs.

Das Regime konnte diese Exekutionen auch darum durchführen, weil es kaum internationale Proteste gab und die Solidaritätsbewegung nach dem vorläufigen Ende des Golfkriegs rasch erlahmte. Auf dem Höhepunkt der Hinrichtungswelle reiste Außenminister Genscher selbst nach Teheran und unterzeichnete ein umfangreiches Handelsabkommen, das offenbar alle weiteren Fragen nach der Einhaltung der Menschenrechte erübrigte.

Die Diskussion in der Werkstatt 3 befaßte sich selbstkritisch auch mit den Schwächen und Versäumnissen der eigenen Solidaritätsarbeit. Die bundesdeutsche Linke, das wurde nicht zuletzt von den ausländischen Teilnehmern bemängelt, ist derzeit offenbar so sehr mit eigenen Problemen beschäftigt, daß kaum noch Zeit und Kraft für internationales Engagement bleibt.

Aber Richtungsstreitigkeiten gibt es derzeit nicht nur bei den GRÜNEN und der DKP, sondern mit mindestens dergleichen Heftigkeit beispielsweise in der Tudeh-Partei des Iran. Auch dort streiten Bewahrer und Erneuerer über die Beurteilung der eigenen Vergangenheit wie über die künftige Strategie und Bündnispolitik der Partei.

In allen linken Bewegungen des Nahen und Mittleren Ostens wird anhaltend über die Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit den islamischen Fundamentalisten gestritten. Während die irakischen Kommunisten die Kooperation mit den Schiiten befürworten, neigen die meisten Linksparteien und -gruppierungen aus dem Iran nach den Erfahrungen mit dem Khomeini-Regime zur generellen Absehung von religiösen Strömungen. Über dieses Kernproblem demokratischer Bewegungen im gesamten islamischen Kulturkreis besteht auch in der bundesdeutschen Solidaritätsbewegung Diskussions- und Klärungsbedarf.

Nicht minder unklar sind die Positionen zur Kurdenfrage, ohne deren Lösung keine dauerhafte Friedensregelung am Golf möglich ist. Bei diesen Streitfragen geht es nicht nur um interne Probleme der betreffenden Befreiungs- und Widerstandsbewegungen. Ihnen gegenüber kann sich die Solidaritätsbewegung nicht auf die Haltung der „Nicht-einmischung“ zurückziehen. Sie sollte den Mut zu eigenen Standpunkten aufbringen und helfen, ein Klima der Offenheit und des gegenseitigen Vertrauens zu schaffen, in dem es möglich ist, miteinander zu streiten und zu helfen.



Erstes Treffen von Repräsentanten der USA und des PLO-Exekutivkomitees in Tunis (l.); Stockholmer Begegnung Y. Arafats mit amerikanischen Jüdinnen (r. oben; r. die Juristin Rita Hauser); UNO-Rede Arafats in Genf (r. unten)

INGRID EL-MASRY

Die diplomatische Offensive

Für manche war es die politische Sensation des Jahres 1988: Die USA erklärten sich am 15. Dezember bereit, einen „substantiellen Dialog“ mit der PLO aufzunehmen.

Entscheidend für den Beschuß Washingtons war eine Presseerklärung der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) vom Abend des 14.12.1988, in welcher „sie die UNO-Resolutionen 242 und 338 akzeptiert, das Recht Israels, in Frieden und Sicherheit zu existieren, anerkennt und dem Terrorismus abschwört“. (1)

Die PLO hatte damit US-Bedingungen für einen Dialog aus dem Jahre 1975 erfüllt, wobei die USA kaum gerechnet haben dürften.

Aber vorausgegangen war ein seit der Tagung des Palästinensischen Nationalrats (PNC) vom November 1988 (2) erbitterteren je geführter Wortkrieg gegen die PLO. Dessen Etappen waren: die US-Visumsverweigerung für den PLO-Vorsitzenden Arafat am 26.11.1988, das Treffen Arafats mit fünf prominenten US-amerikanischen Juden vom „Internationalen Zentrum für Frieden im Nahen Osten“ in Stockholm vom 6.-8.12.1988, Arafatsflammende Rede vor der UN-Vollversammlung in Genf am 14.12.1988, die PLO-Pressekonferenz am Abend des 14.12.1988.

Erst letztere stellte die USA zufrieden. Manch einer fragte sich indessen, wodurch sich die letzten „Klarstellungen“ von jenen in Stockholm unterschieden, hatte Arafat doch bereits hier ohne israelische oder amerikanische Gegenleistungen explizit das Existenzrecht Israels anerkannt (siehe Kästen).

Der Krieg der Worte gegen die PLO erscheint im Nachhinein wie ein diplomatischer Eiertanz, um die Wende in der US-Nahostpolitik ohne dramatischen Gesichtsverlust vollziehen zu können. Freilich, Gesprächsbereitschaft – auch wenn sie einer faktischen Anerkennung der PLO gleichkommt – ist nur eine Voraussetzung, nicht aber ausreichend für eine Wende hin zu einer realistischen US-Palästinapolitik.

Und kaum ist der Dialog in Gang gekommen, stellen die USA bereits neue Bedingungen für dessen Fortsetzung. Dazu gehört die Aufnahme „gemäßiger“ Palästinenser aus den besetzten Gebieten in die PLO sowie der Ausschluß der Organisationen „Einheit 17“ (ursprüngliche Leibwache Arafats) und der kleinen Gruppe Palästinensische Befreiungsfront von Abu Abbas aus der PLO. Diese werden von den USA der Beteiligung an der „Achille-Lauro“-Entführung und der Ermordung eines US-Bürgers vor vier Jahren beschuldigt. (3)

Die Erfüllung dieser Bedingungen erscheint jedoch fraglich. Schon jetzt ist Arafat für manche Kräfte in und außerhalb der PLO zu weit gegangen, ohne substantielle Zugeständnisse von Seiten der USA oder Israels erhalten zu haben. Und noch eines stimmt skeptisch: Die just in diesem Moment aufgetauchten neuartlichen US-Vorwürfe, das Volksfront-Généralkommando (PFLP-GC) unter

wie es in der UN-Charta vorausgesetzt wird, einschließlich des Rechts auf einen unabhängigen Staat. Diese Konferenz soll alle Aspekte des Palästinaproblems lösen;

2. der PNC rief den unabhängigen Staat Palästina aus und akzeptierte die Existenz Israels als einen Staat in der Region;

3. der PNC erklärte seine Ablehnung und Verurteilung aller Formen des Terrorismus einschließlich des Staatsterrorismus;

4. der PNC forderte eine Lösung des Flüchtlingsproblems in Übereinstimmung mit dem internationalen Recht und Verfahren und entsprechenden UN-Resolutionen (die das Recht auf Rückkehr oder Schadensersatz enthalten).

Die amerikanischen Teilnehmer begrüßten und unterstützten die palästinensische Unabhängigkeitserklärung und die in Algier angenommene Politische Erklärung und waren der Ansicht, daß es kein Hindernis für einen direkten Dialog zwischen den amerikanischen Regierung und der PLO mehr gebe.

(Quelle: Frankfurter Rundschau, 9.12.1988)

Rede Yassir Arafats vor der UNO-Vollversammlung am 13.12.1988

Als Vorsitzender der Palästinensischen Befreiungsorganisation erkläre ich hiermit nochmals, daß ich den Terrorismus in allen Formen verurteile (...)

Den Vereinten Nationen, den ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrats, allen internationalen Blöcken und Gremien kommt in dieser Phase eine entscheidende Rolle zu. In meiner Eigenschaft als Vorsitzender des PLO-Exekutivkomitees, das derzeit die Funktion der provisorischen Regierung des Staates Palästina wahrnimmt, möchte ich daher folgende palästinensische Friedensinitiative darlegen:

Erstens: Es sollen ernsthafte Bemühungen unternommen werden, unter der Schirmherrschaft des Generalsekretärs der Vereinten Nationen einen vorbereitenden Ausschuß für die internationale Nahost-Friedenskonferenz einzuberufen – in Übereinstimmung mit der Initiative von Staats- und Parteichef Gorbatschow und Präsident Mitterrand, (...) der den Weg zur Einberufung der internationalen Konferenz ebnen soll, die von der Regierung Israels abgesehen, weltweit unterstützt wird.

Zweitens: In Anbetracht unseres Glaubens an die internationale Legitimität und die bedeutende Rolle der Vereinten Nationen sollen Schritte unternommen werden, unser besetztes palästinensisches Land vorläufig unter Kontrolle der Vereinten

Ahmed Jibril habe im Auftrag Libyens den Terroranschlag auf den PanAm-Jumbo im Dezember 1988 begangen. (4)

Steckt dahinter der Beginn einer neuen Propagandakampagne gegen Libyen und die PLO, um deren jüngste diplomatische Erfolge zunichte zu machen?

Die Wende in der US-Palästinapolitik ist bisher keineswegs vollzogen, wie das US-Abstimmungsverhalten während der jüngsten Palästinadebatte in der UNO zeigt. Gegen die Stimmen der USA und Israels befürwortete die UN-Vollversammlung am 15.12.1988 mit überwältigender Mehrheit die Einberufung einer Nahostfriedenskonferenz, forderte den UN-Sicherheitsrat und Generalsekretär zu vorbereitenden Maßnahmen auf und bestätigte gleichzeitig die „Proklamation des Staates Palästina“ durch den PNC vom November 1988.

Als praktische Konsequenz wurde der UN-Beobachterstatus der PLO in einen Beobachterstatus des Staates Palästina umgewandelt. Die UN-Vollversammlung forderte Israel auf, sich aus allen seit 1967 besetzten Gebieten zurückzuziehen und die dort errichteten Siedlungen zu beseitigen. Gleichzeitig sprach sich das Weltforum dafür aus, die besetzten Gebiete zeitweilig unter UN-Kontrolle zu stellen. (5)

Erste praktische Folgen der UN-Debatten stellen die Aufwertungen der PLO-Vertretungen in verschiedenen Ländern, darunter Österreich, DDR, Jordanien, China, Katar zu Botschaften sowie in Frankreich zur General-

Nationen zu stellen und dort internationale Truppen zu stationieren, um unser Volk zu schützen und gleichzeitig den Abzug der israelischen Truppen aus unserem Land zu überwachen.

Drittens: Die PLO erstrebt eine umfassende Regelung aller am arabisch-israelischen Konflikt beteiligten Parteien, einschließlich des Staates Palästina, Israel und der anderen Nachbarstaaten, im Rahmen einer internationalen Friedenskonferenz für den Nahen Osten auf der Grundlage der UNO-Resolutionen 242 und 338, um Gleichberechtigung und Ausgewogenheit der Interessen zu garantieren, insbesondere das Recht unseres Volks auf Freiheit und nationale Unabhängigkeit, und auf diese Weise das Recht aller vorgenannten Konfliktparteien zu respektieren, in Frieden und Unabhängigkeit zu leben.

Wenn diese Prinzipien bei der internationalen Konferenz gebilligt werden, werden wir ein großes Stück in Richtung auf eine gerechte Regelung vorgekommen sein, und dies wird uns in die Lage versetzen, alle Sicherheits- und Friedensvereinbarungen zu treffen (...)

Ich bitte die Führer Israels, unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen hierzu zu kommen, damit wir gemeinsam diesen Frieden schmieden können. Ich sage Ihnen ebenso wie Ihnen, daß unser palästinensisches Volk, das Würde, Freiheit und Frieden für sich selbst und Sicherheit für seinen Staat wünscht, dies alles auch allen am arabisch-israelischen Konflikt beteiligten Staaten und Parteien wünscht (...).

(Quelle: Süddeutsche Zeitung, München, 15.12.1989)

vertretend dar. (6)

Aktiv eingeschaltet in die internationale Vermittlungsdiplomatie haben sich seit der Gesprächsaufnahme USA-PLO vor allem die EG-Staaten, darunter neuerdings Großbritannien und die Niederlande. Zuvor hatte das Europaparlament mit 60 gegen 52 Stimmen bei 10 Enthaltungen die EG-Staaten aufgefordert, die PLO als palästinensische Exilregierung anzuerkennen.

Die Hoffnungen der EG, „daß die Israelis die jüngsten Ereignisse als eine Eröffnung des

Friedensprozesses unter den Auspizien der UN sehen“ möchten (7), wurden jedoch bisher bitter enttäuscht. Nicht nur war die israelische UN-Delegation bei Arafats Rede abwesend. Mehr noch, die israelische Regierung bezeichnete die US-Wende als „schwarzen Tag für Israel“ und bekräftigte demonstrativ die drei kategorischen Absagen an eine internationale Friedenskonferenz, einen Rückzug aus den besetzten Gebieten sowie Gespräche mit der PLO.

Ihre groß angekündigte „neue“ Friedensinitiative bewegt sich nach wie vor lediglich im Rahmen einer begrenzten Autonomie für die besetzten Gebiete. Sie fand, dies mußte Shamir im voraus einschätzen, in der Weltöffentlichkeit keinen Widerhall.

Dies gilt um so mehr, als das israelische Militär derzeit mit neuer Härte gegen die Intifada, die Volksaufstand in der Westbank und Gaza, vorgeht. Die ohnehin lebensgefährlichen „Plastikgeschosse“ wurden durch neuartige, zu 97 % aus Stahl bestehende Geschosse mit dünnem Plastiküberzug ersetzt. Erneut stieg die Zahl der erschossenen PalästinenserInnen in den letzten Wochen schlagartig an.

Gleichzeitig wächst jedoch in der israelischen Gesellschaft der Widerstand gegen die Friedensunwilligkeit und Brutalität der israelischen Regierung. Die unter dem Eindruck der gewachsenen diplomatischen Erfolge der PLO sowie der US-Wende zum Dialog einerseits und wachsender internationaler Isolierung Israels andererseits am 19.12.1988 doch noch zustandegekommene große Koalition zwischen Likud und Arbeiterpartei steht vor schweren Zeiten, wenn sie bei ihrer kategorischen Ablehnungspolitik bleibt.

Anmerkungen

- 1) Zit. nach: Vorwärts, Bonn, Nr. 51, 17.12.1988, S. 44
- 2) Vgl. Dritte Welt, Sonderheft 1/1989, S. III/25 ff.
- 3) Vgl. Le Monde (LM), Paris, 24.1.1989; Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 27.1.1989
- 4) Vgl. FAZ, 3.2.1989
- 5) Palästina-Bulletin, Bonn, Nr. 51/23.12.1988; Neue Zürcher Zeitung (NZZ), Zürich, 17.12.1988
- 6) LM, 7.1.1989; FAZ 23.1.1989
- 7) Frankfurter Rundschau, 15.12.1988



TÜRKEI

Internationales Tribunal gegen das türkische Regime

„Eine in jeder Hinsicht antidemokratische Staatsordnung“

RALF PIORR

Zum 40. Jahrestag der UNO-Menschenrechtsdeklaration, im achten Jahr nach dem Putsch des Militärs, fand am 10./11. Dezember 1988 in Köln das „Internationale Tribunal gegen das Regime in der Türkei“ statt.

Vor einer Jury mit Mitgliedern aus den Philippinen, Belgien, Holland, Schweden, Griechenland, Ägypten, Azania (Südafrika; d. Red.) sowie den Bundestagsabgeordneten Ellen Olms (Grüne) und Monika Ganseforth (SPD), Karola Bloch und weiteren VertreterInnen der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit wurde das türkische Regime in verschiedenen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens angeklagt, gegen international gültiges Recht verstößen zu haben.

In der Anklageschrift heißt es, „daß das gegenwärtige Regime völlig auf der Basis der Verletzung der Grundrechte und -freiheiten des Menschen institutionalisiert wurde. Die Verletzung der Menschenrechte wurde nach dem Militärputsch weitgehend in Gesetzen und Erlassen legalisiert, so daß in bezug auf die Türkei von einer staatlichen Systematisierung der Menschenrechtsverletzungen geredet werden muß“.

Die Anklageschrift bezieht sich auf die türkische Verfassung von 1982 und verschiedene Paragraphen des türkischen Strafgesetzbuches, durch welche es z.B. verboten ist, Propaganda zu betreiben mit dem Ziel, die Herrschaft einer sozialen Klasse über eine andere zu erreichen, Parteien der Arbeiterklasse zu konstituieren, das Existenzrecht des kurdischen Volkes anzuerkennen, gegen die bestehende Staatsordnung zu kämpfen (siehe: Dritte Welt 12/1988, S. 39).

Mit dieser juristischen Grundlage „kann jede Denkweise, jeder Gedanke, jede Art der Organisation unter harte Strafe gestellt werden, die von der offiziellen Staatsideologie abweichen“.

Die Anklage kommt deshalb zur folgenden Schlussfolgerung: „Die türkische Verfassung von 1982 entspricht in der Art und Weise, wie sie vorbereitet wurde, von ihrem Inhalt, ihrer Philosophie und ihrer Praxis her einer autoritären, faschistischen und in jeder Hinsicht anti-demokratischen Staatsordnung.“

gesellschaftlichen Kräften vorzuzeigen, daß das Buch daran Schuld war, daß das Land von Terror heimgesucht wurde, die Demokratie nicht funktionierte und es eine ökonomische Krise gab. (...) Das Denken, die kulturelle Entwicklung blieb stehen. Es setzte eine Entwicklung ein, die nicht in die Zukunft blickt, sondern sich an dem Dunkel der Vergangenheit orientiert.“ Ziel des Regimes und von dessen Nachfolgern sei es, eine autoritätshö-



Tribunal-Präsidium (unten); Barbara Klawitter vom Republikanischen Anwältenverein beim Verlesen des Jury-Urteils (r.)



lige, stumpfe und unkritische Generation heranzuziehen.

Turgan Arinir, Rechtsanwalt, verglich die erste Phase des Regimes – in abgeschwächter Form auch den jetzigen Zustand – als „die Wiederholung des unter Ludwig XIV. in Frankreich durchlebten Verständnisses ‚l'estat, c'est moi', also ‚der Staat bin ich'“. Arinir bezeichnete die heutige Verfassung der Türkei als „Kasernenordnung“. Außerdem seien alle Gesetze „uniformiert“.

Yücel Top, Europavertreter des verbotenen Gewerkschaftsbundes DISK, zeigte die schlechte ökonomische und rechtliche Lage der türkischen Arbeiter auf. So ist es den Gewerkschaften verboten, sich politisch zu betätigen oder zu politischen Parteien Beziehungen aufzunehmen. Ferner existiert in vielen Arbeitsbereichen ein Streikverbot. Weitere Verbote und Regelungen verhindern eine wirkliche Interessenvertretung der Arbeiter gegenüber dem Staat und den Arbeitgebern.

Arife Kaynar, Lehrerin und Journalistin, bewertete die gesamtgesellschaftliche Konzeption des Regimes gegenüber den Frauen: „Mit dem 12. September wurde die islamische Sichtweise über Frauen zur offiziellen Staatsdoktrin, Schulbücher und Unterrichtsinhalten wurden in dieser Weise verändert.“ So würden emanzipatorische Ansätze verhindert und die Frauen wieder zu ihrer „klassischen“ Rolle – zu Küche, Kinder und Religion – zurückgedrängt.

Im Bereich der Nationalitätenpolitik des türkischen Staates wurden, am Beispiel der

kurdischen Nation, als Anklagepunkte „die Leugnung der Existenz der kurdischen Nation“ und die Unterdrückung ihrer Souveränität, der versuchte Völkermord sowie die politische Verfolgung und wirtschaftliche Ausbeutung aufgeführt.

Serafettin Kaya, kurdischer Rechtsanwalt und selbst sieben Monate Gefangener im Foltergefängnis Diyalakir, erklärte: „Seit der Gründung der türkischen Republik ist es die offizielle Staatsideologie, daß es im Lande keine Kurden gäbe, daß es kein ‚kurdisch' gibt.“ Die Periode nach 1980 zeichne sich aus durch die höchste Dimension des Staatsterrors, durch die Systematisierung des Versuches, das kurdische Volk zu vernichten.

Rainer Kahrs von der BUKO-Kampagne gegen Rüstungsexporte zeigte auf, daß sich die Zusammenarbeit BRD – Türkei nicht nur auf politische und ökonomische Hilfe begrenze. Sie sei auch direkt in der massiven Zusammenarbeit der Armeen, Geheimdienste und Polizeien erkennbar. Durch den Nato-Status der Türkei könne die BRD das türkische Regime im Bereich der Rüstungsgüter „mit allem beliefern, was die haben wollen“. Die BRD, so Kahrs, sei in jedem Fall der – leider nicht juristischen – Mittäterschaft an den dem Militärregime vorgeworfenen Verbrechen anzuklagen.

Am Ende des Tribunals und nach einigen Beratungsgesprächen legte die Internationale Jury ihr Urteil vor:

„Der Militärputsch vom 12.9.1980 – Generalangriff auf die politischen und sozialen Rechte der Völker der Türkei – hat unermeßliches Leid über weite Teile der türkischen und kurdischen Bevölkerung gebracht und große Teile der Opposition physisch oder psychisch handlungsunfähig gemacht. (...) Die Verabschiedung der Verfassung vom 7.11.1982 hat die Militärdiktatur nicht zu einer Demokratie werden lassen. Mit der Verfassung und den nachfolgenden Gesetzen (...) sind die politischen Ziele des Militärs, nämlich die Aufrechterhaltung der Machtverhältnisse und die Ausschaltung der politischen Opposition, festgeschrieben worden.“

Bis zum 1. April d.J. sollen 3000 KubanerInnen Angola verlassen. Die Verbleibenden müssen sich bis zum 1. August hinter den 15. Breitengrad, also nach Norden zurückziehen. Bis zum 1. September d.J. sollen 50 % der kubanischen Truppen das Land verlassen, die verbleibenden sich hinter den 13. Breitengrad zurückziehen. Am 1.4.1990 sollen zwei Drittel, am 1.10.1990 76 % der etwa 53 000 kubanischen SoldatInnen Angola verlassen haben, für den 1.7.1991 ist der vollständige Rückzug ausgehandelt.

Wie aus Mosambik 1984 nach Abschluß des Vertrages von Nkomati werden auch aus Angola die Basen des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) abgezogen. Damit verliert die südafrikanische Befreiungsbewegung ihre wichtigste militärische Infrastruktur in den Frontstaaten.

Bis dies geschehe, müsse nach Ansicht der internationalen Jury die Aufnahme in die EG ausgesetzt und „jegliche politische, wirtschaftliche und militärische Hilfe“ eingestellt werden. Die Jury-Mitglieder rufen alle „internationalen und regionalen Organisationen, demokratischen Organisationen und Einzelpersonen auf, sich verstärkt für die Realisierung der genannten Forderungen einzusetzen“.

Weitere Informationen über das „Internationale Tribunal“: Türkei-Informationsbüro, Postfach 91 08 43, 3000 Hannover 91.

SÜDLICHES AFRIKA

MARIANNE KOLTER / PETRA SITTIG

Die Umsetzung des Angola/Namibia-Abkommens hat begonnen

Am 10. Januar d.J. traten die ersten kubanischen Truppenteile den Heimweg an, verabschiedet und gefeiert von der angolanischen Bevölkerung auf dem „Platz des 1. Mai“ in Luanda. Damit hat die Umsetzung des am 22. Dezember 1988 von Angola, Kuba und Südafrika unterzeichneten Vertrages, der zur Unabhängigkeit Namibias führen soll, begonnen.

Der Abzug der kubanischen Truppen war ursprünglich von den USA als Bedingung gestellt worden, über die Umsetzung der Namibia-Resolution 435 des UN-Sicherheitsrates aus dem Jahre 1978 zu verhandeln. Diese Bedingung hatte später Südafrika übernommen.

Bis zum 1. April d.J. sollen 3000 KubanerInnen Angola verlassen. Die Verbleibenden müssen sich bis zum 1. August hinter den 15. Breitengrad, also nach Norden zurückziehen. Bis zum 1. September d.J. sollen 50 % der kubanischen Truppen das Land verlassen, die verbleibenden sich hinter den 13. Breitengrad zurückziehen. Am 1.4.1990 sollen zwei Drittel, am 1.10.1990 76 % der etwa 53 000 kubanischen SoldatInnen Angola verlassen haben, für den 1.7.1991 ist der vollständige Rückzug ausgehandelt.

In den US-amerikanischen, aber auch den hiesigen Medien wird das Zustandekommen des Vertrages als letzter diplomatischer Erfolg der Reagan-Administration in der Dritten Welt gelobt, gerade weil Angola auf das sog. Linkage – Unabhängigkeit für Namibia erst nach Abzug der kubanischen Truppen aus Angola – eingegangen ist.

Aber der Zweck dieses „Linkage“, so die Frontlinie vom 5.12.1988, „war es, den Friedensprozeß zu behindern, nicht ihn zu fördern. Die USA haben nicht vorausgesehen, daß die Angolaner und Kubaner die Zukunft Namibias mit einem kubanischen Abzug verbinden würden. Ebenso haben sie nicht vorausgesehen, daß die Anti-Apartheid-Bewegung sich in Massenprotesten erheben wür-

dehen.“

Ähnlich äußerte sich auch der neue Präsident der USA, George Bush. Dieser hatte in einem Schreiben vom 6.1.1989 Savimbi weitere – auch militärische – Unterstützung zugesagt, bis die angolanische Regierung zu direkten Verhandlungen mit der UNITA bereit sei. Die verdeckte Militärhilfe für die UNITA seitens der USA beläuft sich seit 1986 auf jährlich etwa 15 Mio \$. (1)

In Vorbereitung der irgendwann eintretenden Unabhängigkeit Namibias haben die USA das nördliche Nachbarland Angolas, Zaire, bereits vor Jahren zu einem Nachschubkanal für die angolanische Contra gemacht. Im letzten Jahr ließen sie z.B. anlässlich eines gemeinsamen Manövers mit zairischen Truppen und wohl auch UNITA-Verbänden riesige Mengen an Material für die Contra zurück, um diese für den weiteren Kampf gegen die angolanische Regierung aufzurüsten. (2)

Es wird Aufgabe der internationalen Öffentlichkeit sein, dem Treiben sowohl Südafrikas als auch der USA in dieser Hinsicht auch nach Vertragsabschluß große Aufmerksamkeit zuzuwenden. Ein weiteres Mosambik, wo auch nach dem Vertrag von Nkomati der RNM (Nationaler Widerstand von Mosambik) südafrikanische Unterstützung für einen brutalen Krieg erhielt, muß verhindert werden.

Auch meldet die Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO) schon heute, daß Südafrika in der Kaokoveld-Region und in Jamba, dem Hauptquartier der UNITA, mehrere hundert Mann ausbildet, die den Kern einer namibischen Contra bilden könnten (3).

In den US-amerikanischen, aber auch den hiesigen Medien wird das Zustandekommen des Vertrages als letzter diplomatischer Erfolg der Reagan-Administration in der Dritten Welt gelobt, gerade weil Angola auf das sog. Linkage – Unabhängigkeit für Namibia erst nach Abzug der kubanischen Truppen aus Angola – eingegangen ist.

Aber der Zweck dieses „Linkage“, so die Frontlinie vom 5.12.1988, „war es, den Friedensprozeß zu behindern, nicht ihn zu fördern. Die USA haben nicht vorausgesehen, daß die Angolaner und Kubaner die Zukunft Namibias mit einem kubanischen Abzug verbinden würden. Ebenso haben sie nicht vorausgesehen, daß die Anti-Apartheid-Bewegung sich in Massenprotesten erheben wür-

de und die Apartheid in ihre bis dahin ernste Krise schicken würde. Und es wurde sicher nicht vorausgesehen, daß das militärische Kräfteverhältnis sich zugunsten Angolas entwickeln würde. Crokers Erwartung, daß Südafrika im Inneri stabil bleiben würde und daß der Krieg niedriger Intensität, den die UNITA führte, Angola niederringen würde.“

Auch die Financial Times vom 16.11.1988 hatte als zentralen Grund für das Zustandekommen des Vertrages die Veränderung des militärischen Kräfteverhältnisses zwischen Südafrika und Angola angeführt. Hier ist besonders die militärische Niederlage der vereinigten Truppen der UNITA und Südafrikas bei Cuito Cuanavale im Frühjahr letzten Jahres zu nennen.

Des Weiteren – so die Financial Times – ha-



Diplomaten nach der Unterzeichnung des Angola/Namibia-Abkommens in New York: Botha, Crocker, Santos Franca, Quesada (v.l.n.r.)

Abkommen zwischen Angola, Südafrika und Kuba

Am 22.12.1988 unterzeichneten die Außenminister Angolas, Kubas und Südafrikas in New York ein Abkommen, das die Unabhängigkeit Namibias und die Beendigung der Konflikte im Südwesten Afrikas zum Ziel hat. Wir dokumentieren den Vertrag oh-

n die Präambel.

1. Die Vertragspartner ersuchen den Generalsekretär der Vereinten Nationen, sofort vom Sicherheitsrat die Vollmacht zu erlangen, mit der Durchsetzung der UNSCR 435/78 (Resolution Nr. 435 des UN-Sicherheitsrats von 1978; d. Red.) am 1. April 1989 zu beginnen.

2. Alle militärischen Einheiten der Republik Südafrika verlassen Namibia in Übereinstimmung mit der UNSCR 435/78.

3. In Übereinstimmung mit den Bestimmungen der UNSCR 435/78 arbeiten die Republik Südafrika und die Volksrepublik Angola mit dem Generalsekretär zusammen, um die Unabhängigkeit Namibias durch freie und faire Wahlen zu gewährleisten und enthalten sich jeder Handlung, die die Durchführung der UNSCR 435/78 verhindern könnte. Die Vertragspartner respektieren die territoriale Integrität und Unverletzbarkeit der Grenzen Namibias und sichern zu, daß ihr Territorium weder von einem Staat, einer Organisation oder Person genutzt werden wird im Zusammenhang mit Kriegshandlungen, Aggression oder Gewalt gegen die territoriale Integrität oder die Unverletzbarkeit der Grenzen Namibias oder jeglicher Aktion, die die Durchsetzung der UNSCR 435/78 verhindern könnte.

4. Die Volksrepublik Angola und die Republik Kuba werden das bilaterale Abkommen, das am Tage der Unterzeichnung dieses Abkommens unter-

zeichnet wird und den Rückzug der kubanischen Truppen in den Norden sowie deren schrittweisen und totalen Abzug vom Territorium der Volksrepublik Angola vorsieht, und die Vereinbarungen umsetzen, die sie mit dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen für die Überprüfung dieses Abzuges vor Ort getroffen haben.

5. Übereinstimmend mit ihren Verpflichtungen gemäß der Charta der Vereinten Nationen werden sich die Vertragspartner der Androhung oder des Gebrauchs von Gewalt enthalten und sicherstellen, daß ihre jeweiligen Territorien weder durch einen Staat noch durch eine Organisation oder Person im Zusammenhang mit Kriegshandlungen, Aggression oder Gewalt gegen die territoriale Integrität oder die Unverletzbarkeit der Grenzen im Südwesten Afrikas benutzt werden.

6. Die Parteien werden das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten im Südwesten Afrikas respektieren.

7. Die Vertragspartner werden aufrichtig alle Verpflichtungen erfüllen, die sie mit diesem Abkommen eingehen, und durch Verhandlungen und im Geist der Verständigung alle Streitigkeiten bezüglich seiner Auslegung und Durchführung lösen.

8. Dieses Abkommen tritt mit seiner Unterzeichnung in Kraft.

(QUELLE: Granma, Havanna, 23.12.1988)

südostasien informationen

Heft Nr. 4/88

Tourismus

- Warum Massentourismus?
- Zur Kultur des Fernwehs
- Thailand: Im Land des Lächelns vergeht den Frauen das Lachen
- Initiativen für einen alternativen Tourismus: ECTWT Bangkok, und CST, Manila
- Große Reiseführer-Sammelbesprechungen

und wie immer:

Nachrichten und Literaturhinweise, zusammengestellt aus zum Teil schwer zugänglichen Publikationen zur Gesamtregion und zu einzelnen Ländern: Indochina, Thailand, Malaysia, Singapur, Brunei, Indonesien/Osttimor, Philippinen.

Schwerpunkt des nächsten Hefts:
1/89 Region der Vielvölkerstaaten

südostasien informationen

erscheinen viertjährlich
Einzelverkauf: 6,- DM
Jahresabonnement: 24,- DM für Einzelpersonen
48,- DM für Institutionen

Herausgeber und Vertrieb:
Südostasien-Informationsstelle
Josephinenstr. 71,
4630 Bochum,
Tel.: (0234) 50 27 48



ECASAAMA DOSSIER

Westeuropäische Unterstützung für die UNITA

Im Dezember 1988 veranstaltete die Europäische Kampagne „Beendet Südafrikas Aggression gegen Mosambik und Angola“ (ECASAAMA) in Bonn eine international beachtete Konferenz. Wir dokumentieren die dort vorgelegte Kurzfassung eines Dossiers über die von Westeuropa ausgehende Unterstützung für die angolanischen Contras der UNITA.

Die Perspektive einer regionalen Konfliktlösung im Südlichen Afrika

Südafrika, die sich mit der Beendigung der direkten südafrikanischen Aggression gegen Angola sowie der Umsetzung der Resolution 435/78 des UN-Sicherheitsrates zur Dekolonialisierung Namibias deutlich abzeichnet, läßt erwarten, daß die Kampagnen zur Unterstützung der UNITA (Nationale Union für die totale Unabhängigkeit Angolas; d. Red.) durch ihre jeweiligen Lobbies, sowohl in Europa als auch in den USA, in der nächsten Zeit verstärkt werden.

Artikel 1

Dennoch bleibt die Tatsache bestehen, daß die wirtschaftliche Überlegenheit Südafrikas in der Region die Frontstaaten zu ungleichen Wirtschaftsbeziehungen zwingt, deren Preis die Bevölkerung der jeweiligen Länder zu zahlen hat. Auch verzichtet Südafrika nicht auf sein ungeheures militärisches Potential, das für alle seine Nachbarstaaten eine bleibende Drohung ist.

Einschätzungen, die besagen, ein Frieden im Südlichen Afrika sei erst möglich, wenn die Apartheid abgeschafft ist, ist daher unabdingt zuzustimmen. Dies ist eine Frage des inneren Kräfteverhältnisses in Südafrika und des äußeren Drucks, der weiteren Isolierung der Apartheid.

Anmerkungen:

- 1) International Herald Tribune, Paris, 13.1.1989
- 2) Abrüstungsinfo, Köln, Nr. 11/1988
- 3) Süddeutsche Zeitung, München, 1.2.1989
- 4) New African, London, Dezember 1988
- 5) Neue Zeit, Moskau, Nr. 49/1988
- 6) Süddeutsche Zeitung, 30.1.1989

angolanischen Armee behaupten.

Mehr als je zuvor baut sie auf internationale Unterstützung. Mit dieser Unterstützung verbunden ist die Hoffnung, daß die angolanische Regierung durch Druck auf Luanda zu direkten Verhandlungen mit der UNITA im Rahmen einer sog. „nationalen Versöhnung“ veranlaßt werden kann.

Dagegen fordert die angolanische Regierung die gesellschaftliche Wiedereingliederung von jenen UNITA-Mitgliedern, die bereit sind, die Waffen niederzulegen und Savimbis Organisation zu verlassen. Diese Politik der Amnestie hatte bereits bei der Reintegration früherer Führungskräfte und Kämpfer der FNLA (Nationale Front für die Befreiung Angolas) Flüchte getragen. Seit 1978 sind mehrere hundert ehemalige FNLA-Aktivisten ins Land zurückgekehrt, die heute u.a. auch in der Verwaltung und in Staatsbetrieben arbeiten.

„Wir werden unsere Landsleute, die sich der UNITA – ob als militärische oder zivile Funktionsträger und als Führungskräfte – angeschlossen haben, wieder akzeptieren, umso mehr, als wir wissen, daß sie durch die persönlichen Ambitionen einiger Einzelpersonen und von Pretorias expasio-

nanzierbar. Südafrika hat im Jahr etwa 400 Mio \$ für die Besetzung, insbesondere für das Militär, aufgebracht.

Die anhaltende Wirtschaftskrise in Südafrika machte ein Umdenken in bezug auf Namibia notwendig. Hierzu dürfte auch die wachsende wirtschaftliche Isolierung des Landes beigetragen haben. Insbesondere die Kapitalbeschaffung wird aufgrund der Sanktionsdiskussionen im Ausland für Südafrika immer schwieriger.

Innenpolitisch hat sicher die hohe Zahl der Wehrdienstverweigerer eine Rolle gespielt. Immer mehr junge Männer lehnten es ab, in einen sinnlosen Krieg in Angola zu ziehen. Gerade die beruflich hochqualifizierten unter ihnen verlassen in großer Zahl das Land, ein weiterer Verlust an ohnehin mangelnden qualifizierten Arbeitskräften. In der weißen Bevölkerung gab es zudem Anzeichen von Beunruhigung und Ablehnung wegen des militärischen Einsatzes in Angola, aber auch in Namibia, da immer mehr Tote oder Verletzte zu beklagen waren.

All diese Gründe zusammenommen, dürften in der südafrikanischen Regierung zu dem Schritt geführt haben, diese Verhandlungen mitzumachen und den Vertrag zu akzeptieren. Dennoch ist nicht auszuschließen, daß Südafrika auch diesen Vertragsabschluß als ein aktuell notwendiges Übel betrachtet, dessen Einhaltung – oder eben auch Nichteinhaltung – sie sich bis auf weiteres vorbe-

hält. Zumindest ist nicht absehbar, daß Südafrika auf seine Soldnertruppen als Mittel der Destabilisierung der Frontstaaten verzichtet.

Wenn auch der Prozeß der Umsetzung der UNO Resolution 435 in Namibia nicht umkehrbar sein dürfte, wird erst die Zukunft zeigen, wie weit Südafrika die Souveränität eines unabhängigen Namibia anerkennen wird. Militärische Überfälle, wie dies bei anderen Nachbarstaaten immer wieder geschehen ist, sind nicht auszuschließen. Auch große Teile der namibischen Bevölkerung, die direkt von der Apartheidstruktur als Beschäftigte abhängen, könnten von Pretoria als Faustpfand betrachtet werden. (4)

Mit Sicherheit wird Pretoria darauf bauen, daß die namibische Wirtschaft auch nach der Unabhängigkeit strukturell nahezu total an Südafrika hängen wird. Das Ansinnen, der einzige Tiefseehafen des Landes, Walvis Bay, gehöre nicht zu Namibia, sondern sei Teil Südafrikas und falle damit nicht unter den Vertragsabschluß, deutet in diese Richtung. In Wirtschaftskreisen Südafrikas dürfte bekannt sein, daß auch nach Erringung der Unabhängigkeit noch profitable Geschäfte möglich sind. Diese Erfahrung haben gerade die großen südafrikanischen Konzerne in Simbabwe gemacht.

Sam Nujoma, Präsident der SWAPO, unterstrich für den Fall eines Wahlsieges seiner Organisation: „In unserem Programm ist von sozialistischen Veränderungen im Bereich der Wirtschaft die Rede. Das ist aber ein Fernziel, zu dessen Verwirklichung viele Jahre nötig sein werden. Wir dürfen hierbei nicht vergessen, daß unser Land in ökonomischer Hinsicht eine Geisel Pretorias und der multinationalen Konzerne ist. Wir sind Realisten genug, um zu begreifen, daß die bestehenden Wirtschaftsbeziehungen in absehbarer Zukunft nicht einfach abgebrochen werden können.“ (5)

Diese Äußerung Nujomas reiht sich ein in eine Reihe von Verlautbarungen führender VertreterInnen der SWAPO, die sie sowohl gegenüber NamibianerInnen wie auch der internationalen Öffentlichkeit bezüglich der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung des Landes machen. Und Äußerungen der SWAPO, darüber sind sich alle BeobachterInnen Namibias einig, sind Äußerungen der zukünftigen Regierungsmehrheit des Landes.

Wurde Südafrika aufgrund seiner wirtschaftlichen Krisenlage und der militärischen Niederlage des letzten Jahres in Angola an den Verhandlungstisch gezwungen, so war auch die angolanische Regierung durch anhaltende wirtschaftliche Schwierigkeiten gezwungen, sich für eine Verhandlungslösung zu entscheiden. Ihre Hoffnung mag dabei gewesen sein, daß die Handlungsmöglichkeiten der UNITA durch einen internationalen Vertrag zumindest eingeschränkt werden.

Vollständige Dauer des Zeitplans, der mit dem 1. April 1989 beginnt: 27 Monate.

Rückzug nach Norden: Bis zum 15. Breitengrad, am 1. August 1989. Bis zum 13. Breitengrad, am 31. Oktober 1989.

Stärke der abziehenden Truppen: Bis zum 1. November 1989, 50 000 (50 %). Bis zum 1. April 1990, 33 000 (66 %). Bis zum 14. Oktober 1990, 38 000 (76 %), bleiben 12 000. Bis zum 1. Juli 1991, 50 000 (100 %). Es wurde eine kubanische Truppenstärke von 50 000 zugrunde gelegt.

(QUELLE: Granma, Havanna, 23.12.1988)

Für das von Kriegsfolgen stark betroffene Land wird es auch eine Erleichterung sein, wenn keine südafrikanischen Truppen mehr an den Einsätzen der UNITA beteiligt sind. Es darf ja nicht vergessen werden, daß nahezu kontinuierlich seit Erringung der angolani-

schen Unabhängigkeit 1975 südafrikanische Truppen im Land waren und zeitweise die südlichen Landesteile 200–300 km weit besetzt hielten. Die enormen Kosten für die Rüstung, aber auch die Folgekosten der Zerstörungen durch den Krieg haben die angolanische Wirtschaft bis an den Rand des Zusammenbruchs belastet.

Inwieweit die MPLA-Regierung sich zu direkten Verhandlungen mit der UNITA bereit finden wird, ist heute noch nicht abzusehen. Erste Äußerungen des stellvertretenden Verteidigungsministers, General Antonio Dos Santos Franca, lassen auch hier auf einen Positionswechsel schließen. Als erste Maßnahme zur inneren Entspannung hat die angolanische Regierung am 4.2.1989 ein Amnestiegesetz für alle UNITA-Angehörigen erlassen, die die Waffen niedergelegt. Auch wurde nicht ausgeschlossen, daß hohe UNITA-Funktionäre auf entsprechende Posten in der angolanischen Administration hoffen können.

Der von Washington vermittelte Vertragsabschluß zwischen Angola, Kuba und Südafrika zur Umsetzung der Resolution 435, der den Weg frei macht zu freien Wahlen in Namibia und dieses Land in die Unabhängigkeit bringen kann, ist ein wichtiger Schritt zur Lösung der Konflikte in der Region des Südlichen Afrika. Dieser Vertragsabschluß ist auch, anders als dies bei den Verträgen zwischen Südafrika und anderen Nachbarstaaten wie etwa Mosambik der Fall war, ein erstes deutliches Eingeständnis der Erfolgslosigkeit der südafrikanischen Politik des vergangenen Jahrzehnts.

War Südafrika nach der Erringung der Unabhängigkeit der ehemaligen portugiesischen Kolonien und Simbabwes Mitte bzw. Ende der 70er Jahre angekommen, diesen Prozeß insoweit umzukehren, als ein Verbund abhängiger Staaten unter südafrikanischer Vorherrschaft für die Region geschaffen werden sollte, muß es heute sogar seine „ursprüngliche“ Kolonie Namibia in die Unabhängigkeit entlassen. Die Destabilisierungspolitik, auf die das Apartheidregime als Mittel zur Durchsetzung seines Ziels setzte, hat sich als kontraproduktiv auch für Südafrika selbst herausgestellt.

Dennoch bleibt die Tatsache bestehen, daß die wirtschaftliche Überlegenheit Südafrikas in der Region die Frontstaaten zu ungleichen Wirtschaftsbeziehungen zwingt, deren Preis die Bevölkerung der jeweiligen Länder zu zahlen hat. Auch verzichtet Südafrika nicht auf sein ungeheures militärisches Potential, das für alle seine Nachbarstaaten eine bleibende Drohung ist.

Einschätzungen, die besagen, ein Frieden im Südlichen Afrika sei erst möglich, wenn die Apartheid abgeschafft ist, ist daher unabdingt zuzustimmen. Dies ist eine Frage des inneren Kräfteverhältnisses in Südafrika und des äußeren Drucks, der weiteren Isolierung der Apartheid.

- Anmerkungen:
- 1) International Herald Tribune, Paris, 13.1.1989
 - 2) Abrüstungsinfo, Köln, Nr. 11/1988
 - 3) Süddeutsche Zeitung, München, 1.2.1989
 - 4) New African, London, Dezember 1988
 - 5) Neue Zeit, Moskau, Nr. 49/1988
 - 6) Süddeutsche Zeitung, 30.1.1989

Kubanische Truppeneinheit vor dem Verlassen Angolas in Luanda

be das Scheitern der Politik der internen Lösung in Namibia Südafrikas Haltung geändert. Die weitere Besetzung der letzten afrikanischen Kolonie durch Südafrika sei letztendlich für den Apartheidstaat nicht mehr fi-

Abkommen zwischen Angola und Kuba

Am 22.12.1988 wurde in New York von den Außenministern Angolas und Kubas ein Abkommen über den schrittweisen Abzug der kubanischen Truppen aus Angola unterzeichnet, das wir ohne die Präambel dokumentieren.

Artikel 1

Einleitung des schrittweisen Rückzugs bis zum 15. und 13. Breitengrad und des vollständigen Abzugs des Kontingents von etwa 50 000 Menschen, die in der Volksrepublik Angola stationierten kubanischen Truppen bilden, nach Kuba. Dies geschieht entsprechend dem Rhythmus und der Fristen, die in dem beigefügten Zeitplan, der Teil dieses Abkommens ist, festgelegt sind. Der vollständige Abzug wird am 1. Juli 1991 abgeschlossen sein.

Artikel 2

Die Regierungen der Volksrepublik Angola und der Republik Kuba behalten sich das Recht vor, ihre Verpflichtungen, die aus dem Artikel 1 dieses Abkommens entspringen, zu verändern in dem Falle, daß flagrante Verletzungen des Drei-Parteien-Abkommens (siehe Kasten; d. Red.) festgestellt werden.

Artikel 3

Beide Parteien rufen unter Vermittlung des Generalsekretärs der Vereinten Nationen den Sicherheitsrat auf, die Überprüfung der schrittweisen und vollständigen Rück- und Abzugs der kubanischen Truppen vom Territorium der Volksrepublik Angola durchzuführen. Zu diesem Zweck wird ein entsprechendes Protokoll vereinbart.

Artikel 4

Dieses Abkommen wird zum Zeitpunkt der Unter-

nistischen Zielen getäuscht wurden", erklärte der angolanische Verteidigungsminister im Oktober 1988. „Wir sind (jedoch) nicht bereit, uns mit der UNITA als Organisation auf gleichberechtigter Ebene zu einigen oder die Macht mit ihr zu teilen. Das können wir nicht akzeptieren, denn es wäre für uns gleichbedeutend damit, unserem gesamten Freiheitskampf untreu zu werden.“

Die UNITA kann für sich keinerlei historische Legitimität beanspruchen oder behaupten, den portugiesischen Kolonialismus bekämpft zu haben, wie dies ihre in den Medien recht präsenten Apologien im Westen behaupten, ohne mit der Wimper zu zucken. Westliche Medien finden besonders Gefallen daran zu behaupten, die „russisch-kubanische“ Intervention von 1975 hätte die UNITA um ihr Recht an der Beteiligung an der Macht im unabhängigen Angola gebracht.

Dieses für ECASAAMA erstellte Papier belegt eindeutig, daß die UNITA „im gemeinsamen Kampf gegen die MPLA (Volksbewegung für die Befreiung Angolas)“, wie dies Savimbi selbst in seiner Korrespondenz mit führenden Kolonialbeamten formuliert hatte, mit der politischen Polizei und der Armee des portugiesischen Salazar-Regimes zusammengearbeitet hat. Ebenso beweist die Rekonstruktion jener Ereignisse, die der südafrikanischen Intervention von 1975 vorausgingen, daß die FNLA und die UNITA für den Bruch des Abkommens von Alvor verantwortlich waren. In diesem Abkommen war im Januar 1975 die Bildung einer Übergangsregierung festgelegt sowie ein Zeitplan

steht im Widerspruch zu den Fakten, die einige der Hauptfiguren liefern. Der frühere CIA-Agent John Stockwell, verantwortlich für Operationen in Angola, weist beispielsweise in seinem Buch „In Search of Enemies“ nach, daß die südafrikanische Invasion bereits vor der Ankunft kubanischer Truppen erfolgte.

Da ist beispielsweise Samvimbis Berater und persönlicher Freund, der französische Journalist und Autor Dominique de Roux. De Roux war Mitarbeiter des französischen Geheimdienstes und ein persönlicher Freund des damaligen Leiters Alexandre de Marenches. Gorden Winter, ein früherer Agent des südafrikanischen Nachrichtendienstes, schreibt in seinem Buch „Inside the Boss“, er habe von seinem Vorgesetzten Jack Kemp die folgende Antwort erhalten, als er ihm um Aufklärung über de Roux ersucht: „Wir wissen alles über ihn. Er ist ein wichtiger Offizier des französischen Nachrichtendienstes. Den Journalismus benutzt er nur als Deckmantel. Er organisiert wichtige Waffen- und Munitionstransfers für die UNITA, und außerdem redigiert er sämtliche Kommunikate Savimbis, bevor sie aus dem UNITA-Büro nach Paris gehen. De Roux‘ psychologische und logistische Unterstützung der UNITA beruht auf einem wechselseitigen Abkommen zwischen dem SDECE (dem französischen Geheimdienst – heute DGSE), der CIA und dem südafrikanischen Geheimdienst. Ihr Ziel ist es, Savimbi solange über Wasser zu halten, bis die MPLA vernichtet ist.“

Einige Zeit nach de Roux‘ Tod im Jahre 1976 folgte als persönlicher Berater Savimbis der italienische Neofaschist Stefano delle Chiaie. Chiaie war an jenen Attentaten, die Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre die italienische Halbinsel erschütterten, direkt beteiligt gewesen, und er stand in Kontakt mit einer in Lissabon beheimateten neofaschistischen Internationale, der Aginter, deren Leiter der Franzose Y. Guerin-Serac, ein früheres OAS-Mitglied, war (rechtsradikale Gruppierung, die während des Algerienkrieges mit allen Mitteln gegen De Gaulles Lösungsversuche arbeitete). (. . .)

Die herausragende Rolle, die Abgeordnete der französischen Rechten der „Front National“ bei Savimbis Besuch in Paris 1986 spielten, ist bezeichnend für die Art der Beziehungen, die der UNITA-Chef in Frankreich unterhält. Jedoch kann für die Bundesrepublik, für Großbritannien und Belgien das Gleiche gesagt werden. Andernfalls hat Savimbi Verbindungen zu Gruppen des rechten Spektrums und zu reaktionären Institutionen, die grundsätzlich von Antikommunismus geleitet, wiederum direkte oder indirekte Verbindungen mit ähnlichen Organisationen aus Washington pflegen.

Zu den leidenschaftlichsten Unterstützern der UNITA und der Renamo (Nationaler Widerstand Mosambiks, von Pretoria gestützte Contras; d. Red.), aber auch der nicaraguanischen Contra und jeder anderen reaktionären Kampfgruppe zählt die „Internationale Gesellschaft für Menschenrechte“ (IGFM). Die IGFM hat ihren Hauptsitz in Frankfurt/M. und unterhält „Filialen“ seit 1982 u.a. in Frankreich, Großbritannien, Belgien und Italien.

Neun der 13 Gründungsmitglieder dieser 1972 ins Leben gerufenen Gesellschaft sind russische Emigranten. Sie waren in dem von Deutschland 1941 bis 1945 besetzt gehaltenen Teil der UdSSR als Gestapo-Agenten tätig. Dort hatten sie die „Föderation russischer Solidaristen“ (NTS) gegründet. Der heutige Generalsekretär der IGFM, Iwan Agrusow, war Mitglied der NTS, die nach dem Krieg ihre Aktivitäten in der Bundesrepublik mit Hilfe des britischen Geheimdienstes und später der CIA fortführte.

Pretorias regionale Strategie der Schwächung der Regierungen der engagiertesten der Frontstaaten, um ihre Sturz herbeizuführen, ist von Washington kräftig unterstützt worden. Seitdem das Clark-Amendment (Untersagung offizieller US-amerikanischer Unterstützung für angolanische Organisationen; durch den Kongress; d. Red.) 1985 außer Kraft gesetzt wurde, kann Pretoria auch auf offene Unterstützung der US-Regierung für Savimbi UNITA rechnen.

Die im Auftrag ECASAAMAs vorgenommene Untersuchung der europäischen „Freundeskreise“ der UNITA zeigt auch, daß zwischen den hartnäckigsten Befürwortern der UNITA, westlichen Geheimdiensten und dem Apartheidregime selbst fortdauernde Verbindungen bestehen.

Da ist beispielsweise Samvimbis Berater und persönlicher Freund, der französische Journalist und Autor Dominique de Roux. De Roux war Mitarbeiter des französischen Geheimdienstes und ein persönlicher Freund des damaligen Leiters Alexandre de Marenches. Gorden Winter, ein früherer Agent des südafrikanischen Nachrichtendienstes, schreibt in seinem Buch „Inside the Boss“, er habe von seinem Vorgesetzten Jack Kemp die folgende Antwort erhalten, als er ihm um Aufklärung über de Roux ersucht: „Wir wissen alles über ihn. Er ist ein wichtiger Offizier des französischen Nachrichtendienstes. Den Journalismus benutzt er nur als Deckmantel. Er organisiert wichtige Waffen- und Munitionstransfers für die UNITA, und außerdem redigiert er sämtliche Kommunikate Savimbis, bevor sie aus dem UNITA-Büro nach Paris gehen. De Roux‘ psychologische und logistische Unterstützung der UNITA beruht auf einem wechselseitigen Abkommen zwischen dem SDECE (dem französischen Geheimdienst – heute DGSE), der CIA und dem südafrikanischen Geheimdienst. Ihr Ziel ist es, Savimbi solange über Wasser zu halten, bis die MPLA vernichtet ist.“

Einige Zeit nach de Roux‘ Tod im Jahre 1976 folgte als persönlicher Berater Savimbis der italienische Neofaschist Stefano delle Chiaie. Chiaie war an jenen Attentaten, die Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre die italienische Halbinsel erschütterten, direkt beteiligt gewesen, und er stand in Kontakt mit einer in Lissabon beheimateten neofaschistischen Internationale, der Aginter, deren Leiter der Franzose Y. Guerin-Serac, ein früheres OAS-Mitglied, war (rechtsradikale Gruppierung, die während des Algerienkrieges mit allen Mitteln gegen De Gaulles Lösungsversuche arbeitete). (. . .)

Die herausragende Rolle, die Abgeordnete der französischen Rechten der „Front National“ bei Savimbis Besuch in Paris 1986 spielten, ist bezeichnend für die Art der Beziehungen, die der UNITA-Chef in Frankreich unterhält. Jedoch kann für die Bundesrepublik, für Großbritannien und Belgien das Gleiche gesagt werden. Andernfalls hat Savimbi Verbindungen zu Gruppen des rechten Spektrums und zu reaktionären Institutionen, die grundsätzlich von Antikommunismus geleitet, wiederum direkte oder indirekte Verbindungen mit ähnlichen Organisationen aus Washington pflegen.

Zu den leidenschaftlichsten Unterstützern der UNITA und der Renamo (Nationaler Widerstand Mosambiks, von Pretoria gestützte Contras; d. Red.), aber auch der nicaraguanischen Contra und jeder anderen reaktionären Kampfgruppe zählt die „Internationale Gesellschaft für Menschenrechte“ (IGFM). Die IGFM hat ihren Hauptsitz in Frankfurt/M. und unterhält „Filialen“ seit 1982 u.a. in Frankreich, Großbritannien, Belgien und Italien.

Neun der 13 Gründungsmitglieder dieser 1972 ins Leben gerufenen Gesellschaft sind russische Emigranten. Sie waren in dem von Deutschland 1941 bis 1945 besetzt gehaltenen Teil der UdSSR als Gestapo-Agenten tätig. Dort hatten sie die „Föderation russischer Solidaristen“ (NTS) gegründet. Der heutige Generalsekretär der IGFM, Iwan Agrusow, war Mitglied der NTS, die nach dem Krieg ihre Aktivitäten in der Bundesrepublik mit Hilfe des britischen Geheimdienstes und später der CIA fortführte.

Pretorias regionale Strategie der Schwächung der Regierungen der engagiertesten der Frontstaaten, um ihre Sturz herbeizuführen, ist von Washington kräftig unterstützt worden. Seitdem das Clark-Amendment (Untersagung offizieller US-amerikanischer Unterstützung für angolanische Organisationen; durch den Kongress; d. Red.) 1985 außer Kraft gesetzt wurde, kann Pretoria auch auf offene Unterstützung der US-Regierung für Savimbi UNITA rechnen.

Die IGFM pflegt besondere Beziehungen zum südafrikanischen Regime, dessen Haltung zur Na-



UNITA-Parade im Hauptquartier in Jamba vor Porträts Savimbis und Reagans

ba. Direkt nach ihrer Rückkehr starteten sie eine große Öffentlichkeitskampagne für die UNITA. Im EIS sind aktive und pensionierte Militärs – darunter hohe NATO-Offiziere – vertreten.

Ebenfalls beteiligt sind Repräsentanten der Wirtschaftslobby, zum Beispiel der in rechten Kreisen seines Landes wohlbekannte Belgier Nicholas de Kerchove. De Kerchove ist Inhaber der Firma „Transmarcom“, die bereits mehrfach Waffen für Savimbi über den zairischen Hafen Matadi geliefert hat.

Des Weiteren zählt ein Diamantenhändler aus Anvers, Marcel Pruer, zu Savimbis persönlichen Freunden. Pruer ist Direktor der „International Economic Strategy“, die Verbindungen zur „Heritage-Foundation“ pflegt. Aber Pruer ist nicht nur wegen der Diamanten, die Savimbis Organisation aus dem Lande schmuggelt, am Führer der UNITA interessiert. Er hat genauso politische Interessen: Anfang 1988 versuchte er, eine internationale Konferenz für den Frieden in Angola zu organisieren, sprich: für die Versöhnung zwischen Luanda und Savimbis Organisation. Pruers Interessen zielen deutlich über den Diamantehandel hinaus auf ein von der UNITA kontrolliertes Angola ab. Er hat insbesondere an einem Buch mitgearbeitet, in dem die UNITA ihre ökonomischen Optionen für das Angola von morgen darlegt. Weiter finanzierte er aus eigener Tasche die Werbung für das Buch des Savimbi-Apologeten Fred Bridgeland (Savimbi: A Key to Africa).

Wie in Frankreich, so wurde Savimbi auch in Großbritannien zuallererst Hilfe von Seiten des Geheimdienstes zuteilt. Im Jahre 1975 entsandte das MI6 (britischer Geheimdienst) einen seiner Vertrauensmänner, Evan Davies, einen früheren Offizier des Spezialdienstes für Kenia, zu Savimbi. Davies wurde in Angola von einer zwielichtigen Figur der britischen Presselandschaft begleitet: Robert Moss, Redakteur der Publikation „Foreign Report“. Er hatte zuvor fünf Jahre das „Forum World Features“ geleitet. Seine Agentur mußte schließen, nachdem aufgedeckt wurde, daß sie hauptsächlich aus Münchens des britischen Geheimdienstes und der CIA finanziert worden war.

Moss zeigte deutlich seine Sympathien für das Aprartheidregime, sowohl in den Berichten seines „Institute for the Study of Conflicts“ als auch in einschlägigen Aktionen. So führte er 1977, als Chef der „British National Association for Freedom“, eine Kampagne gegen den von europäischen Gewerkschaften propagierten Boykott südafrikanischer Produkte durch. Moss gehört ebenso wie Fred Bridgeland zu einer Handvoll rechts stehender britischer Journalisten, die regelmäßig Propaganda für die UNITA betreiben.

Seit Anfang der 80er Jahre werden sie dabei von konservativen Parlamentsmitgliedern, sowohl im Unter- als auch im Oberhaus, unterstützt. Zu ihnen gehören Lord Chalfont, Nicholas Winterton, John Carlisle und Julian Amery – allesamt Mitglieder der traditionellen Südafrika-Lobby.

Seit 1986 wird der UNITA das besondere Augenmerk der reaktionären Kreise des Landes zuteil. Vereinigungen und Komitees für ein „freies Angola“ erleben eine regelrechte Blüte. Hinter diesen Gruppierungen stehen rechtsradikale Organisationen wie die englische Sektion der IGFM und die „International Freedom Foundation“ (IFF). Letztere hat ihren Stammsitz in Washington und gehört wiederum zum Umfeld der „Heritage Foundation“.

Der Chef der IFF, Marc Gordon, ist aus der früheren „Federation of Conservative Students“ hervorgegangen. Der konservativen Studentenorganisation hatte die Mutterpartei 1986 wegen extremistischer Positionen und Aktionen die Anerkennung

entzogen. Die IFF gibt die „Southern African Freedom Review“ heraus, die ein officielles Büro in Südafrika unterhält.

Einen umfangreichen Teil des für ECASAAMA erstellten Dossiers nimmt die Untersuchung jener langjährigen Beziehungen ein, die Savimbi in Portugal unterhält. Der UNITA-Führer wurde nicht nur zur Zeit des faschistischen Regimes, sondern auch nach dessen Sturz von führenden portugiesischen Politikern unterstützt. Freilich ist Portugal das einzige Land, in dem Savimbi auch Freunde unter denen hat, die einmal in Opposition zum Salazar-Regime standen. Der portugiesische Präsident Mario Soares und sein Sohn João sind aktive Unterstützer der UNITA und ihres Führers. Aber Soares' sozialistische Partei unterstützt diese Politik keineswegs einmütig. Auf keinem Treffen oder Kongress von Parteidankern hat je ein Antrag zugunsten Savimbis eine Mehrheit gefunden. Denn auch in Portugal sind die vorbehaltlosen Unterstützer Savimbis und der UNITA eher in dem rechten politischen Spektrum zu finden, zum Beispiel im „Centro Democrático e Social“ (CDS) sowie unter Armeefizziellen, die immer schon in Opposition zum 25. April 1975 standen und die Dekolonisierung ablehnten.

Teile des Geheimdienstes und der Armee waren auch in terroristische Aktivitäten der UNITA verwickelt. Dies kam im Verlauf von Ermittlungen bei einem Prozeß zum Vorschein, in dem es um die Rekrutierung von Söldnern für die spanische Terrorgruppe GAL ging.

Einer der aktivsten Protagonisten der Pro-Savimbi-Kampagne in der rechten portugiesischen Presse ist Jaime Nogueira Pinto. Pinto stammt aus der extremen Rechten. 1974 wurde er in die „Angola-Widerstandsfront“ (FRA), eine von Siedlern in Luanda gegründete Gruppe, die gewaltigen Widerstand gegen die Dekolonisierung leistete, aufgenommen. 1976 gehörte Pinto zu den Gründern des MIRN des Generals Kaulza de Arriaga, eines Kolonialisten alten Schlags, der für grausame Repressionen gegen die mosambikanische Befreiungsbewegung FRELIMO und deren Sympathisanten unter der Bevölkerung verantwortlich war. Nogueira Pinto ist heute in Portugal einer der zentralen Kontakte für jene amerikanischen Stiftungen, die aktiv Südafrika und die Konterrevolutionäre in Angola und Mosambik unterstützen.

Es läßt sich also mit Sicherheit für die verschiedenen für das ECASAAMA-Dossier untersuchten Länder nachweisen, daß dort überall Verbindungen zwischen der UNITA-Lobby, rechtsradikalen Kreisen und Gruppierungen, der Südafrika-Lobby und zu den reaktionärsten US-amerikanischen Institutionen bestehen. Zu hoffen bleibt, daß die Informationen, die 1989 in der Veröffentlichung erscheinen werden, dazu beitragen, diejenigen, die nicht mit den hinter Savimbi stehenden Kräften übereinstimmen, von einer weiteren Unterstützung der UNITA abzubringen. Darauf hinaus bleibt zu hoffen, daß Savimbi und seiner Organisation damit jegliche Glaubwürdigkeit und jeder Beistand entzogen wird.

Nicaragua

Die Vereine Berlin/Charlottenburg, Darmstadt, Düsseldorf, Karlsruhe – Ciudad Sandino suchen ab April 1989 eine/n Kontaktmann/frau in Nicaragua, Ciudad Sandino, für mindestens ein Jahr. Näheres erfragen bei Doris, Tel. 061 51/37 68 83



Von UNITA-Kommando massakrierte Zivilisten in Südangola

aufgestellt worden, nach dem Wählen vor dem vorgesehenen Zeitpunkt für die Unabhängigkeit stattfinden sollten.

Ebenso wird in diesem Papier nachgewiesen, welche Rolle die UNITA während der südafrikanischen Invasion spielte. Informationen Savimbis nahestehender Personen zufolge, hat der Anführer der UNITA Pretoria seine Kollaboration aus freien Stücken angeboten. Allerdings schrieb sich die UNITA dann die Erfolge, die die südafrikanischen Einheiten bei ihrem Vormarsch auf Luanda erzielten, auf ihre eigenen Fahnen. Sie verbreitete Erklärungen, in denen sie die Kontrolle über die von Südafrika besetzten Gebiete beanspruchte. Währenddessen versuchte Pretoria, seine Intervention gehemmt zu halten und den angolanischen Konflikt als „Bürgerkrieg“ darzustellen.

Die im nachhinein erfolgte Rechtfertigung der südafrikanischen Aggression, mit Berufung auf die Anwesenheit kubanischer Truppen in Angola,

VENE MAIER

Projekt „Mein Herd für Äthiopien“

Auf dem richtigen Weg

Vor rund einem Jahr riefen wir unsere LeserInnen zur Teilnahme an der Spendenkampagne „Mein Herd für Äthiopien“ auf, die von der Gesellschaft Österreich-Äthiopien als Projekt gegen den Hunger initiiert wurde. Der Grundgedanke: Angesichts der bedrohlichen Entwaldung des Landes soll der Brennholzverbrauch drastisch gesenkt werden. Dies mit Hilfe eines angepaßten Kochherdtyps, der statt Holz nur Erntefälle u.a. verfeuert. Für den Start des Projekts war eine Mindestsumme von 180 000 Schilling veranschlagt worden. Sie wurde überboten, wie die Bilanz des Wiener Mitinitiators Vene Maier zeigt. Unsere LeserInnen steuerten rund 10 % des Gesamtbetrages bei, wofür wir herzlichen Dank sagen.

Wenn von Äthiopien die Rede ist, tauchen in den Medien immer wieder die gleichen Bilder auf: ausgedörrte Erde, kahle Berghänge, Kinder mit Hungerödem, Bauernfamilien auf der Wanderschaft, Hoffnungslosigkeit in Sammellagern. Seit einem Jahr sind die entsprechenden Bilder freilich nicht mehr so häufig zu sehen, endlich ist wieder einmal Regen in ausreichender Menge über die versteppten Hochebenen von Äthiopien niedergegangen.

Weiterhin ist Äthiopien aber von ausländischen Hilfsmaßnahmen abhängig, zu sehr ist das Land von Naturkatastrophen und inneren Konflikten in Mitleidenschaft gezogen worden. Neben den vielen internationalen Organisationen mit überlebenswichtigen Großspenden tragen auch eine Vielzahl kleinerer Hilfsprojekte dazu bei, dem Land und seinen Bewohnern bei der Bewältigung sowohl der ökologischen als auch der wirtschaftlichen Krise zu helfen.

Eines dieser Kleinprojekte trägt den Namen „Mein Herd für Äthiopien“, das seit gut einem Jahr von der Freundschaftsgesellschaft Österreich-Äthiopien betrieben wird. Im Rahmen dieses Projekts werden in Äthiopien Handwerker und Bauern mit der Herstellung und Handhabung eines transportablen, aus einfachsten Mitteln hergestellten Herdes vertraut gemacht. Nach der erfolgreich abgeschlossenen ersten Phase dieses Projekts hat die Freundschaftsgesellschaft kürzlich ein Resumee gezogen und ihren Spendern eine vorläufige Bilanz vorgelegt.

Insgesamt wurden für das Herdprojekt – das den Namen „Takalign“ trägt – von Spendern (hauptsächlich aus Österreich, aber auch aus der BRD und der Schweiz) über 250 000 Schilling auf das Spendenkonto eingezahlt. Organisiert vom Projektleiter in Addis Abeba, Dr. Kahl Wolde Giorgis – der den Takalign-Herd entwickelt hat –, und der

staatlichen Hilfs- und Wiederaufbaukommission Äthiopiens (RRC), wurde im Lauf des letzten Jahres durch die überwiesenen Spendengeldern sowohl der Ankauf der notwendigen Materialien und Werkzeuge möglich als auch die Ausbildung von Schmieden, der Transport, die Herstellung der Öfen und die erste Phase der praktischen Erprobung der Herde in der landwirtschaftlichen Genossenschaft Tadele im Westen der Provinz Shoa durchgeführt. Nach dem vorliegenden Bericht des RRC hat sich in dieser Bauerngenossenschaft eine zwar kleine, nichtsdestoweniger wesentliche Veränderung vollzogen: Im November 1988 kochten bereits mehr als 100 der annähernd 2700 Familien in der Kooperative mit den Takalign-Herden.

„Takalign“ ist ein Wort aus dem Amharischen, der offiziellen Staatssprache in Äthiopien, und bedeutet soviel wie: An die Stelle des Alten tritt das Neue. Im Fall der neuen Herde bedeutet dies, daß sie an die Stelle der bislang gebräuchlichen offenen Feuerstellen treten.

Die Idee, die zur Entwicklung des Herdes geführt hat, beruht auf dem Versuch, den gro-

Projektleiter Kahl Wolde Giorgis bei der Vorstellung des alternativen Ofens



NIGEL BARNES

UNICEF-Jahresbericht 1989

Die Schulden töten Kinder

Mit ungewöhnlich deutlichen Worten prangt das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) in seinem Jahresbericht „Die Lage der Kinder in der Welt 1989“ die Auswirkungen der Schuldenkrise für die Kinder in der Dritten Welt an.

Die Kinder tragen die schwerste Last der Verschuldung und der Rezession in den 80er Jahren“, erklärte der Generaldirektor der UNICEF, James P. Grant, in dem am 20.12.1988 in Neu-Delhi veröffentlichten Bericht. „In den letzten zwölf Monaten sind schätzungsweise mindestens 500 000 kleine Kinder aufgrund der Verlangsamung oder der Umkehr des Fortschritts in den Entwicklungsländern gestorben.“

Mit einer Reihe von Fakten belegt der Jahresbericht die Auswirkungen der Krise, die mit Einkommensrückgängen von 10 bis 15 % in fast dem gesamten Afrika und großen Teilen Lateinamerikas am stärksten sei. „Das durchschnittliche Verhältnis zwischen Gewicht und Alter bei kleinen Kindern, ein unentbehrlicher Indikator für normales Wachstum, fällt in vielen Ländern, für die Zahlen erhältlich sind.“

„In den 37 ärmsten Nationen wurden die Pro-Kopf-Ausgaben für Gesundheit um 50 % und die für Bildung um 25 % in den letzten paar Jahren verringert. Und in fast der Hälfte der 103 Entwicklungsländer, für die neue Informationen verfügbar sind, ist der Anteil der 6- bis 11jährigen in den Grundschulen jetzt rückläufig.“

Im Gegensatz zu ihren früheren Berichten benennt die UNICEF die Ursachen für den wirtschaftlichen Niedergang großer Teile der Dritten Welt und fordert Abhilfe. Zum Grund der Entwicklung notwendig sei, „Die harte Lektion der Schuldenkrise ist die, daß die Armen in schlechten wirtschaftlichen Zeiten am meisten gelitten haben und sie den geringsten Nutzen in guten wirtschaftlichen Zeiten hatten.“

„UNICEF beschäftigt sich mit Kindern und nicht mit dem Funktionieren der internationalen Wirtschaft. Aber in seiner täglichen Arbeit (...) schaut die UNICEF in ein Gesicht der heutigen internationalen Wirtschaftsprobleme, das nicht in den Korridoren der Finanzmacht gesehen wird, das sich nicht in den Statistiken der Schuldendienstraten widerspiegelt und das nicht an den Konferenzschaltern der Umschuldungsverhandlungen sitzt. Es ist das Gesicht des kleinen Kindes.“

„Es ist das kleine Kind, dessen individuelle Entwicklung heute und dessen gesellschaftlicher Beitrag morgen von der jetzigen Wirtschaft geformt werden.“ „Was wir sehen“, so Grant, „zwingt uns dazu, nicht mehr höflich über die Schuldenkrise zu diskutieren.“

Der Bericht verweist auf den Rückgang der Rohstoffpreise um 30 %, den Anstieg des

die schlimmsten Aspekte der Unterentwicklung bis zum Ende des Jahrhunderts zu besiegen.

Daß es mit sehr geringen Mitteln möglich ist, die gesundheitliche Versorgung der Kinder – trotz Schuldenkrise und Rezession – zu verbessern, macht der Bericht an mehreren Beispielen deutlich. So kann heute durch einen Anstieg der Impfquote von unter 10 auf über 50 % seit 1980 das Leben von 1,5 Mio. Kindern unter fünf Jahren gerettet werden.

Durch die Impfung aller Kinder könnten weitere 3 Mio der 14 Mio Kinder unter fünf Jahren, die jährlich sterben, überleben.

Die wichtigste Todesursache ist weiterhin die Dehydratation, die durch Durchfallkrankheiten ausgelöst wird. Ihnen fielen 1980 noch 4 Mio Kinder zum Opfer. Heute wird fast 1 Mio Kinder durch die billige und einfache Orale Rehydrierungstherapie (ORT) gerettet, die von 25 % der Familien angewendet wird.



Schuldendienstes auf 25 % der Exporte und den Nettotransfer von 20 Mrd \$ in die entwickelten Staaten.

Die UNICEF erklärt, daß es nicht ausreiche, die Schuldner zu befähigen, den Schuldendienst aufrechtzuerhalten. „Was notwendig ist, ist eine Kombination von Schuldenträger und verstärkter Hilfe, um die Türen zum Wachstum aufzuschließen. Ohne Wachstum werden wir höchstens die Möbel im Schuldnergefängnis umstellen.“

Die UNICEF geht jedoch davon aus, daß es nicht ausreiche, Verbesserungen in den Bereichen Schulden, Hilfe und Handel zu erzielen, sondern daß ein Wechsel der Richtung der Entwicklung notwendig sei. „Die harte Lektion der Schuldenkrise ist die, daß die Armen in schlechten wirtschaftlichen Zeiten am meisten gelitten haben und sie den geringsten Nutzen in guten wirtschaftlichen Zeiten hatten.“

„Wenn erneute Entwicklungsanstrengungen aus den Tiefen der Verschuldungskrise entstehen sollten, dann sollte die Erfüllung der Grundbedürfnisse aller Menschen nach angemessener Ernährung, sauberem Wasser, sicheren sanitären Einrichtungen, grundlegender Gesundheitsversorgung, angemessener Wohnung und Grundbildung Vorrang haben.“

Um diese Ziele zu erreichen sei es notwendig, in den 90er Jahren 30 bis 50 Mrd \$ jährlich zusätzlich aufzubringen. Die Hälfte dieser Summe müßte durch eine umfangreiche Hilfe im Rahmen eines „Paktes für wirkliche Entwicklung“ aufgebracht werden, um



Hungernde Kinder auf der philippinischen Insel Negros

„Wenn der Fortschritt in den 80er Jahren nicht durch die Auswirkungen der wirtschaftlichen Rezession abgewürgt wird“, so der Bericht, „können die Welt in zehn Jahren angesichts mehrerer Millionen Toten unter den kleinen Kindern der Welt durch Dehydratation auf eine barbarische Vergangenheit zurückblicken. In der industrialisierten Welt... ist die Bedeutung eines solchen Sieges in der Gesundheitsversorgung nur schwer vorstellbar. Seit 1945 hat die Dehydratation auf leisen Sohlen 150 Mio Leben gefordert – viel mehr als die kombinierte Zahl der toten Zivilisten und Soldaten der beiden Weltkriege.“

Anmerkung
Alle Zitate entstammen dem UNICEF-Bericht „The State of the World's Children 1989“, Neu-Delhi 1989

ROLANDE BORELLY

Binnenmarkt und Außenbeziehungen

Die gewachsene Rolle der EG

Die beschleunigte westeuropäische Integration, die mit der Schaffung eines EG-Binnemarktes bis 1992 einen vorläufigen Höhepunkt erreichen soll, hat Folgen auch für die Dritte Welt. Das deutet sich bereits in der aktuellen EG-Nahost- und Mittelamerikapolitik oder auch im neu zu verhandelnden Lomé-Abkommen mit den AKP-Staaten (Afrika, Karibik und Pazifik) an. Eine Art Bestandsaufnahme unternimmt der Beitrag der französischen Wissenschaftlerin Rolande Borelly (Universität Grenoble), den sie auf dem Gegenkongress der IWF/Weltbank-Kampagne in West-Berlin (siehe DRITTE WELT 11/1988) vortrug.

Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft haben 1986 ein neues Abkommen unterzeichnet, das vor sieht, daß an der Schwelle zu 1992 das Europa der Zwölf „ein Raum ohne Grenzen“ werden wird. Dieses Vorhaben des „großen Binnemarktes“ kann den Eindruck erwecken, daß die europäischen Länder einen Rückzug aus sich selbst begonnen haben.

Es kann als Widerspruch zu den Richtlinien der nächsten Lomé-Konvention (Lomé III trat am 1.3.1985 in Kraft und gilt bis 1990; d. Red.) erscheinen, die eine Verbreiterung oder besser eine Vertiefung der Beziehungen zu den AKP-Staaten (66 aus Afrika, der Karibik und dem Pazifik; d. Red.) vorsehen. Dem ist nicht so.

Die Einheitliche Europäische Akte und Lomé IV können beide dazu beitragen, Europa in eine neue kapitalistische Weltordnung einzugliedern. Die Einheitliche Europäische Akte sieht wesentliche Veränderungen des Systems der Gemeinschaft vor: Umwandlung der Entscheidungsverfahren, Veränderung der Rolle der verschiedenen Institutionen, Ausdehnung der Politik der Gemeinschaft auf neue Bereiche.

Mir scheint es ein Irrtum zu sein, sie ledig-

dieses neuen Vertrages.

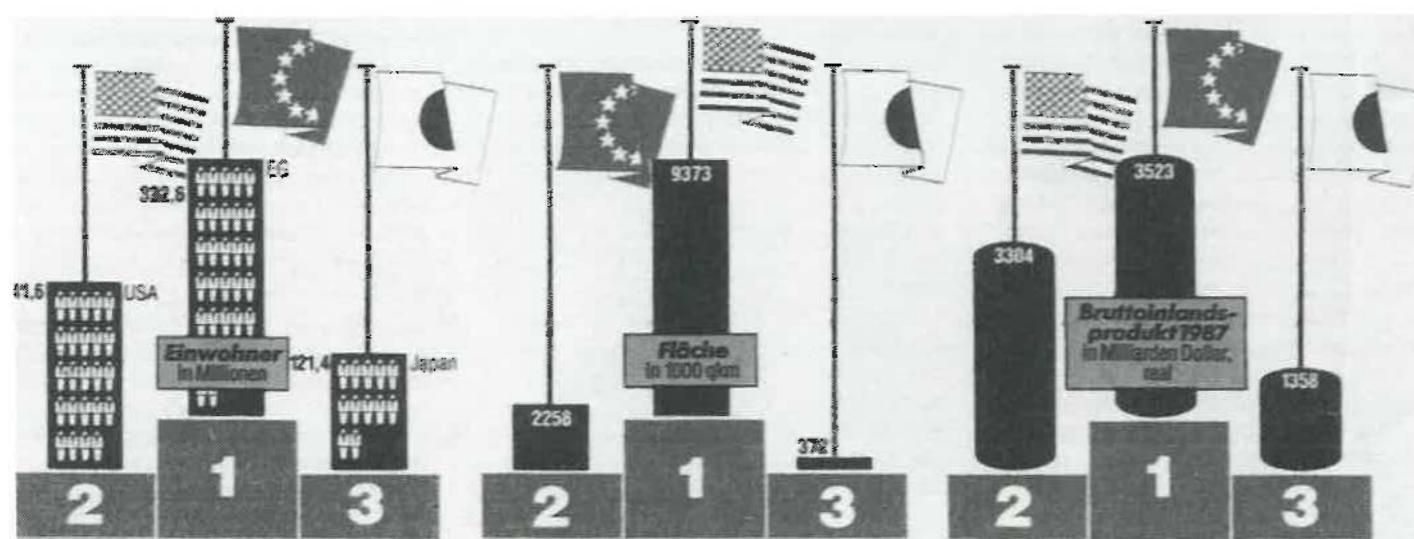
Sie erlauben keinen Zweifel an der Krise der Gemeinschaft, welche der Entscheidung des Europäischen Rates vom Dezember 1985 vorausgegangen ist.

Dieses Abkommen müßte fast als Waffenstillstand angesehen werden, angesichts der weiterhin starken Rivalitäten zwischen den Zwölf und besonders zwischen Frankreich, Deutschland und Großbritannien. Die Verantwortlichkeit Frankreichs für die Eröffnung dieser neuen Etappe des europäischen Aufbaus ist eindeutig. Dies ist zumindest ein Paradoxon, wenn wir uns an die geringe Unterstützung oder sogar die Feindseligkeit erinnern, die die EG gegenüber der ersten Regierung François Mitterands an den Tag legte. Aber vielleicht gilt es, zwischen zwei Übeln zu wählen: mehr Europa für weniger deutsche Vorherrschaft, d.h. weniger Macht in Frankreich für mehr Macht in Europa.

In der Tat, wenn in der Mitte der 80er Jahre von Europa gesprochen wird, handelt es sich nicht um das Europa, das diejenigen, die die Römischen Verträge unterschrieben haben, aufzubauen beabsichtigen. Die europäische Integration ist am Vorabend der Unterzeichnung der Einheitlichen Akte sehr wenig fortgeschritten, wenn damit die Schaffung eines zusammenhängenden Wirtschaftsraumes bezeichnet wird.

Dies zeigen deutlich die Schwierigkeiten beim Aufbau einer – zudem nicht sehr weitgehenden – Zusammenarbeit im Währungsbereich. Die einzigen bedeutenden „europäischen“ Unternehmungen wurden in der Tat außerhalb der Politik der Gemeinschaft verwirklicht (Airbus, Ariane).

Sicherlich ist der wirtschaftliche Austausch innerhalb der Gewerkschaft stark angewachsen, obwohl festgestellt werden muß,



dass diese Tendenz sich nach 1972 umgekehrt hat. Aber darin kann kein Integrationsphänomen auf einer gleichberechtigten Basis gesehen werden. Dieser Handel wird durch die deutsche Wirtschaft polarisiert. Und er enthüllt die Effekte ihrer wirtschaftlichen Vorherrschaft.

Struktur und Bilanz der Wirtschaftsbeziehungen der europäischen Staaten mit Deutschland tendieren dazu, sich denen zwischen unterentwickelten und entwickelten Ländern anzunähern. Diese deutsche Vorherrschaft verdeutlicht die Rolle der Mark im Vergleich zu den anderen Währungen des Europäischen Währungssystems (EWS). Europa wurde sogar als eine Art Mark-Zone analysiert.

Diese Situation ist nicht ohne Bezug zur Wirtschaftskrise. Einerseits hat sich der wirtschaftliche Integrationsprozeß, der mit den Römischen Verträgen einsetzte, Ende der 60er Jahre verlangsamt, wie alle Beobachter festgestellt haben. D.h. dies geschah zur gleichen Zeit, da die ersten Anzeichen dieser Krise sichtbar wurden, die sich noch bis heute fortsetzt. Andererseits hat sich der Prozeß der Zerstörung von Produktivkraftsystemen, der den Kern der Krise bildet, stark auf die europäischen Wirtschaften, und besonders auf diejenigen mit der ältesten Industrialisierung, ausgewirkt. Dadurch wurde dieser machtvolle Aufstieg der deutschen Wirtschaft begünstigt, der heute im Zentrum des europäischen Problems steht.

Aber die Analyse der Einheitlichen Akte muß über die ersten Feststellungen bezüglich der wirtschaftlichen und politischen Lage in Europa hinausgehen. Die Kräfteumgruppierung, die auf dieser Ebene stattfindet, ordnet sich in einen bestimmten globalen Zusammenhang ein.

Die Wirtschaftskrise hat schrittweise die kapitalistische Weltordnung zerstört, die das außergewöhnliche Wachstum der 50er Jahre und Anfang der 60er Jahre bestimmt hatte. Die Struktur der Weltwirtschaft brach schließlich durch den Prozeß der Zerstörung von Produktivkraftsystemen in jenem Zeitraum auseinander. Nachdem ein Jahrzehnt lang versucht wurde, dem Fall der Profite zu begegnen, verschärften sich die Widersprüche in der kapitalistischen Wirtschaft, wovon Handelsbilanzungleichgewichte, die Verschuldung und die unregelmäßigen Schwankungen der Wechselkurse zeugen.

Anfang der 80er Jahre ist die Krise in eine neue Entwicklungsphase eingetreten. Obwohl der Zusammenbruch nicht ausgeschlossen werden kann – der Oktober-Krach 1987 hat einige Illusionen über die Festigkeit des Finanzsystems gestört –, ist die Hauptsorge gegenwärtig die des Wiederaufbaus einer kapitalistischen Ordnung, die nur wenig mit der „trilateralen“ Vision der 70er Jahre zu tun hat.

Die deflationistische Politik hat den Weg geöffnet für eine Rückzugsbewegung des Kapitals auf Räume, die kleiner sind, aber besser beherrscht werden (es war ähnlich während der Großen Depression Ende des 19. Jahrhunderts und nach dem Krach von



Unterzeichnung des EWG-Vertrages am 25.3.1957 in Rom

trifft, und die es noch immer sind. Ich werde mich darauf beschränken, hier nur die wichtigsten zu benennen.

Die Länder der Dritten Welt – oder zumindest ein Teil von ihnen – waren unmittelbar von der europäischen Gründung betroffen. Ein Teil ihrer momentanen Probleme ist sicherlich noch auf die Politik zurückzuführen, die damals betrieben wurde.

Als das Europa der Sechs entstand, vereinte es Länder, die noch bedeutende Kolonialmächte waren (Frankreich, Belgien, Niederlande), und Länder, denen es nicht – oder nur

**MIT DER EG-GRÜNDUNG
WURDE ALLEN MITGLIEDERN
DAS RECHT ZUGESTANDEN, AN
DER AUSBEUTUNG DER
KOLONIEN MITZUWIRKEN**

für kurze Zeit – gelungen war, sich ein Imperium aufzubauen. Die Römischen Verträge gestanden letzten das Recht zu, an der Ausbeutung dieser Länder und dieser Völker mitzuwirken, die ihre politische Unabhängigkeit noch nicht errungen haben.

Es handelte sich dabei um eine politisch-wirtschaftliche Veränderung von Bedeutung. Die Öffnung der Einflußgebiete hat die Zerrüttung der Funktionsweise dieser beherrschten Wirtschaften ausgelöst und ihr Auseinanderbrechen verstärkt. Die Metropolen und ihre Kolonien bildeten strukturierte Einheiten: Produktivkraftsysteme. Ein Preis-

system und eine gemeinsame Währung stabilisierten den Beherrschungsprozeß.

Indem das Präferenzsystem des Austauschs zwischen den Metropolen und den Kolonien von der EG auf einen Schlag abgeschafft wurde, hat sie nicht nur die Bedingungen für die Rückkehr zur gewöhnlichen Ausplünderung geschaffen, sondern auch eine Entwicklung der wirtschaftlichen und sozialen Strukturen in Gang gesetzt, die durch die Unabhängigkeit nicht umgekehrt werden kann: Verfall der Landwirtschaft, Verstädterung und Wachstum der Elendsviertel, Auflösung der sozialen Strukturen usw. Dies könnte sehr konkret am Beispiel des Rückgangs der Erdnußpreise Mitte der 60er Jahre in Westafrika gezeigt werden.

Nach der ersten Konvention, die 1958 mit den Metropolen unterzeichnet wurde, welche als Vertreter der abhängigen Gebiete angesehen wurden, erneuerte die EG mehrmals mit den ehemaligen Kolonien des einen oder anderen Mitgliedslandes ein „Assoziierungsabkommen“, das mehr der Unterjochung als der Befreiung dieser Länder dienen sollte (Yaoundé, dann Lomé I, II und III).

Diese Konventionen haben nicht die kritische Aufmerksamkeit erhalten, die sie verdienen. Schnell wurde das strenge Urteil vergessen, das die Gruppe der 77 über sie gefällt hatte. Ihre Hauptrichtung war die der Verdrängung und der Integration in den Welt-

DIE SCHAFFUNG DES EG-BINNENMARKTES STEHT NICHT IM WIDERSPRUCH ZUR VERTIEFUNG DER BEZIEHUNGEN MIT DEN AKP-STAATEN

markt (mit dem gleichen Zerrüttungseffekt für die Preise).

Die Systeme zur Stabilisierung der Exporteinnahmen (Stabex und Sysmin), die ihre – oft mit dem Interesse verwechselte – Originalität ausmachten, sollten kurzfristigen Schwankungen entgegenwirken. Sie konnten die Folgen ihres Rückgangs jedoch nicht bremsen, der mit der zweiten Phase der Krise in einem Augenblick begann, als die Lage dieser Länder ohnehin aufgrund ihrer Verschuldung kritisch wurde.

Schließlich kann nicht vergessen werden, daß die EG, allgemeiner gesehen, fortwährend die Beibehaltung der bestehenden Ordnung in den Beziehungen mit der Dritten Welt unterstützt hat. Es reicht einerseits, an ihre feindliche Haltung zu den Entwicklungsländern zu erinnern, die Mitglied des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) sind (bis hin zur Streichung der Nahrungsmittelhilfe an Vietnam), und andererseits an ihre Gleichgültigkeit oder sogar ihre Verurteilung der Versuche, die einige Mitgliedsländer unternommen haben könnten, um mit einer Politik der Beherrschung der Länder der Dritten Welt zu brechen (der Fall Frankreichs 1981).

GEORG DIEDERICH

SPORT

„Südafrika muß weltweit isoliert werden – auch im Sport!“

Als eine der lôchrigsten Stellen des internationalen Sportboykotts gegen das Apartheidssystem Südafrikas haben sich jüngst einmal mehr die BRD und West-Berlin erwiesen. Zeitgleich starteten hiesige Spitzensportler eine Boykott-Initiative „Spiel nicht mit Apartheid“.

Sie wollen heute Abend den Weltmeisterschaftskampf zwischen Titelverteidiger Rocchigiani und dem Südafrikaner „Sugarboy“ Malinga bestrafen.“ Und Malinga selbst sekundierte mit der gewohnten Ausrede all derer, die den vom Internationalen Olympischen Komitee (IOC) 1970 und von der UNO 1980 beschlossenen Sportboykott gegen Südafrika brechen: „Ich bin Sportler und kein Politiker.“

Um den fadenscheinigen Eindruck zu erwecken, daß Malinga als Südafrikaner gar nicht für sein Land boxe, wurde auf Betreiben Sauerlands – entgegen aller sonstigen Gepflogenheiten bei Weltmeisterschaftskämpfen – auf nationalen Fahnen schmuck und das Abspielen der Landeshymnen verzichtet. Diesem Täuschungsmanöver widersprach allerdings das unübersehbare Engagement des Südafrikanischen Fernsehens (SABC): Der Rocchigiani/Malinga-Kampf wurde nicht nur in Südafrika ausgestrahlt, sondern er wurde auch vom SABC und damit de facto von der südafrikanischen Regierung finanziert.

Per Lautsprecherwagen, Transparenten und Flughätern wiesen zahlreiche Apartheidsgegner auf einen neuerlichen Bruch des internationalen Sportboykotts gegen Südafrika hin: den von der International Boxing Federation (IBF), dem kleinsten der drei Profibox-Weltverbände, initiierten Weltmeisterschaftskampf im Supermittelgewicht zwischen dem West-Berliner Titelträger Graziano Rocchigiani und dem schwarzen Südafrikaner Thulane „Sugarboy“ Malinga.

Angesichts der massiven Proteste stellte sich der smarte und mit allen Wassern gewaschene Box-Promotor und Rocchigiani-Manager Wilfried Sauerland erst einmal dumm: „Wir können doch nicht einen in Südafrika sowieso verfolgten Schwarzen noch einmal

Protestaktion von Anti-Apartheid-Gruppen vor der Deutschlandhalle während des WM-Boxkampfes Rocchigiani gegen Malinga (Foto r.)



kleideräume sind streng nach Hautfarbe getrennt, z.T. für die schwarzen Sportler auch gar nicht vorhanden.“ „Ursache für diese rassistische Diskriminierung im Sport“, so Ramsay, „ist die Politik der Apartheid, die der schwarzen Bevölkerungsmehrheit grundlegende Menschenrechte verweigert.“

Um die Rassentrennung in Sport und Gesellschaft tatsächlich zu überwinden, gibt es für Ramsay nur einen Weg: „Südafrika muß weltweit isoliert werden – auch im Sport!“ Der Profibox Weltverband WBC will deshalb auch die Promoter des Rocchigiani/Malinga-Kampfs sowie West-Berlin als Austragungsort von Boxveranstaltungen bannen.

WBC-Präsident Jose Sulaiman bezeichnete die erfolgreiche Titelverteidigung Rocchigianis (er gewann den Kampf gegen Malinga nach Punkten) als „Verstoß gegen die elementaren Prinzipien von Würde und Gleichheit aller Menschen.“ Zudem forderte er den z.Z. von allen Verbänden anerkannten Schwergewichts-Weltmeister Mike Tyson auf, den Meistergürtel der IBF abzugeben, wenn der Verband nicht unverzüglich sämtliche Sportkontakte mit Südafrika abbrechen würde.

So hat sich nach dem Internationalen Tennis-Verband, der Johannesburg aus dem Grand-Prix-Turnierplan strich, Ende Januar d.J. sogar die Internationale Cricket-Konferenz (ICC), eine traditionelle Bastion des Apartheidssports, dem Südafrika-Boykott angeschlossen. Im Oktober 1988 trafen sich in Simbabwes Hauptstadt Harare gar Vertreter des nur für Weiße reservierten Rugby-Verbands des SARB und Delegierte des schwarzen Rugby-Verbandes SARU mit dem Afrikanischen Nationalkongress (ANC). Wenige Tage danach fanden in Lusaka (Sambia) ebenfalls Gespräche zwischen Funktionären der Nationalen Fußball-Liga (NSL), des Südafrikanischen Fußball-Verbands (SASA) und dem ANC statt.

In beiden Fällen ging es um die Beseitigung jeglicher Rassenschränke im südafrikanischen Sport und um die Bildung nicht-rassistischer Verbände. Und da selbst die beiden großen Weltverbände der Profiboxer, WBA und WBC, kaum noch etwas von Südafrika wissen wollen, kam der kleine und willfährige IBF, dessen Titelträger Rocchigiani ist, den Rassisten am Kap gerade recht.

Mit Malinga schickten sie einen schwarzen Sportler ins Ausland, der sich sogar gegen Apartheid aussprechen durfte. So sollten seine Startchancen verbessert und die anscheinende Ungerechtigkeit des Boykotts vorgeführt werden. Die damit suggerierte „Chancengleichheit“ von weißen und schwarzen Sportlern weiß Sam Ramsay, Präsident des exilierten nicht-rassistischen Olympischen Komitees (SANROC), allerdings zu widerlegen:

„Zwar gibt es inzwischen in Südafrika auch gemischten Sport. Doch sobald die Sportler das Spielfeld verlassen haben, gehen sie getrennte Wege. Denn Duschen und Um-

Jahren aus dem gleichen Grund einen britischen Paß ausstellen ließ.

In einer Presseerklärung der Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) heißt es denn auch: „Spätestens seit dem Fall Zola Budd ist bekannt, daß die südafrikanische (Sport)Politik auch den Verlust der offiziellen südafrikanischen Staatsbürgerschaft in Kauf nimmt, damit Sportler und Sportlerinnen südafrikanischer Herkunft im Ausland an Wettkämpfen teilnehmen können. Diese werden innerhalb und außerhalb Südafrikas trotz ihrer veränderten Staatsbürgerschaft als SüdafrikanerInnen angesehen und entsprechend von den in Südafrika de facto staatlich kontrollierten Medien vermarktet. Der Apartheidstaat versucht durch diese Taktik, den Sportboykott zu unterlaufen und sich auf dem internationalen Parkett salofähig zu machen.“

Die AAB forderte deshalb vom Deutschen Leichtathletik-Verband und vom Deutschen Sportbund, den Boykottbruch im Fall Desirée Du Plessis zu verhindern. In besagter Presseerklärung der AAB heißt es abschließend:

„Der mit dem WM-Boxkampf Graziano Rocchigiani gegen Thulane Malinga am 27.1.89 in West-Berlin erfolgte Bruch des Sportboykotts gegen Südafrika hat dem Ansehen des bundesdeutschen Sports bereits international geschadet. Eine zögerliche oder gar die Position Du Plessis unterstützende Haltung des Deutschen Leichtathletik-Verbandes und/oder des Deutschen Sportbundes würde diesen Schaden weiter vergrößern.“



Broschüre „Spiel nicht mit Apartheid“

Eine neue Broschüre der Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) mit dem Titel „Spiel nicht mit Apartheid“ bietet ausführliche Informationen über den Sport in Südafrika und die Entwicklung des internationalen Sportboykotts. Spitzensportler äußern sich zum Thema Apartheid und zum Sportboykott. Zudem werden Beispiele der Kollaboration zwischen der Bundesrepublik und Südafrika sowie Protestmaßnahmen vorgestellt.

Die 28seitige Broschüre kann zum Preis von 2,50 DM plus Versandkosten bei der AAB-Geschäftsstelle, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1, bestellt werden.

Der Grund liegt auf der Hand: Desirée Du Plessis will einen bundesdeutschen Paß, um den internationalen Sportboykott zu umgehen. Deshalb ist sie hier. Und deshalb ähnelt ihr Fall auch dem von Zola Budd, die sich vor

Thesendiskussion

Internationalismus auf neuen Wegen?

Am Anfang stand die Erkenntnis, daß wir uns in einer weltweiten Umbruchssituation befinden, daß die aufgeworfenen neuen Fragen eine Weiterentwicklung der programmatischen Grundlagen internationaler Solidarität erforderlich machen. Dies veranlaßte im vergangenen Jahr das Antimperialistische Solidaritätskomitee (ASK), in einen Diskussionsprozeß einzutreten. Als Grundlage diente zunächst ein ausgedehnter Thesenentwurf von Peter Wahl (ASK-Sekretär), dem, in Auswertung der IWF/Weltbank-Kampagne, ein Papier von Rainer Falk (ASK-Mitarbeiter) folgte. Auf einem Ratschlag des Komitees vom 3./4. Dezember 1988 in Frankfurt wurden sodann weitere Kurzthesen vorgetragen von Werena Rosenke (AKAFRIK Münster/Bundeskongress Entwicklungspolitischer Aktionsgruppen – BUKO), Wolfgang Treiber (BUKO), Andrea Arcalis (Jungdemokraten) und Klaus D. Fischer (ASK-Mitarbeiter). Der Meinungsstreit wurde von vornherein so angelegt, daß er verschiedene Strömungen der Solidaritätsbewegung einschließen, also über das Spektrum des ASK (Judos, Falken, DKP, SDAJG, DFG/VK, Naturfreundejugend usw.) hinausreichen sollte. Wir sind bestrebt, diese Diskussion in ihrer ganzen Breite wiederzugeben und zu vertiefen. Wir fordern hiermit alle Beteiligten und noch außen vor gebliebenen Kräfte auf, sich mit eigenen Kurzthesen (Richtwert: max. 160 Zeilen à 43 Anschläge) oder kritischen Anmerkungen zu Wort zu melden.

PETER WAHL

Solidarität im Umbruch

Thesen zur Standortbestimmung der internationalistischen Solidarität

II. Die globalen Probleme

3. In den letzten Jahrzehnten dieses Jahrhunderts hat sich ein einzigartiger Einschnitt in der Menschheitsgeschichte ergeben: Es wurde die „Fähigkeit“ zur Selbstvernichtung der ganzen Gattung hervorgebracht. In den 30–60 000 Jahren, in denen der Homo Sapiens in seiner derzeitigen biologischen Verfassung existiert, sind zwar immer wieder ganze Völker untergegangen, haben Naturkatastrophen, Seuchen gesellschaftlich bedingtes Elend und Gewaltherrschaft, Kriege und Genozid Hunderte von Millionen Tote gekostet, doch so furchterlich dies war und ist, das menschliche Leben ging weiter, der Fortgang von Geschichte und Zukunft konnte als selbstverständlich vorausgesetzt werden, die Existenz der Gattung war niemals gefährdet.

Dies ist heute anders. Die sog. globalen Probleme können, sofern nicht bald eine Lösung gefunden wird, zu einer weltweiten Katastrophe führen, die die Zivilisation vernichtet und alles menschliche Leben auslöscht.

4. Drei Problemkomplexe sind es vor allem, in denen das menschheitsbedrohende Potential konzentriert ist:

- Krieg, Rüstung, Massenvernichtungswaffen;
- Zerstörung der Umwelt und möglicherweise der gesamten Biosphäre des Planeten;
- Unterentwicklung und Elend in der „Dritten Welt“.

5. Innerer Zusammenhang dieser Entwicklung, ihre Ursache und Antriebskraft, ist eine deformierte Entwicklung der Produktivkräfte im Wechselseitverhältnis mit einem Prozeß fortschreitender Internationalisierung. So hat sich eine zunehmende Globalisierung von Produktions- und Lebensbereichen

und wachsenden Interdependenzen ergeben, die die alte humane Utopie von der einen Welt, den Traum des „alle Menschen werden Brüder!“ in pervertierter Form verwirklicht hat.

Heute haben wir die „eine Welt“ und die „eine Menschheit“ als reale, soziale Kategorie. Sie kam schneller und vor allem anders, als wir sie uns erhofft hatten. Nämlich nicht als ihrer selbst bewußtes und handlungsfähiges Subjekt ihrer Geschicke, sondern als Zwangsgemeinschaft einer vom Untergang bedrohten Gattung.

6. Die überkommenen Segmentierungen der Weltgesellschaft werden beträchtlich relativiert. Politik nur im nationalen Rahmen ist unmöglich geworden. Politik nur im Rahmen klassenmäßiger Kategorien ist unmöglich geworden. So etwas wie eine „Weltinnenpolitik“, in der die Lösung der globalen Probleme Priorität vor allem anderen hat, steht auf der Tagesordnung.

Die entscheidende strategische Problemstellung, die sich angesichts dieser Bedrohungslage zwingend für alle Politik, in allen Lebensbereichen ergibt: Die Menschheit muß zum bewußten und handlungsfähigen Subjekt gegenüber den globalen Bedrohungen werden und dies innerhalb eines historisch kurzen Zeitraums von 1 bis 2 Generationen. Denn der Zeitfaktor hat einen neuartigen, geradezu dramatischen Stellenwert bekommen, der „point of no return“ kann jederzeit überschritten sein.

7. Allerdings: Die Gefährdungsgemeinschaft Menschheit ist in vielfältige Segmente zerteilt, in denen unterschiedliche, oft antagonistische Interessen herrschen: Klassen, Nationen, Staaten und Staatenbündnisse, Religionsgemeinschaften etc. und vor allem zwei Gesellschaftssysteme, die sich

in zwei gigantischen Militärblöcken gegenüberstehen.

Die Lösung der globalen Probleme muß unter diesen Bedingungen angegangen werden und diese Bedingungen werden auch den Charakter der Lösungen in hohem Maße mitbestimmen. Idealtypisches, die „Verwirklichung der reinen Lehre“ wird es nicht geben.

8. Die singulären Züge unserer Epoche erfordern neue Politikkonzepte. Die traditionellen Theorien und Strategien – gerade auch der Linken – befinden sich in der Krise und im Umbruch. „Business as usual“ ist nicht mehr möglich. Alle Politikbereiche müssen auf die neue Situation hin überdacht und verändert werden. Kein Inhalt, keine Arbeitsweise, kein Konzept, daß von der neuen Konstellation unberührt bleiben könnte!

III. Humanismus

9. Gemeinsamer Nenner der unterschiedlichsten Ansätze von Solidarität war von je die Absicht, zur Veränderung von Verhältnissen beizutragen, in denen der Mensch ein geknechtes und ausgebeutes Wesen ist. Dies, nämlich realer Humanismus, ist die Essenz aus einem Verständnis von Solidarität, das aus christlicher Nächstenliebe gespeist ist, ebenso wie es der Kern antipatriotischer Solidarität, von proletarischem Internationalismus oder anderen Konzeptionen ist. Das Bewußtsein dafür ist in der Kleinarbeit des Alltags oft verschüttet – und die Erinnerung daran deshalb – zu Unrecht – oft im Geruch der Sonntagsrede.

10. Die Bedeutung eines realen Humanismus, in dessen Gravitationsfeld Solidaritätsbewegung wie alle fortschrittliche Politik sich bewegt, bleibt nicht nur erhalten, sondern bekommt heute eine zusätzliche Dimension: Humanität meint jetzt auch, er-

zwungen vom Druck der globalen Probleme, Menschheit als Reales, als Materielles, nicht nur als philosophischen Begriff und als utopischen Entwurf.

Das Denken in Gattungskategorien bekommt so – gut materialistisch – seine Basis.

Humanität ist Menschlichkeit und Menschheit zugleich, Humanismus ist Menschlichkeit, die in doppelter Sinne die Menschheit umgreift – jedes einzelne Individuum und die Gattung als Ganzes.

11. Ein so aus unserer menschheitsgeschichtlichen Situation heraus definierter Humanismus wäre auch für die Solidaritätsbewegung die Plattform, auf der ansonst politisch, ideologisch, philosophisch, weltanschaulich unterschiedliche und gegensätzliche Positionen – unter Beibehaltung ihrer Identität – zusammenwirken können. Er könnte zugleich das Fundament eines im einzelnen noch zu entwickelnden Konzepts eines „Neuen Internationalismus“ werden. In ihm sind konzeptionell bereits wichtige Elemente eines solchen Neuen Internationalismus enthalten – wie die ganzheitliche Sicht der Welt und die sich daraus ergebenden Interessenzusammenhänge, die Überlebensfragen der Menschheit sowie die Verknüpfung untereinander – und damit die Vernetzung der unterschiedlichen Überlebensbewegungen über thematische und über nationale Grenzen hinweg.

IV. Die Dritte Welt im Geflecht der globalen Probleme

12. Die Rüstungslasten, die mit dem Wettrüsten verknüpfte Konfrontationspolitik, die Übertragung des Ost-West-Konflikts auf die Dritte Welt, die vielen regionalen und lokalen Kriege in Afrika, Asien und Lateinamerika binden nicht nur gigantische Ressourcen, die für die Entwicklung gebraucht werden, sondern verursachen bereits aktuell für Dutzende von Ländern einen katastrophalen Aderlaß.

Das Ausmaß an Betroffenheit und menschlichem Leid, das die Militarisierung der Welt hervorruft, ist in der Dritten Welt unvergleichlich größer als im Norden.

13. Auf dem Hintergrund von Unterentwicklung haben auch die ökologischen Probleme eine besondere Brisanz. Die Abholzung der tropischen Regenwälder hat bereits eine akute Bedrohung des globalen Klimagleichgewichts zur Folge.

Die Ausbreitung von Wüsten und Dürregebieten infolge von Eingriffen in das ökologische Gleichgewicht führt zur Zunahme von Hungerkatastrophen. Auch die negativen Auswirkungen von industriellen Großanlagen, die Handhabung gefährlicher Technologien (AKW's, Gentechnologie u.a.), Giftmüllexport etc. sind unter den Bedingungen der Unterentwicklung noch weitaus dramatischer als im Norden.

14. Ohnehin bereits niedergedrückt von ökonomischer Unterentwicklung und Abhängigkeit verschlammern also die globalen Problemkomplexe Militarismus und Ökologie den Teufelskreis der Verelendung. Politische Instabilität, die Zerrüttung der Gesellschaften, eruptive Ausbrüche von Gewalt, Konflikten, Bürgerkriegen und regionalen Kriegen – mit der Möglichkeit, eine globale Kettenreaktion auszulösen – nehmen zu. Die Probleme der Dritten Welt werden so zum Katalysator für die Verschärfung der weltweiten Bedrohungen. Insoweit ist die Überwindung der Unterentwicklung auch aus der Interessenlage des Nordens heraus ebenso notwendig wie Abrüstung und die Bewahrung der Umwelt.

15. Der weltweite Prozeß der Internationalisierung (siehe These 5) vollzieht sich unter der Hegemonie der imperialistischen Metropolen. Es ist eine kapitalistisch deformierte Vergesellschaftung, die für die Entwicklungsländer sich in der Zwangs-

integration in den Weltmarkt, in wachsender Abhängigkeit und neokolonialer Ausplünderung äußert. Die letzten Residuen autonomer Wirtschafts- und Lebensweise fallen. Alle Lebensbereiche werden von Krisenerscheinungen durchwuchert.

16. Diese Entwicklung ist im wesentlichen auf die Durchsetzung eines „marktradikalen Neoliberalismus“ („Reaganomics“) in der Weltwirtschaft und der konservativen Herrschaft in den Metropolen zurückzuführen. Der Erfolg dieser aggressiven Konzepte hat die entwicklungspolitischen Hoffnungen auf die Emanzipationsperspektiven der späten 60er Jahre zerschlagen.

17. Mit der riesigen Schuldenlast von über 1 Bio \$ ist sogar ein neuer Ausbeutungsmechanismus im System des Neokolonialismus entstanden, der einen Nettoressourcentransfer von Süd nach Nord zur Folge hat.

Zugleich vertieft die Verschuldung die strukturelle Einbindung des Südens in die kapitalistische Weltwirtschaft, erhöht die einseitige Abhängigkeit der Entwicklungsländer, festigt und entwickelt die Hegemonie des kapitalistischen Sektors und ist ein Hebel für politische Erpressung. Die Lösung der Schuldenkrise ist daher zur entwicklungspolitischen Schlüsselfrage geworden.

18. Auch mit der wissenschaftlich-technischen Revolution bildet sich eine neue Dimension im System der neokolonialen Ausbeutung heraus. Der technologische Vorsprung des Nordens nimmt ebenso sprunghaft zu, wie die technologische Abhängigkeit der Entwicklungswelt. Im Zuge der Computerisierung sind schon heute 98 % aller technologischen Daten auf Datenbanken im Norden konzentriert.

19. Im Ergebnis dieser Prozesse müssen auch jene Entwicklungsländer, die nach der Erringung der politischen Unabhängigkeit die Möglichkeit zu haben schienen, für gesellschaftspolitische Alternativen zum kapitalistischen Entwicklungsweg zu optieren, kapitulieren.

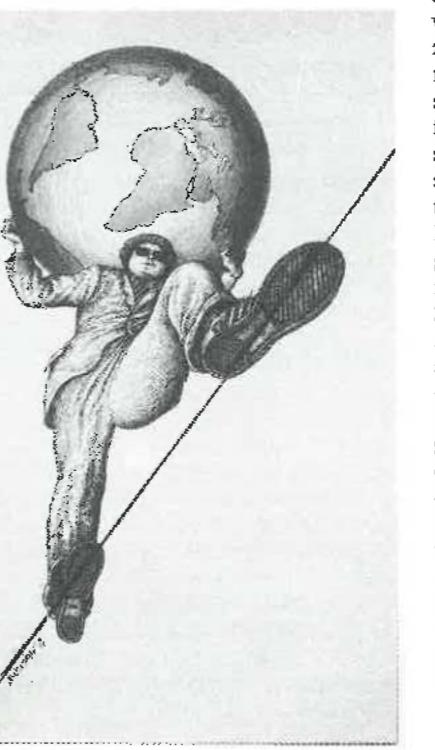
Die Möglichkeiten, einen nichtkapitalistischen

Entwicklungswege, ohne daß formale Strukturen z.B. durch Regierungswechsel o.ä. gebrochen werden, unterbrochen und um- bzw. zurück in den kapitalistischen Mutterschoß gelenkt werden. Gleichzeitig wächst damit die Fähigkeit des Imperialismus zur Durchsetzung systemkonformer Krisenlösungen für marode Diktaturen und Militärregimes (Philippines, Sudan, Haiti, Chile).

V. Zunehmende Differenzierungen

21. Im Prozeß der Internationalisierung und Herausbildung einer ganzheitlichen Welt ist zugleich eine Tendenz zu wachsender Differenzierung und Vielfalt enthalten. Die Unterschiede z.B. im Entwicklungsniveau der sog. „Newly Industrialized Countries“ (Südkorea, Taiwan, Singapur), der reichen OPEC-Staaten und der Gruppe der am wenigsten entwickelten Länder sind enorm und nehmen weiter zu. Auch politische Unterschiede nehmen zu. Die Differenz zwischen einer politischen und militärischen Großmacht wie Indien, die inzwischen die Rolle einer regionalen „Ordnungskraft“ in Südostasien spielt, und z.B. den pazifischen Inselstaaten kann kaum größer sein. Hinzu kommen historisch bedingte Unterschiede, ideologische, kulturelle etc. Vielfalt. Gerade als Konsequenz aus der Internationalisierung werden diese Differenzierungen deutlicher wahrgenommen, um sich als solche im internationalen System zu manifestieren.

22. Diese Differenzierungen können auch zum Auslöser von Konflikten werden. Nationale, ethnische, rassistische, religiöse Probleme, Stammes-, Grenzkonflikte und Hegemonialkämpfe rivalisierender Eliten (Golfkrieg!) können zu Bürgerkriegen und regionalen Kriegen eskalieren. Angesichts der weltweiten Interdependenzen geht auch von diesem Konflikttypus eine globale Bedrohung aus. Der Ost-West-Konflikt im allgemeinen und der Imperialismus im besonderen sind am Ausbruch dieser Konflikte in der Regel nicht ursächlich beteiligt. Dies gilt natürlich erst recht für Kriege zwischen sozialistischen Ländern (VR China-Vietnam) und zwischen progressiven Bewegungen, Organisationen etc.



23. Die wachsende Differenzierung und die neue Problemlage findet ihren Reflex auch in der Entstehung neuer politischer Formationen, sozialer Bewegungen und Organisationen. Sehr häufig geschieht das außerhalb der uns geläufigen organisatorischen und ideologischen Schemata. Dazu gehören so unterschiedliche Erscheinungen wie die Selbsthilfeorganisationen von Slumbewohnern, Überlebensgemeinschaften bedrohter Minderheiten, neuartige Zusammenschlüsse von Frauen, religiös begründete Bewegungen, darunter der viel diskutierte Fundamentalismus.

Viele dieser neuen Akteure verfolgen Interessen, die mit denen der Solidaritätsbewegungen der Metropolen konvergieren. Gewisse Ähnlichkeiten mit den neuen sozialen Bewegungen in den Metropolen sind unverkennbar. Sie sind, so wie Befreiungsbewegungen, Gewerkschaften und andere progressive Organisationen in der Dritten Welt, unsere Partner.

Kompliziert wird es in einigen Fällen, wie etwa bei den islamischen Fundamentalisten, nationalstisch-separatistischen Strömungen o.ä., die sehr widersprüchliche Erscheinungen sind. Dem völlig legitimen Moment von Widerstand gegen den Verlust von Identität, das ihnen oft eignet, sind wiederum Elemente beigebracht, die mit dem humanistischen Anspruch internationaler Solidarität unvereinbar sind.

Hier kann nur die kenntnisreiche Analyse des Einzelfalls helfen. In jedem Fall werden wir – mehr als früher – die Spezifität der einzelnen Länder und Bewegungen, stärker die sog. Überbauphänomene, Tradition, psychologische Faktoren berücksichtigen müssen. Von vereinfachten politischen Schemata, von klassenreduktionistischen Stereotypen u.ä., die uns in der Vergangenheit eine ganze Reihe von Fehlurteilen einbrachten, müssen wir uns trennen.

24. Von epochaler Bedeutung ist der Aufbruch der Frauen. Die Konsequenzen erstrecken sich natürlich auch über die Dritte Welt. Das Patriarchat hält auch dort allen Lebensbereichen und Problemfeldern an, ebenso wie es die Solidaritätsbewegung durchdringt. Bisher sind die damit zusammenhängenden Fragen kaum aufgearbeitet. Unser Spek-

trum der Solidaritätsbewegung hat hier einen großen Nachholbedarf. Praktisch stehen wir noch bei Null.

VI. Zur Imperialismusanalyse

25. Die herkömmliche Imperialismusanalyse ist in der Diskussion. Es wird die Frage aufgeworfen, ob sie unter den heutigen Bedingungen nicht weiterentwickelt und modifiziert werden muß. Eine schwierige Diskussion, die an Grundfesten unseres Selbstverständnisses röhrt. Da werden Ängste und Abwehr mobilisiert, Identitäten scheinen auf dem Spiel zu stehen.

Aber wir werden uns den Fragen stellen müssen. Einige dieser Fragen sind:

- Schaffen die globalen Menschheitsprobleme neue Existenzbedingungen auch für den Imperialismus, und vermögen sie ihn – in welcher Form auch immer – zu modifizieren?

● Welche Auswirkungen hat die Existenz des sozialistischen Systemantagonisten auf den Imperialismus?

- Ist der Imperialismus friedensfähig?

● Wenn ja, bezieht sich die Friedensfähigkeit nur auf den Ost-West-Gegensatz und einen großen Weltkrieg, oder könnte sie sich auch auf das West-Süd-Verhältnis erstrecken?

- Ist der Imperialismus ohne Neokolonialismus denkbar und lebensfähig?

● Wenn nicht, wie realistisch sind die Forderungen nach einer gerechten Weltwirtschaftsordnung? Welche Perspektiven hätte dann die Dritte Welt unter den gegebenen Machtverhältnissen?

- Wenn ja, worauf gründet diese Hoffnung?

● Welche Perspektiven ergeben sich für den metropolitanen Kapitalismus aus der wissenschaftlich-technischen Umwälzung? Neue Reserven? Neue Widersprüche? Macht sie den Neokolonialismus weniger notwendig oder gar überflüssig?

● Welche Konsequenzen ergeben sich für den Neokolonialismus aus möglichen Abrüstungsmaßnahmen?

- Ermöglichen Abrüstungsmaßnahmen einen Ressourcentransfer in die Entwicklungsländer („Entwicklung durch Abrüstung“)?

● Wenn ja, unter welchen entwicklungspolitischen Bedingungen?

● Ist ein Begriff von dem Imperialismus differenziert genug? Welche Rolle spielen heute Interessen-Divergenzen zwischen imperialistischen Zentren? Bedeutung der westeuropäischen Integration? Welche Interessendifferenzierungen gibt es wiederum innerhalb einzelner Imperialismen?

● Bestehen im Imperialismus systemimmanente Interessen an der Lösung der globalen Probleme? Falls ja, wie könnte sich internationalistische Politik dazu verhalten?

● Wie produktiv ist heute Imperialismusanalyse unter der Perspektive von Kräfteverhältnissen?

VII. Die Rolle der sozialistischen Länder

26. In der interdependenten Welt können die Entwicklungsperspektiven der Dritten Welt nicht abstrahiert von einem weltpolitisch so gewichtigen Faktor wie die sozialistischen Länder betrachtet werden. Das Ost-West-Verhältnis, das Ost-Süd-Verhältnis und die innere Entwicklung der sozialistischen Länder waren für die Dritte Welt von Bedeutung und werden es zukünftig bleiben. Folglich muß dies auch in der Solidaritätsbewegung thematisiert werden. Die Veränderungen in der UdSSR sind dabei sehr hilfreich. Sie erleichtern einen unverkrampften und sachlichen Umgang mit den Problemen.

Nicht nur die UdSSR und ihre sozialistischen Verbündeten müssen in die Analyse eingehen. Wir müssen auch die VR China, die seit dem Scheitern des Maoismus (der in der Solidaritätsbewegung eine große Rolle spielte) unserer Aufmerksamkeit entging, wieder ins Blickfeld nehmen.

Die Veränderungen in der Sowjetunion sind nicht nur Folge einer inneren Krisenentwicklung, sondern auch die Reaktion auf den Umbruch der internationalen Situation, insbesondere auf die Herausforderungen der globalen Probleme. Die Stellung der UdSSR im internationalen System wird sich im Zuge der Perestroika wandeln, ebenso wie ihre Außenpolitik. Dies wirkt sich natürlich auch in hohem Maße auf die Dritte Welt aus.

Mit der Verarbeitung dieser Entwicklung hat die Solidaritätsbewegung noch kaum begonnen.

Peter Wahl, Frankfurt/M. ist Sekretär des Antimperialistischen Solidaritätskomitees.

RAINER FALK

„Neuer Internationalismus“ in der Solidaritätsbewegung

1. Die wachsende Bedeutung globaler Probleme und Bedrohungen wird heute weit hin anerkannt. Dennoch stellt sich die Frage, ob die westliche Linke in der Lage sein wird, den Diskurs über die globalen Probleme für sich zu „besetzen“, oder ob sie dies den aufgeklärten Sektoren der bürgerlichen Öffentlichkeit überläßt. Die theoretischen Schwierigkeiten der Linken bei der Analyse globaler Probleme resultieren offensichtlich gerade daraus, daß sich ihre Zuspitzung zwar unter den Bedingungen kapitalistischer Globalität vollzieht, eine auf den „klassischen“ imperialistisch-theoretischen Verursachungszusammenhang beschränkte oder reduzierte Argumentation jedoch weder in der Lage ist, die kumulativen, sich selbst verstärkenden Wirkungen der globalen Probleme, noch ihre tieferliegenden Verknüpfungen mit gesellschaftlichen Krisenprozessen hinreichend zu erklären. Notwendig ist deshalb der Abschied von eindimensionalen, auf die Systemauseinandersetzung, die Frage des „Kräfteverhältnisses“ usw. verengten und schablonenhaften Erklärungsmustern.

2. Die Krisenhaftigkeit kapitalistischer Entwicklung (im übrigen auch die aktuellen Krisen- und Vorkrisenprozesse in den Ländern des „realen Sozialismus“) und die Herausbildung globaler Bedrohungen sind heute vor allem über die objektive Tendenz zu wachsender Internationalisierung und sprunghafter Produktivkraftrevolutionierung miteinander verknüpft. Die Crux liegt zum großen Teil darin, daß – bei wachsender Interdependenz von Problemen – die Steuerungs- und Regulierungskapazitäten, die zur Bearbeitung dieser Probleme zur Verfügung stehen, allenthalben abgenommen haben. Doch es ist zugleich eben dieses Feld von Widersprüchen, aus dem sich heute die Ansatzpunkte für alternatives (in der Perspektive auch systemüberwindendes) politisches Handeln entwickeln läßt und in der täglich erlebten Praxis auch entwickelt.

3. Was die Dritte Welt betrifft, so ist heute eine Entwicklungskrise in umfassendem Sinne unübersehbar, die einhergeht mit einer Tendenz zur „Rekolonialisierung“, die jeglichen Emanzipationsbe-

löst werden können. Im Ergebnis kommt es zur Blockade von (ohnehin deformierten) Entwicklungsprozessen, bisweilen auch zu Rückentwicklungen in Form von De-industrialisierungsprozessen und (Beinahe-)Zusammenbrüchen. Infolge des inzwischen erreichten Grades der internationalen Verflechtung stellt sich das Problem der Rückwirkungen internationaler Krisenprozesse auf die Systeme und Bevölkerungen in den Zentren heute jedoch auf besonders dringliche und neue Weise. In ihrer Verknüpfung mit globalen Problemlagen und vermittelt über einen sich wandelnden Typ der internationalen Akkumulation bleiben die Metropolen von diesen Entwicklungen nicht verschont. (Stichworte wären hier u.a. die mit dem Begriffen „Neue Internationale Arbeitsteilung“ und „Neue Internationale Finanzordnung“ (Schuldenkrise) verbunden, teilweise gravierende Herausforderungen für die traditionelle Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung.)

5. Die Entwicklungskrise der Dritten Welt erweist sich in dieser Perspektive jedoch nur als ein Moment einer umfassenden Krise des kapitalistischen Regulationsmodus der Nachkriegsperiode. Dabei handelt es sich zugleich um einen Prozeß der Neu- bzw. Restrukturierung der internationalen Ordnung (Neubestimmung von Hegemonial- und Marktstrukturen; Aushöhlung und Erschöpfung nationalstaatlicher und internationaler Steuerungskapazitäten, Tendenz zu handelspolitischen Konflikten und Turbulenzen im internationalen Kreditsystem usw.). Es ist offenkundig, daß angesichts einer solchen Konstellation die Linke nicht weniger, sondern mehr Internationalismus braucht. Dieser Internationalismus wird sich weder auf die bilaterale Unterstützung einzelner Bewegungen an den „Brennpunkten“, noch auf die Zusammenarbeit einzelner ideologischer Richtungen, etwa der kommunistischen oder der sozialistisch-sozialdemokratischen Parteien, beschränken können.

6. Zwar bleiben internationale kapitalistische Ausbeutung und sich verschärfende soziale Widersprüche im Innern ein permanenter Nährboden für die Entstehung sozialer Befreiungsbewegungen und -tendenzen. Die Sicherung des elementarsten Lebensrechts der in ihrer Mehrheit unterdrückten und abhängigen Bevölkerung der Peripherieländer bleibt unter diesen Bedingungen eine mobilisierende Vision des Befreiungskampfes. Doch stößt diese immer deutlicher an die Grenzen „äußerer“, weltwirtschaftlich bedingter Zwangsverhältnisse. Der Kampf um eine neue Weltwirtschaftsordnung, verstanden im Sinne grundlegend neugestalteter internationaler Rahmenbedingungen, bleibt deshalb ein vordringliches Problem der Dritten Welt. Ein „neuer Internationalismus“ wird sich unter diesen Bedingungen nicht mehr nur negativ auf die Kritik des bestehenden Systems und der bestehenden Verhältnisse (im Sinne des traditionellen „Antimperialismus“) beschränken können, sondern überzeugende Gegenentwürfe, ebenso radikale wie realistische Alternativen zum herrschenden Status quo formulieren müssen. Er wird sich dabei zugleich und vorrangig an den Überlebensanforderungen des Atomzeitalters zu orientieren haben.

7. Das vielzitierte, von der Sowjetunion ausgehende „neue Denken“ ist in vielerlei Hinsicht eine Reaktion auf diese neuen Herausforderungen. Seine verschiedenen Elemente fügen sich zusammen – vgl. zuletzt die UNO-Rede Gorbatschows – zur Vision einer neuen Weltordnung. Die westliche Linke wird dies nutzen, sich jedoch nicht auf deren bloße „Propagierung“ beschränken können, sondern die eigentliche Herausforderung und Chance darin sehen müssen, mit eigenen Strategien und Konzeptionen in den laufenden Prozeß der Restrukturie-

lung der internationalen Ordnung einzutreten. Ähnliches gilt für den Perestroika-Prozeß im Innern: Hier geht es über die Korrektur von Fehlentwicklungen und die schonungslos-kritische Aufarbeitung der Vergangenheit hinaus letztlich um die Rehabilitation der sozialistischen Idee selbst. Gelingt dieses Projekt, dann gibt dies auch Raum für eine Renaissance der sozialistischen Idee und der sozialistischen Bewegung im Westen. Auch auf die Solidaritätsbewegung hat dies Auswirkungen.

8. Schon heute gibt es reale Chancen für einen „neuen Internationalismus“, die eng mit dem wachsenden Bewußtsein über die sich verstärkenden globalen Bedrohungen verknüpft sind und durch die Rückbesinnung auf den humanistischen Kern des Marxismus nachhaltig gefördert werden (können). Real sind diese Chancen vor allem deshalb, weil der Begriff „neuer Internationalismus“ kein Hirngespinst abgehoben-theoretischer Reflexion ist, sondern in einem ganz praktischen Zusammenhang, einer konkreten politischen Kampagne, der IWF/Weltbank-Kampagne, in deren Rahmen es zu den seit der Vietnambewegung größten internationalistischen Massenaktionen in der Geschichte der Bundesrepublik kam, zu einer Leitfrage der Solidaritätsbewegung wurde.

9. Der Inhalt dessen, was sich heute erst umrißt – als Hoffnung und Vision – als „neuer Internationalismus“ abzeichnet, kann freilich nicht von irgendeiner Seite präjudiziert werden (im Sinne eines neuen Patentrezepts), sondern muß einem nach vorn offenen Diskussionsprozeß in der Bewegung anvertraut bleiben. So gesehen kann „neuer Internationalismus“ zum jetzigen Zeitpunkt auch verstanden werden als Aufgabe gemeinsamen Suchens nach neuen Konzepten, die dem gegenwärtigen Stand der internationalen Verflechtungen gerecht werden. Dies wird nur im Kontext einer „neuen politischen Kultur“ möglich sein, die Bündnispartner wären etwa: die Wiederbelebung des Entspannungsprozesses (Abrüstung), die auch Raum schafft für einen nord-süd-politischen Neuanfang; die Machtverschiebungen im Gefolge des Niedergangs der US-Hegemonie; die neuen Integrationsprozesse in der Dritten Welt selbst; schließlich auch das herrschende Krisenmanagement (z.B. in der Schuldenkrise), dessen Deregulierungs-konzepte mehr und mehr an Grenzen stoßen.

12. Zentral in diesem Zusammenhang ist die Frage der Veränderung internationaler Machtverhältnisse und der Durchsetzung neuer Regulierungsmechanismen gegen die globale Dynamik des internationalen Kapitals. Die nächstliegende Perspektive – und zugleich die Chance eines Neubeginns im Sinne alternativer Entwicklungslogiken – liegt deshalb in der gemeinsamen Suche nach Konzepten der umfassenden und radikalen weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Demokratisierung und Entmilitarisierung, bei der vermeintliche Systemzwänge, überkommene Privilegien und Asymmetrien zugunsten von mehr gleichberechtigter Kooperation und demokratischer Kontrolle überwunden werden. Die Bedeutung der unterschiedlichen Kräfte innerhalb der Solidaritätsbewegung wird künftig nicht zuletzt daran gemessen werden, ob sie in der Lage sind, mit konstruktiven Beiträgen in diese Diskussion einzutreten.

Rainer Falk, Hamburg, arbeitete für das Antimperialistische Solidaritätskomitee im Arbeitsausschuß der IWF/Weltbank-Kampagne mit.

WERENA ROSENKE

Gegenmacht mit Hilfe einer internationalistischen Politik

Wenn wir die Anforderungen eines „neuen“ Internationalismus diskutieren, sollten wir noch einmal einen kritischen Blick auf die traditionelle Politik der Dritten-Welt-Solidarität werfen.

Die günstigste Voraussetzung für internationale Solidarität war ein möglichst widerspruchsfreier Befreiungsprozeß in den Ländern der sog. Dritten Welt: Ein eindeutiger Feind, der US-Imperialismus,

und das „kämpfende Volk“ vertreten durch seine nationale Befreiungsbewegung, deren Ideologie sich mit der eigenen weitgehend deckte. Diese Konstellation hatte zumindest für die anti-imperialistische Solidaritätsbewegung eine große Mobilisierungskapazität. Hatte sich das Volk „befreit“, die Yanks oder die einheimische Elite zum Teufel gejagt, konnte der nächste Brennpunkt ins Visier ge-

nommen werden.

Diese schon sprichwörtlichen Konjunktur schwankungen sind den LeserInnen dieses Blattes sicher geläufig. Das eher christlich motivierte Spektrum der Dritte-Welt-Bewegung konzentrierte sich auf die Hilfe für die „Opfer“ in den Ländern der Dritten Welt, lange Zeit ohne die Verursacher von Hunger, Elend und Krieg zu benennen. Mobilisiert wurde die Bereitschaft zur Spende, die Sammelbüchse für den Brotgroschen oder das überschaubare Selbsthilfeprojekt standen im Mittelpunkt des Interesses.

Zugegebenermaßen hat es in der gesamten Solidaritätsbewegung auch Entwicklungen gegeben, nicht zuletzt haben sich eine relativ große Zahl von Dritte-Welt-Initiativen im BUKO zusammengeschlossen, um mit themenübergreifenden Kampagnen die Verursacher von Hunger, Krieg und Massenverelendung in den drei Kontinenten hier bei uns zu benennen und politisch anzugreifen. Jedoch, und deswegen habe ich die Situation so überspitzt dargestellt, reflektieren die beiden zuerst genannten Haltungen zwei wichtige Triebfedern der Solidaritätsarbeit, wobei nicht behauptet werden soll, sie seien die einzigen: zum einen ein latentes Schuldgefühl, ohne es zu wollen, an der Ausbeutung der Armutsvölker über den Weltmarkt zu partizipieren, die Erkenntnis, daß der relative Wohlstand in den Metropolen mit der Ausbeutung und den permanenten Menschenrechtsverletzungen in der Dritten Welt zu tun hat, und zum anderen die Hoffnung auf einen Anstoß zu grundlegenden Veränderungen weltweiter Machtverhältnisse durch die kämpfenden Bewegungen in den Ländern der drei Kontinente.

Doch die Siege der Befreiungsbewegungen haben sie nicht dem Zwang des kapitalistischen Weltmarktes entziehen können. Mosambik ist nur ein Beispiel dafür, wie das Zusammenwirken der militärisch-wirtschaftlichen Destabilisierungspolitik Südafrikas und die wirtschaftliche Aggressionspolitik der internationalen Finanzinstitutionen der Hebel sind, das Projekt eines sozialistischen Entwicklungsweges zu gefährden. Schon 1984 hieß es in den mosambikanischen Nachrichtenagentur AIM, daß „der Imperialismus nun mit wirtschaftlichen Mitteln versuchen wird, das zu vollbringen, was ihm mit militärischen Mitteln nicht gelungen ist – die Zerstörung des Sozialismus in Mosambik.“

Im Kontext linker Politik in der BRD ist die Internationalismusbewegung immer nur eine Bewegung neben anderen gewesen. Von einer internationalistischen Politik der sog. neuen und alten sozialen Bewegungen kann keine Rede sein. Im Gegenteil, die Politikkonzepte sind größtenteils eurozentristisch und kreisen um die eigene spezifische Betroffenheit, die nicht in Zusammenhang gesetzt wird mit den international angelegten Kapitalstrategien und der Logik des Weltmarktes. Um einen Internationalismus zu entwickeln, der nicht nur auf Projektion oder Mitleid basiert, bedarf es der Identifizierung gleichgerichteter Interessenlagen.

„Diese gemeinsamen Interessen gibt es im grundsätzlichen Sinne als gemeinsame Interessen von abhängig Beschäftigten, die im grundsätzlich gleichen Verhältnis der Ausbeutung ihrer Arbeitskraft stehen“, heißt es lapidar in der Grundsatzklärung der Jungdemokraten zur Solidaritätsarbeit. Aus diesem Begründungs zusammenhang läßt sich die Notwendigkeit eines internationalistischen Politikkonzeptes eben nicht herstellen, denn obwohl die Bevölkerungsmehrheit in den Metropolen nicht zu den herrschenden Klassen gehört, hat sie doch bis zu einem gewissen Grad an der Ausbeutung der Dritten Welt partizipiert, bis hin zur offenen Unterstützung und Stabilisierung der weltwei-

ten Herrschaftsverhältnisse. Auch die jüngsten Wahlerfolge der Republikaner in Berlin machen die Unzulänglichkeit dieses Erklärungszusammenhangs deutlich, gelingt es den Rechtsradikalen doch gerade in den am meisten von den Auswirkungen weltwirtschaftlicher Krisenerscheinungen Betroffenen, Ressentiments und Abwehr gegen ArbeitsmigrantInnen und Flüchtlinge zu wecken.

Die Verschuldungskrise hat die neokoloniale Abhängigkeit der Länder der sog. Dritten Welt zu einer neuen Qualität geführt, zu einer Massenverelendung und zu einer Ressourcerstörung in nie gekanntem Ausmaß und damit zu einem Bedrohungspotential für die Menschheit insgesamt. Dies und die fast unbegrenzte Erpreßbarkeit der Staaten im „Krieg der Außenverschuldung“ (Lula) richten sich nun offen gegen die Interessen der Bevölkerungsmehrheit in den hochindustrialisierten Ländern. Wenn man den Giftrütt hier nicht mehr so problemlos los wird, dann schafft man ihn eben in ein hochverschuldetes Land, das kann Guinea-Bissau sein, aber auch Polen, Hauptsache dem Land bleibt keine Wahl. Müllverbrennungsanlagen sind genauso unpopulär, also warum dann nicht den Angränern eine verkaufen?

Das Stichwort „globale Bedrohung“ ist in aller Munde. In der gegenwärtigen Situation verbirgt sich dahinter die Erkenntnis und bei vielen vielleicht nur die Ahnung, daß bestimmte Entwicklungen in den Ländern der drei Kontinente nun auch die Existenz auf der nördlichen Erdhalbkugel gefährden. Es wird offensichtlich, daß beispielsweise die drohende Klimakatastrophe durch die Abholzung des tropischen Regenwaldes oder die zunehmende Verwüstung der Sahelzone, Konsequenz einer hemmungslosen Profitideologie und eines industriellen Entwicklungsmodells, nicht nur das Problem der Indianischen Völker oder der „armen Afrikaner“ sind, denen man was Gutes tut, wenn man mal „ne Mark spendet, sondern es sind ganz konkret die eigenen Lebenschancen betroffen. Für die Menschen, die seit drei Jahrzehnten aus den tropischen Regenwäldern vertrieben werden, sind die sog. „globalen“ Probleme schon seit Jahren tödlich. Lange vor Tschernobyl sind Tausende von Menschen in den Uranabbaugebieten radioaktiv verseucht worden und ganze Regionen sind irreversibel zerstört.

Dies sind alles keine neuen Informationen und auch den sozialen Bewegungen hier bestens bekannt, nur – diese Tatsachen hatten sich bislang kaum in Politikkonzepten manifestiert. Die Aufgabe der fortschrittlichen Kräfte hier wird es sein, mit dieser „globalen“ Bedrohungssituation offensiv umzugehen. Einer „wir-sitzen-alle-in-einem-Boot-Politik“ das Wort zu reden, ist dabei sicher nicht der richtige Weg. Auch die Weltbank spricht von der „globalen Krise des Ökosystems“, von „umweltbezogenen Interventionen“, von „gemeinsamer Verantwortung für die gegenwärtige Situation“. Die Auswirkungen der Krise sind global, aber die Verursacher sind sehr deutlich festzustellen, sie sitzen in den Konzern- und Bankenräumen und auf den Regierungsbänken.

Um der „Einen Welt“ als realer Kategorie gerecht zu werden und die weitverbreitete Ahnung von den Zusammenhängen aufzugreifen, müssen die fortschrittlichen Kräfte in den Industrieländern ihre Politikkonzepte radikal verändern. Die Orientierung an ausgetretenen Bewegungsbahnen muß aufgegeben werden, als erster Schritt steht eine systematische Zusammenführung von Analyseinstrumenten auf der Tagesordnung, ein internationalistischer Ansatz muß integraler Bestandteil der Politik neuer und alter sozialer Bewegungen werden.

Um effektiv z.B. gegen die Chiemultis vorzu-

gehen, ist es dann auch notwendig, mit den Kräften in den Ländern der Dritten Welt zusammenzuarbeiten, die sich dagegen wehren, daß ihre Länder nun auch noch zur Müllkippe oder zum Standort gefährlicher Technologien werden, die in den Industrieländern politisch nicht mehr durchsetzbar sind. Es ist auch eine weithin bekannte Tatsache, daß es zu den Strategien multinationaler Konzerne gehört, die nationalen Gewerkschaften gegeneinander auszuspielen, d.h., um den Bestrebungen zur weiteren Flexibilisierung der Arbeitszeit, der unterbezahlten Heimarbeit vor allem der Frauen, der Zunahme sog. „ungeschützter“ Beschäftigungsverhältnisse entgegenzuwirken, der Nivellierung der Lebensmöglichkeiten international auf unterem Niveau effektiv zu begegnen, müssen die Kämpfe in den Billiglohnfabriken bundesdeutscher Multis offensiv unterstützt werden.

Dies wäre eine Politik, die sich nicht mit dem Prinzip der Sozialpartnerschaft vereinbaren läßt, einem Prinzip, dem sich auch die bundesdeutsche Gewerkschaftsbewegung verpflichtet fühlt. Ein so verstandener internationalistischer Politikansatz impliziert nicht den Aufbau eines Diskussionszusammenhangs zwischen fortschrittlichen Kräften in den Industrieländern über Bewegungs- und nationalstaatliche Grenzen hinweg, sondern auch vor allem eine wesentlich effektivere internationale Zusammenarbeit. Die schon existierenden Netzwerke gilt es zu stärken und ihnen neue hinzuzufügen.

Um die Vision eines selbstbestimmten Lebens aller Menschen realisieren zu können, müssen wir als erstes voneinander wissen, scheinbar gegenseitliche Interessen zur Kenntnis nehmen und bearbeiten, um besser gerüstet zu sein in der Auseinandersetzung mit den Konzern- und Bankenstrategien und den hinter ihnen stehenden Regierungen. Die Kampagne anlässlich der Jahrestagung von IWF und WB war sicher ein wichtiger erster Schritt in diese Richtung.

Es ist zwar wichtig und notwendig, Alternativen zur herrschenden Vernichtungslogik des Weltmarktes zu entwickeln, dies darf allerdings nicht dazu führen, sachdienliche Hinweise zur Aufmehrung eines bankroten Industrialisierungs- und Entwicklungsmodells zu geben. Vielmehr bleibt die Entwicklung von Gegenentwürfen untrennbar verbunden mit der Entwicklung einer alltäglichen politischen Praxis und eines Widerstandes, die sich daran orientieren müssen, mit welchen Forderungen, Strategien, Aktionen sich aus den konkreten Arbeits- und Lebenszusammenhängen eine Gegenmacht organisieren läßt.

Wera Rosenkranz vertritt den AKAFRUK-Arbeitskreis Afrika-Münster im Koordinierungsausschuß des Bundeskongresses Entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO)

EL SALVADOR LIBRE SPENDENAKTION
Waffen für El Salvador

Postgiroamt Berlin-West
Sonderkonto
28859-107
Bankleitzahl 10010010
Freunde der alternativen
Tageszeitung e.V.
1000 Berlin 65

Kontostand 8.2.1989:
4.188.164,37 DM

KULTUR

HELMUT GROSCHUP

Eindrücke vom Filmfestival in Havanna

Bilder eines Kontinents

Zum zehnten Mal fand vom 3.–17. Dezember 1988 in der kubanischen Hauptstadt ein Filmfestival besonderer Art statt. Es befaßte sich mit dem „Neuen lateinamerikanischen Film“. Mit von der Partie war für uns Helmut Groschup, freier Journalist aus Innsbruck.

Vedado, das Hotel-Viertel von Havanna, verwandelt sich seit 10 Jahren in den ersten Dezembertagen zu einem „El Dorado“ des lateinamerikanischen Films. Links und rechts von La Rampa, der belebtesten Straße von Kubas Hauptstadt, wurden über 500 Spiel-, Dokumentar und Animationsfilme der Bereiche Kino, Video und Fernsehen angeboten.

Während das zweite große, aber jüngere Filmfest des Subkontinents von Rio de Janeiro

den A-Festivals in Europa (Cannes, Venedig, West-Berlin und Moskau) nacheifert, orientieren sich die kubanischen Organisatoren immer noch an den Bedürfnissen des Films der Länder Lateinamerikas. So wurde dieses Festival zum Bollwerk gegen den Kulturimperialismus made in USA.

In Havanna werden nicht nur Filme gezeigt und später prämiert, sondern es werden in Seminaren Perspektiven zur Verbesserung der Produktions- und Distributionsbedingungen für den lateinamerikanischen Film erarbeitet. Das Markenzeichen „Neuer lateinamerikanischer Film“ bedeutet nicht die reine Zusammenfassung aller lateinamerikanischer Kinematographien, sondern vielmehr ein Programm: Die lateinamerikanischen Filmemacher haben den übermächtigen Produzenten und Verleiern aus den Vereinigten Staaten den Kampf angesagt.

Die Rezeption des lateinamerikanischen Films in Europa steht derzeit nicht in Hochblüte. Die europäische Filmkritik, v.a. die bürgerliche, ist darin einig, daß der lateinamerikanische Film in einer Krise steckt. „Die Krise ist allzu offensichtlich, sie reicht von Feuerland bis zum Golf von Mexiko. Und es ist nicht eine von vielen Krisen: Es ist die schlimmste, die das neue lateinamerikanische Kino jemals erlebt.“ So charakterisiert Peter B. Schumann, Papst der Kritik lateinamerikanischer Filme in der BRD, den vermeintlichen Tiefgang des Latino-Kinos im Cineastenblatt epd Film.

Was will er damit ausdrücken? Er meint, daß der politisch und ästhetisch riskante Film tot ist, daß die Aufbruchsstimmung vorbei ist, daß Genres und Traditionen heute nicht mehr gebrochen werden. Schumann stellt die Tendenz zum Massenkino fest, das nicht mehr genug innovativ sei und mit dem Geschmack des Publikums liebäugelt. (1)

quez'scher Zauberei und ver bzw. behinderter Liebe. Spanien, sein schlechtes Gewissen hinsichtlich „der 500-Jahrfeier der Landung von Kolumbus beruhigend, hat 6 Mio \$ für die Fernsehproduktion zur Verfügung gestellt. Zuviel, um in der Tradition des „imperfekten Kinos“ (3) zu arbeiten, zu wenig, um zu Hollywoodproduktionen wirklich in Konkurrenz zu treten.

In Zahlen ausgedrückt: Eine Warner-Bross-Produktion verschlingt durchschnittlich 10 Mio \$, während sich die mittleren Kosten eines peruanischen Films auf 12 000 \$ belaufen. (4) Damit habe ich nicht gesagt, daß ein teurer Film besser ist als ein billiger. Aber wie der argentinische Filmemacher Fernando Birri meint:

„Du hast die Auswahl zwischen einem Film aus Hollywood und einem einheimischen Film, die gleichzeitig in zwei verschiedenen Kinos gezeigt werden. Der einheimische Film wird mit einem handgeschriebenen Plakat angekündigt, mit Tapetenkleister affichiert. Für den Hollywood-Film hingegen gibt es in den Massenmedien eine Werbekampagne. Instinktiv hast Du mehr Interesse, den Hollywood-Film zu sehen. Du bist konditioniert durch die Produkte der Massenmedien, die in Lateinamerika natürlich im Interesse der transnationalen Filmkonzerne ar-

Scene aus dem Film von Fernando Birri „Un señor muy viejo con unas alas enormes“



beiten, um diese intakt zu halten.“ (5)

Zur Krise meint der Direktor der „Internationalen Film-Fernsehschule“ in San Antonio de los Baños, 30 km südöstlich von Havanna (6): „Krise bedeutet zunächst einmal Veränderung. Von daher muß man sehen, ob das eine tödliche Veränderung ist, das heißt eine Krise, die den Untergang bedeutet, oder ein Wechsel zu mehr Vitalität.“ (7)

Und die Vitalität scheint Birri im Moment total. Lateinamerikas Film werde nicht von einer rücksichtlichen Krise erschüttert, wie europäische Kritiker sie verstehen.

Langeweile, genormte Sprach- und Bildlosigkeit und wenig Innovation wird von den KollegInnen in der taz konstatiert (8). Doch immerhin wird darauf hingewiesen, daß „Kino zu machen in Lateinamerika Luxus ist.“ Das Kino leide eben auch an den Strukturen

DAS KINO LATEINAMERIKAS KANN ZWAR MIT HOLLYWOOD NICHT SCHRITT HALTEN, VOLLZIEHT ABER EINEN WECHSEL ZU MEHR VITALITÄT

der Unterentwicklung und der Abhängigkeit.

Der Untergang einer gewissen Form von politischem, direktem, militärem und explizitem Kino, das wir in den 50er und 60er Jahren produziert haben, muß klar festgestellt werden. Und es ist unhistorisch, von uns zu verlangen, in den 80er Jahren so Kino zu machen, wie wir es in den 60er und 70er Jahren gemacht hatten. Wir haben es geschafft, uns anzupassen, ohne unser oberstes Anliegen zu verraten: die Befreiung der Völker Lateinamerikas.“ (9) In dieser Bemerkung Birris ist jene Subversivität enthalten, die nötig ist, eine alles beherrschende Konkurrenz zumindest zu verunsichern.

Gabriel García Márquez hat einmal gemeint, erst, wenn die Filme der Lateinamerikaner ein lateinamerikanisches Publikum finden werden, dann werden die transnationalen Filmverleihe auf die einheimischen Produkte aufmerksam werden.

Wenn ich Bilanz ziehe, wenn jene 40 Filme, die ich gesehen habe, nochmals vor meinen Augen ablaufen, sehe ich Bilder eines Kontinents, Bilder aus dem Alltag, Bilder, die in den Köpfen dort entstehen. Die im Kopf entstehen, welche ein Konzept erfüllen, wie Birris García-Márquez-Film „Un señor muy viejo con unas alas enormes“ (Ein sehr alter Herr mit riesigen Flügeln), werden sehr gengenäht diskutiert.

Dem Vater des neuen lateinamerikanischen Films war die Kritik am Eröffnungsfilm des Festivals in der Parteizeitung „Granma“ zu streng. „Eine unfaire Kritik. Sie hat meinen Film total zerstört. Keine konstruktive Kritik, aber dogmatisch.“ So drückte Birri seine Enttäuschung während einer Pressekonferenz aus. (10)

Ein alter Mann mit Flügeln, gespielt vom Regisseur selbst, stürzt über einem Dorf irgendwo in der Karibik ab. Ein Wunder für die

Dorfbewohner, die an Engel glauben. Ein Engel auf einer Karibikinsel, die Kuba sein könnte? Im Engel/alten Herren steckt die ganze Tragikomik des Subkontinents, der „utopische Entwurf der Hoffnung in einer eher hoffnungslosen Welt.“

Die widersprüchliche Diskussion über einen kubanischen Film vor dem Hintergrund der Öffnung gegenüber der Kirche sollte in Kuba bald zum Alltag gehören. Der Film des Kubaners Juan Carlos Tabío „Plaff oder zu viel Angst vorm Leben“, der Unzulänglichkeiten des kubanischen Alltags, wie Bürokratie, Wohnungsnott und Funktionärstum aufs Korn nimmt, wurde vom Publikum mit Begeisterung aufgenommen und erhielt den dritten Preis in der Spielfilmsektion.

Die zwei argentinischen Beiträge „Sur“ (Süden) von Fernando Solanas und „La amiga“ (Die Freundin) von Jeanine Meerapfel widmen sich sehr unterschiedlich der Bewältigung jüngster Vergangenheit. „Sur“ auf eine mehr plastische Art, was europäischen Sehgewohnheiten eher entspricht, während die in West-Berlin lebende Jeanine Meerapfel ein Dokumentarspiel inszenierte, welches sehr bezeichnet die Suche der Mütter der Plaza de Mayo in Buenos Aires nach ihren von Militärs verschleppten Söhnen beleuchtet.

Die Norwegerin Liv Ullmann in der Rolle einer der Mütter schafft eine Distanz, die Allgemeingültigkeit entstehen läßt. So wird die Situation im Film auf jeden beliebigen Ort übertragbar, wo Menschenrechte mit Füßen getreten werden.

Der in der BRD durch seinen Dokumentarklassiker „La hora de los hornos“ (Die Stunde der Hochöfen) bekannte Solanas bekam für sein Opus in vier Akten von der internationalen Jury unter Vorsitz des Brasilianers Augusto Boal den Gran Premio Coral zuerteilt. „Sur“ zeichnet die Erinnerungen eines Politäftlings an seine Kerkerzeit nach und läßt sozialrevolutionäre Hoffnungen hinter Nebelschwaden wie aus einem Werbefilm verschwinden.

Spanische Gelder sind auch einem nicaraguanischen Film zugeflossen: Damit entstand der erste international meßbare Spielfilm des INCINE (nicaraguanisches Film Institut). „El espejo de la Guerra“ (Das Gespenst des Krieges) schildert einen jungen Schwarzen aus der Costa Atlantica, der nach Managua kommt, um dort eine Ballettschule zu besuchen. Doch er wird zum Militärdienst eingezogen. Im Contra-Krieg wird er verletzt und kann nie wieder tanzen. Kulturproduktion in einer Kriegssituation ist keine Selbstverständlichkeit, ein Leitmotiv des Films.

Egal wie das Kino der lateinamerikanischen Film-Autoren genannt wird: „cine de la liberación“, „tercer cine“, „cine nuevo“ oder „subcine“, es ist ein Kino der Identitätssuche, ein Kino der Bewußtseinsbildung, ein Kino, das die Errungenschaften der Avantgarde zu nützen weiß. Aber es ist noch ein unterdrücktes Kino, das sich auf einem Markt behaupten muß, der über 50 % in Händen der US-Verleiher liegt.

Eurozentristische Betrachtungsweisen entspringen oft der Mißachtung der Distribu-

tionsbedingungen, die für die Cineasten Lateinamerikas noch schlechter sind als die Bedingungen der Produktion. „Tiempo de Victoria“ (Zeit zu siegen), die jüngste Produktion von Radio Venceremos in den Bergen El Salvadors, gibt den Leitsatz für die Zukunft des lateinamerikanischen Films.

Der Beginn der Hoffnungen liegt in Kuba selbst: Der Sitz der „Stiftung neues lateinamerikanisches Kino“ und die „Schule der Drei Welten“, beide erfunden von Gabriel García Márquez.

Anmerkungen

- 1) Peter B. Schumann, Die Erfahrung der Geschichte. Thesen zum lateinamerikanischen Film, in: epd Film, Nr. 4/1988
- 2) Fidel Castro, Discurso de Clausura del Séptimo Festival Internacional del nuevo cine latinoamericano, in: Hojas de cine, Puebla (Mexico) 1986
- 3) Julio García Espinosa, Für einen nicht perfekten Film (1969), in: Cine Cubano, CON 1980
- 4) Octavio Getino, Cine Latinoamericano: Economía y nuevas tecnologías audiovisuales, Havana-Merida 1987
- 5) Helmut Groschup/Renate Wurm, Interview mit Fernando Birri in Venedig 1988
- 6) Fernando Birri ist Direktor der 1986 in San Antonio de los Baños gegründeten Internationalen Schule für Kino und Fernsehen (EICTV), genannt „Schule der Drei Welten“. Einzige Darstellung in deutscher Sprache: Fernando Birri, Materialien und Dokumente, herausgegeben von den Westdeutschen Kurfilmtagen 1987
- 7) Rainer Braun, Birri: Lateinamerikanisches Kino blüht wie nie zuvor, in: Die Wahrheit, West-Berlin, 8.11.1988 [Interview]
- 8) Andrea Klein und Ekko von Schwichow, Kino der Eidechsen, in: taz, West-Berlin, 19.1.1989
- 9) Helmut Groschup/Renate Wurm, a.a.O.
- 10) Rolando Pérez Béancourt, Un señor muy viejo..., Granna, Havanna, 5.12.1988

Die Schachtel die es in sich hat

das einzigartige
Antirepressivum

**MEDICO
MENTAL**

hochwirksam
überzeugend
natürlich

medico-mental ist ein Medikament, das sich nicht einfach schlucken läßt. Die Schachtel enthält 10 hochdosierte Informationskarten: zur Aufklärung über Gesundheit, Medizin und überflüssige Geschäfte mit falscher Medizin in der Dritten Welt.

Comp.: Tips und Wissenswertes über Vitamine, Durchfallerkrankungen, Atemwegserkrankungen, Hunger und Hilfe, Pestizide, Bevölkerungswachstum, Verschuldung, Basismedikamente.

Indikation: Armut, Mangelernährung, Unrechtfertigkeit, Fehlende Hygiene, Arbeitslosigkeit, Umweltzerstörung, Medikamentenmißbrauch.

Bezug über medico:
Preis 3,- DM / im Ser-Pack 10,- DM
medico international, Obermainanlage 7, 6000 Frankfurt 1, Telefon (0 69) 499 0041.

INFOS ZUR SOLIDARITÄT

Mittelamerika

Bundestreffen der Komitees zieht Bilanz zu Nicaragua und El Salvador

Vom 3. bis 5. Februar d.J. trafen sich etwa 200 VertreterInnen von Mittelamerika-Solidaritätsgruppen zu ihrem Bundestreffen in Frankfurt. Im Mittelpunkt der Debatten stand eine Bilanz der Entwicklung in Nicaragua und der Solidaritätsbewegung. Weiterer Schwerpunkt waren die jüngsten Ereignisse in El Salvador (siehe Beitrag in diesem Heft).

Während der neue Verhandlungsvorschlag der FMLN, die politische und materielle Solidarität mit ihr und ein Abbruch der Bonner Entwicklungshilfe für El Salvador einmütig unterstützt wurden, kam es zu Kontroversen über die Entwicklung in Nicaragua. Auf der einen Seite wurde von einer „eher pessimistischen Einschätzung der Entwicklung der nicaraguanischen Revolution“ ausgegangen und die antiimperialistische Ausrichtung der Revolution z.T. in Zweifel gezogen. Die andere Seite verwies auf die ungünstigen Rahmenbedingungen im Lande und weltweit (niedriges Niveau der Produktivkräfte, Zwänge des Weltmarktes, Aggression des Imperialismus). Diese würden dazu führen, daß sowohl in Nicaragua als auch in anderen revolutionären Staaten der Dritten Welt längerfristig Übergangsgesellschaften bestehen werden, in denen die Bourgeoisie an der Macht beteiligt bleibt und ständig um die Entwicklungsrichtung gerungen werden.

Aus Anlaß des 10. Jahrestages der Revolution wird vom 17. bis 19. Juni d.J. in Wuppertal ein Kongress der Mittelamerikagruppen stattfinden, der sich mit der Entwicklung und den Perspektiven der Revolution auseinandersetzen und deren Erfahrungen verallgemeinern will. Unterstützt wird außerdem ein großes Solidaritätsfest am 1. Juli in der Stadthalle von Bonn-Bad Godesberg, zu dessen Vorbereitung die nicaraguanische Botschaft alle Strömungen der Solidaritätsbewegung eingeladen hat.

Bereits am 15.12.1988 hat in Frankfurt ein Treffen von VertreterInnen der Solidaritätsbewegung, von Hilfsorganisationen und dem nicaraguanischen Botschafter stattgefunden, bei dem die Katastrophenhilfe für das am 20.10.1988 von einem Hurrikan verwüstete Land analysiert wurde.

Dabei wurde festgestellt, daß bisher 3 Mio DM zusammengekommen sind, die zu je einem Drittel von der Solidaritätsbewegung und nichtstaatlichen Organisationen, den kirchlichen Hilfswerken und staatlichen Organen stammen. Die Versammelten kritisierten, daß die Bundesregierung aus politischen Gründen nur geringe Hilfe leiste und forderten die sofortige Erhöhung der Leistungen.

Buchtip

Südafrika: Alltag und Sanktionen

Zwei Bücher, die Ende letzten Jahres erschienen, sind jeweils auf andere Art nützliche Hilfsmittel für die Solidarität:



**SCHWARZER
ALLTAG
in Südafrika**



**Sanktionen
gegen die
Apartheid**

Termine

17.-19. März:
Seminar „Revolutionen im Würgegriff des Marktes“ in Bonn-Bad Godesberg. Nähere Informationen: BUKO, Nernstweg, 32-34, 2000 Hamburg 50, Tel. 0 40/39 31 56

1. April:
Seminar „Subsistenz als Alternative? Frauen in der Dritten Welt“ in Frankfurt. Veranstaltet von DRITTE WELT und IMSF. Anmeldung: IMSF, Oberlindau 15, 6000 Frankfurt/M. 1, Tel. 0 69/72 49 14

3.-8. April:
Seminar „Drei Welten oder eine? Eine Einführung in Entwicklungspolitische Zusammenhänge“ in Vlotho. Nähere Informationen: AKE, Horstweg 11, 4973 Vlotho, Tel. 0 57 33/68 00 und 29 77

7.-9. April:
Seminar „Für die Dritte Welt noch nicht genug. Das Geschäft der Pharma-Multis mit dem Export“ in Bonn-Bad Godesberg. Nähere Informationen: BUKO-Pharma-Kampagne, August-Bebel-Str. 62, 4800 Bielefeld 1, Tel. 05 21/6 05 50

der offiziellen Stimme der FMLN.
Tiempo de Victoria (Zeit des Sieges), Oktober 1988, 68 min., VHS

handelt im ersten Teil von den Ursachen des Krieges, schildert die US-Aufstandsbeleidigungsstrategie, den Völkermord Anfang der 80er Jahre und den Aufbau und die Aktivitäten der Guerilla. Der zweite Teil befaßt sich mit der heutigen Lage, die von den Kommandanten erläutert wird. Aufnahmen zeigen die Wiederbelebung der Volksbewegung, die Rückkehr der FDR-Führer, die Dialoge im Oktober 1987 und die aktuellen Ereignisse bis September 1988.

Insgesamt also ist dies ein Film, der sich für Einführungsvorlesungen zu El Salvador hervorragend eignet. Das Video und auch Broschüren und Bücher zu El Salvador können bezogen werden bei: Sistema Radio Venceremos, Scharnhorststr. 6, 5000 Köln 60, Tel. 02 21/76 58 52.

Medien

Video zu El Salvador

Die jüngste Geschichte El Salvadors und des Befreiungskampfes ist Thema der neuesten Videoproduktion von Sistema Radio Venceremos,

Workcamps - Alternative zum Massentourismus

Freiwilligenarbeit in Ökologie-, Friedens-, Dritte-Welt- und Frauenprojekten, in sozialen und antifaschistischen Initiativen. Sinnvoller Urlaub in internationalen Gruppen. Unterkunft und Verpflegung frei. Mindestalter für TeilnehmerInnen: 16 (Inland), bzw. 18 (Ausland).

Sommerprogramm 1989 mit über 500 Workcamps in 40 Ländern erscheint im April. Gegen 2 DM in Briefmarken ab sofort anfordern unter: service civil international, Blücherstraße 14, 5300 Bonn, Tel. (0228) 21 20 86-7

TeamerInnen für internationale Workcamps gesucht

Für politisch interessierte junge Menschen, die an internationaler Jugendarbeit interessiert sind:

Für unsere 2-3-wöchigen internationalen Sommerworkcamps 1989 in der Bundesrepublik werden TeamerInnen gesucht. Workcamps finden statt in den Bereichen: Ökologie, Antifaschismus und Frieden, Solidaritätsarbeit, Frauenarbeit, Soziale Initiativen / Selbsthilfegruppen.

TeamerInnen werden in einem Ausbildungsseminar auf ihre Tätigkeit vorbereitet und erhalten 200 DM Honorar. Mitarbeit kann als 10-wöchiges Praktikum bescheinigt werden!

Interessierte können sofort weitere Informationen anfordern bei service civil international, Blücherstraße 14, 5300 Bonn, Tel. (0228) 21 20 86-7

KURZINFORMATIONEN

Jamaika

Michael Manley gelingt Rückkehr an die Macht

Bei den Parlamentswahlen vom 9. Februar d.J. konnte die sozialdemokratische National Volkspartei (PNP) Michael Manleys einen überzeugenden Sieg über die rechte Arbeiterpartei Jamaikas (JLP) des Premierministers Edward Seaga erringen. Mit 46 Sitzen für seine Partei gegenüber 14 für die JLP wird Manley das Amt des Premierministers übernehmen, das er bereits von 1972 bis 1980 innehatte.

Damals hatte die PNP eine Reihe tiefgreifender Sozialreformen durchgeführt, den Bauxitkonzernen, die das wichtigste Exportgut des Landes erzeugen, Beschränkungen auferlegt und enge Beziehungen zu Kuba unterhalten. Der Verfall der Bauxitpreise zwang die Regierung damals, sich auf die Sparforderungen des IWF einzulassen. Gefördert durch eine Destabilisierungskampagne des CIA, führte die wachsende Unzufriedenheit schließlich zum Wahlsieg von Seaga 1980.



Wahlsieger M. Manley

Er brach die Beziehungen zu Kuba ab, machte sein Land zu einem engen Verbündeten der USA und unterstützte die Grenada-Invasion 1983. Wirtschaftspolitisch unterwarf sich die Regierung den Liberalisierungsforderungen des IWF, förderte ausländische Investitionen und strich die Sozialausgaben radikal zusammen. Trotz umfangreicher Wirtschaftshilfe der USA und Krediten von IWF und Banken ist heute die Lage der Mehrheit der Bevölkerung schlechter als 1980. 25 % sind arbeitslos und die Realhöhne sinken. Die Auslandsverschuldung beläuft sich auf 3,9 Mrd \$ und ist damit eine der höchsten pro Einwohner weltweit.

Ob es der PNP, die ihre linke Politik in den 70er Jahren als fehlerhaft einschätzt, unter den gegebenen Bedingungen gelingen wird, die Hoffnungen der Armen, die diese in sie gesetzt haben, zu erfüllen, ist zweifelhaft. Obwohl Manley erklärt hat, er wolle das Gesundheits- und Bildungswesen wieder aufbauen, scheinen wesentliche Veränderungen in der Wirtschaftspolitik nicht beabsichtigt. Er kündigte an, beste Beziehungen zu den USA, Großbritannien und Kanada suchen sowie den Tourismus und die Investitionen fördern zu wollen.

Aufgrund der Rechtsentwicklung der PNP, die Mitglied der Sozialistischen Internationale ist, kann sich die Regierung heute der Unterstützung der USA sicher sein. Auf die Frage, wie die USA auf die von Manley angekündigte Wiederaufnahme der

Beziehungen zu Kuba reagieren würde, erklärte Timothy Ashby, ein enger Mitarbeiter von Präsident Bush: „Großbritannien war unter den engsten Verbündeten der USA, obwohl es Beziehungen zu Kuba unterhielt.“

Westsahara

Aufnahme des direkten Dialogs POLISARIO – Marokko

Am 4./5. Januar d.J. empfing der marokkanische König Hassan II. in Marrakesch eine hochrangige Delegation der westsaharischen Befreiungsfront POLISARIO. Ihr gehörten der Exekutivkomitee-Verantwortliche für Außenpolitik, Bachir Mustafa Sayed, und Mahfoud Ali Beiba, Ministerpräsident der Demokratischen Arabischen Republik Sahara, an. Der Gesprächsverlauf wurde von beiden Seiten als konstruktiv gewertet. Der UN-Sonderbeauftragte Hector Gross Espiel zeigte sich nach einer Visite durch die okkupierte Westsahara und die Nachbarstaaten am 15. Januar „ermutigt“ vom beiderseitigen Willen zum Frieden.

Noch Mitte Dezember 1988 war eine von der UNO vermittelte neuerliche Runde „indirekter Verhandlungen“ zwischen Marokko und der Frente POLISARIO ergebnislos verlaufen. Damit war, nachdem diese und der UN-Sicherheitsrat ihre prinzipielle Zustimmung zum Friedensplan von UN-Generalsekretär J. Pérez de Cuellar vom September 1988 (siehe DRITTE WELT 11/1988) gegeben hatten, nichts mehr vorangegangen.

Mit der offiziellen Begegnung von Marrakesch brach Hassan II. nun mit zwei Tabus seiner Westsaharapolitik. Erstmals erkannte er die POLISARIO als Konflikt- und Verhandlungspartei an. Außerdem kam er damit deren Forderung nach, zum offiziellen und direkten Dialog beider Seiten überzugehen. Oben stand dabei die Vereinbarung eines Waffenstillstands und die Durchführung eines Referendums unter UN-Regie. Strittigste Punkte sind die Wahlbeteiligung der sahrauischen Flüchtlinge und der Abzug der marokkanischen Besatzungstruppen.

Am 28. Januar d.J. verkündete die POLISARIO für den Februar einen einseitigen Waffenstillstand, um ihren Dialogwillen zu unterstreichen, und zum Erfolg des Maghreb-Gipfels vom 15. Februar beizutragen.

Uruguay

Das Referendum gegen das Amnestiegesetz findet statt

Noch in diesem Frühjahr wird in Uruguay ein Referendum über das Ende 1986 vom Parlament beschlossene Gesetz stattfinden, das alle Verbrechen von Armee und Polizei unter der Diktatur (1973 bis 1985) amnestiert hat. Um das Gesetz zu Fall zu bringen, hatten die Linksparteien, Gewerkschaften und Menschenrechtsorganisationen

1987 eine Unterschriftenkampagne durchgeführt.

Gegen den Widerstand und die Drohungen von Regierungen und Armee gelang es bis Dezember 1987, 634 700 Unterschriften zu sammeln – weit mehr als das erforderliche Quorum von 25 %. Um das Referendum zu verhindern, blieb der Regierung nur noch der Weg über das Wahlgericht, das die Echtheit der Unterschriften zu überprüfen hatte.

Dieses erkannte nur 532 718 bei 555 701 erforderlichen an. 70 000 Unterschriften wurden für ungültig erklärt, darunter die des Präsidentschaftskandidaten des Linksbündnisses Breite Front (FA) und einer der Anführer der Kampagne, Liber Seregni. Weitere 36 819 erhielten den Status „zweifelhaft“. Diesen UnterzeichnerInnen wurde in der kurzen Zeit vom 17. bis 19.12.1988 Gelegenheit gegeben, ihre Unterschrift zu bestätigen.

Tausende von HelferInnen der Kampagne zogen daraufhin von Haus zu Haus, um die Betroffenen zu informieren und sie aufzufordern, in den Wahllokalen erneut zu unterschreiben. Sie wurden dabei vielfach behindert. Geschäftsleute ließen ihre Angestellten zum Unterschreiben nicht weggehen. RentnerInnen wurde mit dem Entzug des Weihnachtsgeldes gedroht und UruguayerInnen, die in Buenos Aires wohnen, die Einreise ins Land verwehrt.

Dennoch gelang es, das Quorum um gerade 216 Unterschriften zu übertreffen. Tausende feierten daraufhin am 19. Dezember bis in den Morgen hinein das Ergebnis.

Der Erfolg der Kampagne bedeutet eine schwere Niederlage für die Regierung von Julio María Sanguinetti, seine Colorado-Partei und die Blanco-Partei, die ebenfalls mehrheitlich dem Gesetz zugestimmt hatten. Sie sprachen sich auch jetzt für die Beibehaltung des Gesetzes aus.

Mathilde Rodriguez, die Präsidentin der Kommission für das Referendum, erklärte, daß „morgen der Kampf erneut beginnt“, damit das „Nein“ gegen das Gesetz beim Referendum siegt.

Südasien

Entspannungsanzeichen zwischen Indien und Pakistan/China

Hoffnungen auf einen regionalen Konfliktabbau nährten zum Jahresende 1988 das vierte südasiatische Gipfeltreffen in Islamabad wie Visiten des indischen Premierministers Rajiv Gandhi in China und Pakistan. Gandhis Beijing-Besuch endete mit der Einigung auf einen neuen Mechanismus, mit dessen Hilfe die seit 1959 schwelenden Grenzstreitigkeiten (Krieg 1962) überwunden werden sollen. Seine Reise nach Pakistan fand im Zusammenhang mit dem Gipfel der Südasiatischen Vereinigung für Regionale Zusammenarbeit (SAARC; gegr. 1983) Ende Dezember 1988 in Islamabad statt. Es war der erste offizielle Staatsbesuch eines indischen Premiers im Land des „Erzfeindes“ seit 28 Jahren.

Gandhis Gespräche mit der neuen pakistanschen Premierministerin Benazir Bhutto endeten mit Vereinbarungen zum Kulturaustausch, zur Be-

steuerung und zur Sicherheit. Mit dem beiderseitigen Verzicht darauf, die atomaren Anlagen des jeweils anderen Landes anzugreifen, gelang erstmals ein Schritt zur militärischen Entspannung.

Auf dem SAARC-Gipfel einigten sich die Regierungen der Mitgliedsstaaten Indien, Pakistan, Sri Lanka, Bangladesh, Nepal, Bhutan und Malediven auf ein Programm zur Drogenbekämpfung. Außerdem wurde eine Expertengruppe berufen, die ein Konzept für die Erweiterung der Wirtschaftskooperation erarbeiten soll. Der intraregionale Handel macht derzeit nur 5 % des Außenhandelsvolumens der SAARC-Länder aus, gegenüber noch rund 50 % in den 50er Jahren. Der Gipfel sprach sich ferner für die Vertiefung der globalen und regionalen Entspannungsschritte aus.



Indiens Staatschef Gandhi traf in China mit Deng Xiaoping zusammen

Kamputschia

Neue Anstöße für eine politische Lösung

Im Vorfeld der zweiten Runde regionaler Gespräche über Kamputschia, die für den 19. bis 21. Februar d.J. in Jakarta (Indonesien) anberaumt wurde, häuften sich die Initiativen zur Abarbeitung einer politischen Verhandlungslösung.

Den Auftakt machte am 6. Januar Hanoi, als es seine Bereitschaft erklärte, die noch verbliebenen 50 000 vietnamesischen Truppen komplett bis spätestens September 1989 aus Kamputschia abzuziehen, sofern eine politische Regelung gefunden würde. Mitte Januar einigten sich die Außenminister Vietnams und Thailands darauf, „zur Beschleunigung des Prozesses in Richtung einer politischen Lösung zusammenzuarbeiten“.

Am 25./26. Januar empfing Thailands Ministerpräsident Chatichai Choonhavan in Bangkok seinen kamputschaischen Amtskollegen Hun Sen, womit erstmals die seit neun Jahren von der Vereinigung Südostasiatischer Nationen (ASEAN) angewandte Isolierung Phnom Penhs durchbrochen wurde. Hun Sen sagte zu, die freiwillige Rückführung der rund 300 000 an der thailändischen Grenze kamputschaischen Flüchtlinge und gemeinsame Wirtschaftsprojekte zu befürworten. Für Phnom Penh wiegt die Aufwertung Thailands im Verhandlungsgeschehen schwer, vermag es doch die Versorgung der kamputschaischen Rebellen zu stoppen.

Zeitgleich kamen bei ersten Gesprächen auf hoher Ebene seit 1979 China und Vietnam überein, daß als Gegenleistung für den vollständigen vietnamesischen Truppenabzug bis September d.J. die chinesische Regierung ihre Militärhilfe für die kamputschaische Gegenkoalition, speziell die Roten Khmer, einstellen werde. Die Prozedur solle

von einem internationalen Gremium überwacht werden. Zunächst müsse allerdings eine politische Formel für eine nationale Aussöhnung der kamputschaischen Konfliktparteien gefunden werden.

In einer gemeinsamen Erklärung vom 5. Februar d.J. schlugen sodann China und die Sowjetunion die Vereinten Nationen als geeigneten internationalem Kontrollmechanismus vor, wobei sie bereit wären, die Rolle von Garantimächten zu übernehmen. Sie plädierten dafür, daß alle Beteiligten ihre Militärhilfe für beide kamputschaischen Seiten „allmählich reduzieren und schließlich völlig einstellen müssen“. Außerdem wollen Beijing und Moskau die Ergebnisse künftiger freier Wahlen in Kamputschia respektieren. Die Hauptdifferenz beider Seiten liegt in der Form der Übergangsregierung in Phnom Penh nach dem vietnamesischen Abzug.

Weltwirtschaft

Keine Lösung der Schuldenkrise in Sicht

Nach einem jährlichen Bericht der Weltbank, der Ende Dezember 1988 veröffentlicht wurde, sind die Schulden der Entwicklungsländer im letzten Jahr um weitere 40 Mrd \$ auf 1320 Mrd \$ angestiegen. Der Schuldendienst lag um 43 Mrd \$ höher als die neu zugesagten Kredite.

Nach einer Studie des Münchener IFO-Instituts soll die Verschuldung der Länder der Dritten Welt gar 1600 Mrd \$ betragen, da einige Kreditarten in den Statistiken der Weltbank nicht vollständig berücksichtigt werden.

Latinamerika konnte seine Auslandsverschuldung erstmals um 9 Mrd \$ auf 401 Mrd \$ verringern, um den Preis eines auf 0,7 % gesunkenen Wirtschaftswachstums. In Afrika stieg die Verschuldung von 218 auf 230 Mrd \$. Das Wirtschaftswachstum erhöhte sich zwar um 2,5 %, blieb aber noch immer unter dem Bevölkerungswachstum.

Der neue US-Präsident Bush hat am 19.12.1988 angekündigt, die Verschuldungsfrage „völlig neu zu überdenken“. Grund hierfür sind vor allem die politischen Risiken, die sich beim Andauern der jetzigen Situation in Lateinamerika ergeben könnten. In den meisten Ländern stehen in diesem Jahr Wahlen an, bei denen sich, nicht zuletzt aufgrund der vom IWF aufgezwungenen Verelendungspolitik, Parteien durchsetzen könnten, die wesentlich radikalere Positionen in der Schuldenfrage vertreten.

Der 1985 verkündete Baker-Plan, der für die 15 höchstverschuldeten Länder neue Kredite vorsah, sofern sie ihre Wirtschaft weiter liberalisieren, ist offensichtlich gescheitert. Denn die Kreditvergabe ist weiterhin gering. Die USA wollen aber an diesen Prinzipien festhalten. Auch weiterhin soll es nur Verhandlungen mit einzelnen Staaten und keine Schuldentlastungen geben. Neu überlegt werden soll offensichtlich nur, wie es gelingen könnte, die Privatbanken zu einer stärkeren Kreditvergabe zu bewegen. Öffentliche Mittel sollen für diesen Zweck allerdings nicht aufgewendet werden.

Auch Bundesfinanzminister Stoltenberg hat sich für „neue Elemente“ zur Lösung der Krise ausgesprochen, da der soziale Druck wirtschaftliche Anpassungen verhindere. Doch ebenso wie in Washington sind darüber nicht Schuldenerleichterungen zu verstehen, sondern die Forderung an die Schuldnerländer, ihre Politik zu verändern, damit mehr private Mittel fließen und die Kapitalflucht

eingeschränkt wird.

Bei einem Treffen der Finanzminister und Notenbankpräsidenten der Gruppe der 7 (größte imperialistischen Staaten) Anfang Februar d.J. in Washington konnte jedoch keine Einigung über die Schuldenstrategie erzielt werden, da vor allem Japan und Frankreich sich gegen die uneingeschränkte Beibehaltung des Baker-Plans wenden.

Bei der Amtseinführung des neuen venezolanischen Präsidenten Carlos Andrés Pérez haben sich am 5. Februar d.J. fünf Staatspräsidenten und zwei Außenminister der Gruppe der acht, die die wichtigsten lateinamerikanischen Schuldnerländer an gehören – Panama ist suspendiert – darauf geeinigt, nach gemeinsamen Wegen zu suchen, um die Verschuldung zu verringern. Bereits im November 1988 hatten ihre Finanzminister vereinbart, der Gruppe der 7 einen gemeinsamen Plan zu unterbreiten.

Teil dieses Plans könnte der am 28. Januar d.J. von Pérez unterbreitete Vorschlag sein, ein multilaterales Gremium unter Einschluß von IWF und Weltbank zu gründen, das alle Schulden von den Banken auf dem Sekundärmarkt zu einem Abschlag von etwa 50 % aufkauft. Dadurch könnten die Zinsen erheblich verringert und die Laufzeit der Kredite verlängert werden.

Ökologie

Internationale Giftmüllkonferenz gescheitert

Am 28./29. Januar d.J. scheiterte eine Konferenz von Vertretern europäischer und afrikanischer Staaten in der senegalesischen Hauptstadt Dakar, von der eine Einigung darüber erwartet worden war, wie mit europäischen Gift- und Sondermülltransporten verfahren werden soll.

Die afrikanischen Staaten weigerten sich, Regeln für den Export und Import zu akzeptieren und beriefen sich dabei auf die OAU-Resolution der Organisation für Afrikanische Einheit vom Mai 1988, die den „Gift-Tourismus“ und die teilweise illegale Ablagerung von „Kolonialisten-Dreck“ verurteilte. Sie erklärten, das Abladen von Giftmüll sei ein Verbrechen gegen den Kontinent und seine Bewohner.

Für europäische und bundesdeutsche Firmen ist die Entsorgung ihres Mülls in Ländern der Dritten Welt ein billiges Unterfangen. Da die Entsorgung in bundesdeutschen Anlagen bis zu 4000 DM/t kostet, die Ablagerung in Benin z.B. aber nur 4,5 \$, wandern 1,5 Mio t aus der BRD über Antwerpen/Belgien ins Ausland. Weltweit beläuft sich die Müllmenge, die auf die Reise geht, auf 20 Mio t.

Nun soll auf der nächsten Konferenz über die Giftmüllproblematik im März d.J. in Basel weiterverhandelt werden.

Seminar

Subsistenz als Alternative?

Frauen in der Dritten Welt

Veranstalter: DRITTE WELT und IMSF

Ort: Frankfurt

Zeit: 1. April 1989

Nähere Informationen: IMSF, Oberlindau 15, 6000 Frankfurt/M. 1, Tel. 0 69/72 49 14

PAHL-RUG. GOTTESW. 54 5000 KOELN
G 7426 E 504802 403 *****
HERRN
JUERGEN OTTE
SCHARNHORSTSTR. 77

4600 DORTMUND 1

'nenken



... an alle, die uns eine/n **neue/n Abonnenten/in** nennen
oder die **DRITTE WELT** verschenken.

Das Ganze ist denkbar einfach: **Abokarte** in der Heftmitte ausfüllen, eines der unten abgebildeten aktuellen Dritte-Welt-Bücher angeben (oder die vollständige Liste anfordern) und abschicken. Das Buch wird sofort ausgeliefert (bei Erteilung einer **Abbuchungsvollmacht**) oder nach Bezahlung des Abopreises von 29 DM (zzgl. 4 DM Porto).



Viktor Sukup
Zeitbombe Südamerika
Ein Kontinent zwischen
Diktatur und Demokratie
Pahl-Rugenstein
272 Seiten, 14,80 DM

Rainer Werning (Hg.)
Das Projekt Befreiung
Widerstand auf den Philippinen
José Maria Sison berichtet
Pahl-Rugenstein
258 Seiten, 16,80 DM

Joachim Becker
**Angola, Mosambik
und Zimbabwe**
Im Visier Südafrikas
Pahl-Rugenstein
339 Seiten, 19,80 DM